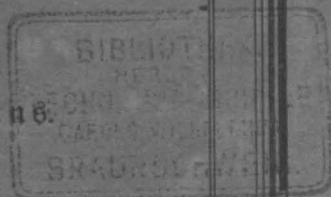


VIII. B.

23.

Die Rechte
 des Herzoglichen Hauses
Braunschweig und Lüneburg,
 älterer Linie,
 gegen
 das Landgräfliche Haus
Hessen = Homburg,
 auf Herausgabe
 des
 vom Herzoge Christian zu Braunschweig
 und Lüneburg 1623 veräußerten
Klosterguts Winnigen,
 dargestellt
 in dem über diese Veräußerung anhängigen Rechts-
 streite.

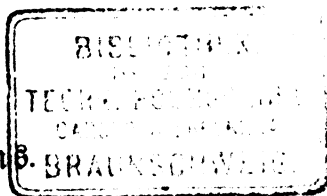
Von
Dr. Georg Bruns.



Die Rechte
des Herzoglichen Hauses
Braunschweig und Lüneburg,
älterer Linie,
gegen das Landgräfliche Haus
Hessen = Homburg,
auf Herausgabe
des
vom Herzoge Christian zu Braunschweig und
Lüneburg 1623 veräußerten
Klosterguts Winnigen,
dargestellt
in dem über diese Veräußerung anhängigen Rechtsstreite.

Von

Dr. Georg Bruns



Braunschweig,
Verlag von Friedrich Vieweg
1832.

Das Kloster Michaelstein klagte im Jahre 1674 gegen das Landgräfliche Haus Hessen-Homburg auf Herausgabe seines ungültig veräußerten Außenhofes Winnungen, und erwirkte in der Appellations-Instanz vor dem Reichscammergerichte zu Wezlar die seinem Antrage entsprechende Entscheidung vom 28. Nov. 1783. Das Landgräfliche Haus verfolgte dagegen das noch bis jetzt unerledigte Rechtsmittel der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Die Auflösung der Deutschen Reichsverfassung, so wie die nachherige politische Umwälzung des nordwestlichen Deutschlands, verlängerte den schon seit 1793 eingetretenen Ruhestand der Sache, welcher erst im Jahre 1823, indem das Kloster als solches nicht mehr bestand, durch die von der Herzoglich Braunschweigischen Regierung verfügte Wiederaufnahme des Verfahrens unterbrochen wurde. Die Herzogliche Regierung ließ im Mai 1830 eine von ihr genehmigte Schluß-Deduction (welche im Wesentlichen der folgenden Darstellung gleich lautet) bei dem Königl. Preussischen Oberlandesgerichte zu Halberstadt, in dessen Bezirke das Klostergut Winnungen belegen ist,

durch das Herzogliche Cammer-Collegium zu Braunschweig übergeben. Das Oberlandesgericht verfügte darauf die Inrotulation der Acten, behuf deren Einsendung an das Königliche Geheime-Ober-Tribunal zu Berlin. Das Landgräfliche Haus protestirte zwar dagegen in einer an das Königliche Justiz-Ministerium gerichteten Beschwerde, unter Beziehung auf das der Krone Preußen für deren nicht churfürstliche Länder verliehene Kaiserliche Privilegium de non appellando vom 31. Mai 1746, und die daraus fließende Incompetenz des vormaligen Reichscammergerichts, mit der Bitte, die Sache noch einmal zur ersten Instanz zurückzuweisen. Die Beschwerde wurde jedoch von dem Justiz-Ministerio abgeschlagen, und hierauf im März 1831 mit der Einsendung der Acten an das Geheime-Ober-Tribunal verfahren, dessen höchste Entscheidung jetzt bevorsteht.

Der obschwebende Rechtsstreit, ehrwürdig schon durch sein Alter, erinnert auf so vielfache Weise an eine für vaterländische Geschichte und Verfassung denkwürdige Vergangenheit, berührt so manche Gegenstände des noch bestehenden Braunschweigischen Staatsrechts, daß eine Kenntniß der zur Entscheidung vorgelegten Streitfragen auch für das Gebiet der Wissenschaft nicht ohne Interesse seyn dürfte. Diese Rücksicht ist es, welche Veranlassung gegeben hat, die vorliegende Rechtsausführung der Öffentlichkeit zu überliefern.

Wolfenbüttel, im Julius 1831.

I n h a l t.

E r s t e A b t h e i l u n g.

G e s c h i c h t l i c h e E i n l e i t u n g.

| | Seite |
|---|-------|
| §. 1. Erlöschung des Mannsstammes der Grafen zu Reinstein und Blankenburg..... | 3 |
| §. 2. Das Kloster Michaelstein in der Grafschaft Blankenburg..... | 4 |
| §. 3. Herzog Christian zu Braunschweig und Lüneburg, Abt des Klosters Michaelstein..... | 5 |
| §. 4. Successionen in der Regierung der Grafschaft Blankenburg..... | 6 |
| §. 5. Das Klostergut Winningen in fremden Händen..... | 7 |

Z w e i t e A b t h e i l u n g.

U e b e r s i c h t d e s e n t s t a n d e n e n R e c h t s s t r e i t s.

| | |
|---|----|
| §. 6. Klage des Klosters Michaelstein gegen den Landgrafen Friedrich zu Hessen-Homburg..... | 10 |
| §. 7. Antwort des Beklagten und Entscheidungen in erster Instanz..... | 10 |
| §. 8. Appellation des Beklagten an das Reichscammergericht..... | 11 |
| §. 9. Revisions-Instanz..... | 12 |
| §. 10. Litisdennunciation und Intervention in der Revisions-Instanz..... | 13 |
| §. 11. Jetztige Parteien in diesem Rechtsstreite..... | 14 |
| §. 12. Uebergang zur folgenden Darstellung..... | 16 |

D r i t t e A b t h e i l u n g.

R e c h t l i c h e D a r s t e l l u n g.

E r s t e r A b s c h n i t t.

Rechtsverhältniß der geschehenen Veräußerung des Klosterguts Winningen.

A. Ungültigkeit derselben nach Deutschem Kirchenrechte.

Das Kloster Michaelstein bestand am 21. Mai 1623 als geistliche Stiftung:

- §. 13. a) kraft ausdrücklicher Anerkennung und Willenserklärung der regierenden Herzöge Heinrich Julius und Friedrich Ulrich zu Braunschweig und Lüneburg..... 17
- §. 14. b) mit allen den Grundsätzen des Kirchenrechts entsprechenden Erfordernissen..... 19

Widerlegung einiger gegenseits für die erfolgte Säkularisation des Klosters Michaelstein aufgestellten Gründe:

- §. 15. a) daß dieselbe schon von den Grafen zu Reinstein und Blankenburg geschehen sei..... 20
- §. 16. b) daß die Grafen zu Reinstein und Blankenburg sich selbst als Patroni, oder ihre minderjährigen Kinder zu Aebten präsentirt hätten..... 22
- §. 17. c) daß die Herzöge zu Braunschweig das Kloster Michaelstein nach dem Anfälle der Grafschaft Blankenburg als säcularisirt besessen, und nicht mit einem Convente besetzt haben sollten..... 23
- §. 18. Die Verpfändung des Klostergrundes Winningen ist nicht mit Beobachtung der dem Kirchenrechte entsprechenden Erfordernisse, also auf nichtige Weise geschehen..... 27
- §. 19. Die Verpfändung kann auch nicht durch den Titel der Säkularisation aufrecht erhalten werden..... 32
- §. 20. Die Verpfändung ist auch nicht durch Verjährung befestigt worden..... 33
- §. 21. Unerheblichkeit der Einrede der Versio in rem und fehlender Grund derselben..... 34

B. Ungültigkeit der Veräußerung nach Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischem Territorial-Staatsrechte, wobei in Betracht kommt:

I. das staatsrechtliche Verhältniß der unter fremder Staatshoheit belegenen Güter des Klosters Michaelstein.

- §. 22. Das Kloster Michaelstein im Staatseigenthum der Grafschaft Blankenburg..... 38
- §. 23. Der Außenhof Winningen, obgleich unter fremder Staatshoheit gelegen, zum Staatseigenthum der Grafschaft Blankenburg gehörig..... 40

II. Das Lehnverhältniß der Grafschaft Blankenburg zu Kaiser und Reich.

- §. 24. Das zum Reichslehn erhobene Herzogthum Braunschweig und Lüneburg umfaßt auch die Grafschaft Blankenburg..... 41
- §. 25. Der Außenhof Winningen, als zur Grafschaft Blankenburg gehöriges lehnbares Staatsseigenthum, konnte ohne Einwilligung des Kaisers und zum Nachtheile der Regierungsnachfolger rechtsgültig nicht veräußert werden..... 45
- §. 26. Das Kloster Michaelstein durfte, vermöge ihm übertragenen Rechts, die ungültige Veräußerung des Außenhofes Winningen anfechten..... 46

III. Die Unveräußerlichkeit der Klostergüter:

a) nach dem Familien-Staatsrechte im Hause Braunschweig und Lüneburg.

- §. 27. Die Familien-Verträge im Gesamt-Hause Braunschweig und Lüneburg verbieten jede Veräußerung von Staatsgute 48
- §. 28. Anwendung der Hausverträge auf die Veräußerung des Klosterguts Winningen..... 50
- §. 29. Begründete Berufung des Klosterguts Michaelstein auf die Nichtigkeit der Fürstlichen Consense..... 53
- §. 30. Unbegründete Berufung des beklagten Landgräflichen Hauses auf die Verordnung des Westphälischen Friedenschlusses, Art. V. §. 25, und den Pfandbesitz des Fürsten Ludwig zu Anhalt am 1. Jan. 1624..... 55

b) nach dem Landrechte der Grafschaft Blankenburg:

- §. 31. Constitution Herzogs Heinrich Julius, wegen vorgeschriebener Klostergüter vom 12. Jan. 1602..... 62

c) nach der landständischen Verfassung der Grafschaft:

- §. 32. Die landständischen Rechte des Klosters Michaelstein..... 64

Zweiter Abschnitt.

Rechtsverhältniß der Verpfändung des Klosterguts Winningen unter eventueller Voraussetzung ihrer Gültigkeit.

- §. 33. Streitfragen über die Einlösung des antichretisch verpfändeten Guts..... 66
- §. 34. Anwendung des Anastasianischen Gesetzes..... 67
- §. 35. Rechtsverhältniß der Zurückgabe des verpfändeten Guts..... 68
- §. 36. Der anhängige Rechtsstreit hat auch die Wirkungen des Pfandrechts an Winningen zum Gegenstande..... 70
- §. 37. Schluß..... 72

A n l a g e n .

| | | |
|-------|--|-----|
| A. | Pfandverschreibung des Herzogs Christian über 36,000 Rthlr., vom 21. Mai 1623..... | 77 |
| B. | Consens-Urkunde des Herzogs Friedrich Ulrich, vom 22. Mai 1623..... | 80 |
| C. | Consens-Urkunde der Abtissin Dorothea Sophia zu Quedlinburg, vom 22. Mai 1623..... | 81 |
| D. E. | Schreiben der Herzöge Friedrich und August vom 9. April und 8. Sept. 1645 an Fürst Ludwig zu Anhalt, nebst Witterschrift des Abts zu Michaelstein, vom 22. Febr. 1645..... | 82 |
| F. | Antwortschreiben des Fürsten Ludwig zu Anhalt, vom 18. Febr. 1646..... | 86 |
| G. | Urkunde über die Cession der Pfandverschreibung Herzogs Christian von dem Fürsten Ludwig zu Anhalt an den General Hans Christoph von Königsmark, vom 30. März 1647..... | 87 |
| H. | Consens-Urkunde des Herzogs August für den General von Königsmark, vom 1. Mai. 1647..... | 89 |
| I. | Confirmations-Urkunde der Abtissin Anna Sophia zu Quedlinburg, vom 21. März 1653, für den Abt Herweg zu Michaelstein..... | 92 |
| K. | Schreiben des Klosters Michaelstein an Graf Königsmark, vom 11. Januar 1660..... | 94 |
| L. | Bericht des Klosters Michaelstein an Herzog August, vom 25. Febr. 1662..... | 96 |
| M. | Schreiben des Herzogs August an Graf Königsmark, vom 3. März 1662..... | 98 |
| N. | Consens-Urkunde der Herzöge Rudolf August und Anton Ulrich für den Landgrafen Friedrich zu Hessen, vom 18. August 1696..... | 99 |
| O. | Erkenntniß des Reichscammergerichts zu Wehlar, vom 28. November 1783..... | 100 |

Erste Abtheilung.

Geschichtliche Einleitung.

§. 1.

Erldschung des Mannstammes der Grafen zu Reinstein und Blankenburg.

Das Geschlecht der Grafen zu Reinstein und Blankenburg erlosch in seinem Mannstamme mit dem am 4. Julius 1599 verstorbenen minderjährigen Grafen Johann Ernst *). Ihm folgte Herzog Heinrich Julius zu Braunschweig-Lüneburg, an welchen die Grafschaft als eröffnetes Lehn zurückfiel.

*) Stammtafel der letzten Grafen zu Reinstein und Blankenburg:

Ulrich † 1551.

| | | |
|--------------------------------------|---|---|
| Ernst, Abt zu Michaelstein, † 1581. | Raspar Ulrich, Abt zu Michaelstein, † 1575. | Botho, † 1594. |
| Ulrich, Abt zu Michaelstein, † 1578. | Ernst, Abt zu Michaelstein, † 1594. | Martin, Abt zu Michaelstein, † 1597. Gem. Dorothea, des Grafen zu Solms-Lich in Laubach Tochter. |
| | | Johann Ernst, geb. 29. Oct. 1595, Abt zu Michaelstein, † 4. Jul. 1599. |

§. 2.

Kloster Michaelstein in der Graffschaft Blankenburg.

Zur Graffschaft Blankenburg gehörte das darin belegene mittelbare Kloster Michaelstein, gestiftet im Jahre 1139 von der Abbatissin Beatrix zu Quedlinburg, begitert von ihr und dem Grafen Burchard zu Blankenburg, bestätigt von den Päpsten Eugenius 1152, und Innocentius dem Dritten 1210, mit Einföhrung der Regel des Cistercienser=Ordens. Die regierenden Grafen zu Blankenburg ernannten den jedesmaligen Abt, und präsentirten denselben der Abtissin zu Quedlinburg, als Collatricin des Klosters, zur Bestätigung. In Folge der Reformation wurde unter dem im Jahre 1544 confirmirten Abte Ernst, Grafen zu Blankenburg, mit Beibehaltung der Verfassung des Klosters, eine Schule für Knaben in demselben errichtet, und der Abtissin zu Quedlinburg das Recht eingeräumt, zwei Schüler zu präsentiren. Schon nach dem Tode des Grafen Martin zu Reinsten und Blankenburg, mit Hinterlassung seines zweijährigen Sohnes Johann Ernst, hatte Herzog Heinrich Julius von Braunschweig und Lüneburg, als Landes= und Lehnsherr und oberster Vormund am 3. April 1597 von dem Kloster Michaelstein Besitz nehmen lassen, und den von der Abtissin zu Quedlinburg dagegen erhobenen Widerspruch durch einen Vergleich vom 21. Mai 1597 dahin beilegt:

daß den Abtissinnen zu Quedlinburg die confirmatio des Abts zu Michaelstein, die nominatio, praesentatio und das ius patronatus aber den Grafen zu Reinsten und Blankenburg, und nach deren gänzlichem Abgang den regierenden Herzögen zu Braunschweig, von welchen die Graffschaft Blankenburg, darin Michaelstein gelegen, zu Lehn rühre, sein und bleiben;

auch in diesem Vertrag nicht allein das Kloster Michaelstein für sich, sondern auch alle jetzige und jede in und außerhalb der Graffschaft Blankenburg vorhandene Güter, sie haben Namen und

seien gelegen, wie und wo sie wollen, mit ihren In- und Zubehörungen, gezogen und verstanden werden sollen.

Herzog Heinrich Julius ernannte und präsentirte im Julius 1599 seinen Bruder Herzog Julius August zum Abte des Klosters, welchem die Abtissin zu Quedlinburg die Confirmation ertheilte.

§. 3.

Herzog Christian zu Braunschweig und Lüneburg, Abt des Klosters Michaelstein.

Herzog Friedrich Ulrich, ältester Sohn und Regierungsnachfolger Herzogs Heinrich Julius, ernannte, nach dem Tode Herzogs Julius August, seinen Bruder, Herzog Christian, postulirten Bischof zu Halberstadt, zum Abte des Klosters Michaelstein. Die damalige Abtissin zu Quedlinburg, Dorothee Sophie, geborne Herzogin zu Sachsen, bestätigte denselben im Jahre 1620 und investirte ihn mit der Abtei Michaelstein und allen Gütern dieses Klosters. Hiezu gehörte der im Fürstenthume Halberstadt belegene Außenhof Winningen, eine seit Jahrhunderten mit dem Kloster verbundene Besizung, deren damaliger Ertrag auf mehr als 3500 Rthlr. sich belief. Herzog Christian, der von Feind und Freund gefürchtete Heerführer auf dem Schauplaze des 30 jährigen Krieges, entflammt weniger von eitler Kriegerelust, als der romantischen Idee, dem geächteten Churfürsten Friedrich von der Pfalz die von der Ligue geraubte Krone wieder zu erobern, rüstete sich im Anfange des Jahres 1623 in Niedersachsen zu einem neuen furchtbaren Kampfe. Die Leidenschaft für seinen Zweck entfernte von ihm eine ruhige Prüfung der Mittel. In kurzer Frist erschöpfte Herzog Christian die Hülfquellen der Gegenwart, und jezt sollte seinem Zwecke dienen, was einer fernen Zukunft ein frommes Vermächtniß zu bleiben bestimmt war. Der Heerführer glaubte sich berechtigt, ein seiner geistlichen Würde anvertrauetes Klostergut dessen ursprünglichen und fortwährenden Bestimmung zu entziehen, und so geschah es, daß Herzog Christian, laut einer Verschreibung vom 21. Mai

1623 (f. Anl. A.), für ein von dem Fürsten Ludwig zu Anhalt empfangenes Anlehn von 36,000 Rthlrn. den Klosterhof Winningen, ohne Zuziehung des Convents des Klosters, dem Gläubiger verpfandte und einräumte. Der Gläubiger sollte dieses Gut anstatt der Zinsen bis zur Einlösung auf vorgängige vierteljährig Leose genießen. Herzog Friedrich Ulrich befand sich damals, zurückgezogen von dem Waffengegetümmel des in seine Bestallung getretenen Herzoglichen Bruders, auf seinem Hause Calvörde, und wurde hier bewogen, an dem auf das Datum der Pfandverschreibung folgenden Tage, dem 22. Mai 1623, in die Verpfändung seine Einwilligung zu geben. Die Urkunde (Anl. B.) enthält seine Erklärung:

»als haben Wir die vor Augen schwebende und herein-
»brechende, auch vom Tage zu Tage sich häufende große
»Noth und Gefahr angesehen. — —

»Wir consentiren — — wie solches zu recht und üb-
»licher Gewohnheit und androhernder äußerster
»Gefahr nach, am kräftigsten und beständigsten im-
»mer geschehen soll.

Gleichfalls wurde die Abtissin zu Quedlinburg, als Collatricin des Klosters Michaelstein, mit der Ertheilung eines Consenses übereilt, welchen sie am 22. Mai 1623 (Anl. C.) ausstellte, jedoch die Bedingung hinzufügte:

»daß Er. Herzog Christians Liebden selbst, oder auch
»deren Nachkommen, die Wiedereinlösung des verpfändeten Hofes Winningen hinwiederum förderlichster Gebühr ins Werk richten.

Herzog Christian resignirte die Abtei Michaelstein im folgenden Jahre 1624.

§. 4.

Successionen in der Regierung der Grafschaft Blankenburg.

Nach dem Tode Herzogs Friedrich Ulrich am 11. August 1634, womit dessen Linie erlosch, wurde in dem Erbvertrage vom 14. Decbr. 1635 unter den damaligen Linien des Gesamtthauses Braunschweig und Lüneburg die Grafschaft Blanken-

burg dem Herzoge Wilhelm zu Haarburch überlassen, nach dessen Tode 1642 die Herzöge August der Jüngere, Dannenberg'scher Linie, und Friedrich zu Zelle dieselbe in Besiz nahmen. Durch den Tod des Lehten, 1648, gelangte Herzog August, in Gemäßheit des Vergleichs vom 11. Mai 1651, zur alleinigen Regierung der Grafschaft Blankenburg, und blieb dieselbe seitdem bei der von ihm abstammenden, jetzt blühenden Linie des Hauses Braunschweig. Die Grafschaft wurde unter der Regierung Herzogs Ludwig Rudolph vom Kaiser Joseph unterm 1. Novbr. 1707 zum Fürstenthum erhoben.

§. 5.

Das Klostergut Winningen in fremden Händen.

Die Herzöge Friedrich und August erklärten in den an den Fürsten Ludwig zu Anhalt erlassenen Schreiben vom 9. April und 8. Sept. 1645 (Anl. D. E.), daß sie zu der Forderung wegen des alienirten Außenhofes Winningen sich nicht verstehen könnten, und dessen Wiedereinräumung an das Kloster Michaelstein begehrtten. Fürst Ludwig zu Anhalt erwiderte unterm 18. Febr. 1646 (Anl. F.), daß er ersucht haben wolle, die Sache durch gütliche Unterhandlung zu helfen und die Vermittelung des Herzogs Friedrich zu Holstein anzunehmen. Dennoch cedirte derselbe Fürst in einer Urkunde vom 30. März 1647 (Anl. G.) seine aus der Verschreibung des Herzogs Christian erlangten Rechte und die wirkliche Possession des Hofes Winningen dem General Hans Christoph von Königsmark mit der Bemerkung, daß ihm von demselben die an dem Hofe bekräftigte Summe von 36,000 Rthlr. baar ausgezahlt sei, auch ohne Gewährleistung. Der General commandirte damals die Königlich Schwedische Armee im Niedersächsischen Kreise. Aus seinem Hauptquartiere zu Heiningen, eine Meile von Wolfenbüttel, ließ er den Herzog August um den Consens in jene Cession ersuchen, welchen der Herzog, ohne völlige Freiheit der Weigerung, am 1. Mai 1647 zu Wolfenbüttel wegen der Landesfürstlichen Hoheit und des Interesses

am Kloster Michaelstein erteilte (Anl. H.), jedoch dem Consense ausdrücklich die Bemerkung einrückte:

- » daß Wir, obgleich sonst sothane Schuld Fürst Lud-
- » wigs zu Anhalt Liebden Wir zu verconsentiren nicht
- » gemeint gewesen, dem Herrn General von Königs-
- » mark zu sonderbarer Gunst und Gefallen, aus wahren
- » erheblichen Uns dazu bewegenden Ursachen, Unseren Con-
- » sens erteilet haben. «

Der General Königsmark bewirkte auch, daß von den Agnaten des Herzogs August, die Herzöge Christian Ludwig zu Saxe und Georg Wilhelm zu Hannover in die Session consentirten, in deren Consensen vom 3. Aug. 1649 die Erklärung enthalten ist:

- » Wir demnach solchen des Herrn Generals Suchen, aus
- » sonderbaren Uns dazu bewegenden Ursachen, wiewol wir
- » Uns sonst dazu im Rechten gar nicht verbunden zu
- » sein wissen, statt gethan.

Das Kloster Michaelstein war, nach der Resignation Herzogs Christian, im Jahre 1626, mit dem Fürstl. Braunschweigischen Hofrathe Wilhelm Bikel als Abte wieder besetzt. Nach dessen Tode († 1628) veranlaßte das Kaiserliche Resstitutions-Edict eine Besitznahme des Klosters von katholischen Cistercienser Mönchen (1629), welche dasselbe nach der Schlacht bei Leipzig am 7. Sept. 1631 wieder verließen, jedoch nach dem Frieden zu Prag 1636 wieder besetzten, bis sie durch Schwedische Uebermacht daraus vertrieben wurden. Die Herzöge August und Friedrich ernannten im Jahre 1644 den Hofprediger und Superintendenten, M. Henning Brosenius, zum Abte, und auf diesen folgte am 21. März 1653 der Superintendent Herweg zu Blankenburg (Anl. J.). Abt und Convent des Klosters schrieben unterm 11. Jan. 1660 an den General Hans Christoph Grafen Königsmark, damaligen Gouverneur des Herzogthums Bremen (Anl. K.), daß der aus Fürstlich Anhaltischer Hand von ihm mit 1000 Ducaten acquirirte Klosterhof Winningen vom Herzoge Christian zur höch-

sten Ungebühr gegen klare geist- und weltliche Rechte verfehlt sei, und baten um dessen Restitution:

- »wo nicht intuitu des vieljährigen Genießens ohne Ent-
- »geld, doch gegen baare Erstattung der dem Fürsten von
- »Anhalt gereichten Beliebniß von 2000 Thatern.

Graf Königsmark cedirte, ohne Rücksicht auf die Eigenthumsrechte des Klosters, in einem mit dem Landgrafen Friedrich zu Hessen auf Ugatenburg den 30. Jan. 1662 geschlossenen Kaufcontracte über das Amt Hötensleben und andere Güter dem Käufer auch das Gut Klein-Winningen, welches er ex cessione des Fürsten Ludwig zu Anhalt seit anno 1647 um einen gewissen darauf guthabenden Pfandschilling iure antichretico besessen und genossen habe. Die Kaufsumme für alle verkaufte und cedirte Güter wurde auf 240,000 Rthlr. bestimmt, und versprach der Verkäufer dabei,

- »die zu einem jedweden Stücke zugehörige resp. Con-
- »sensus, Confirmation und Ratification,

namentlich auch von dem Herzoge zu Wolfenbüttel innerhalb Jahresfrist an die Hand zu schaffen. Herzog August wurde in einem Schreiben des Grafen Königsmark vom 30. Jan. 1662 um den Consens in die Cession des Klosterhofes Winningen ersucht; der Herzog vernahm darüber das Kloster, und als dasselbe in einem Berichte vom 25. Febr. 1662 (Anl. L.) wegen seines Eigenthums an dem Außenhofe gegen den Consens protestirte, und den Weg Rechts sich vorbehielt, erging an den Grafen Königsmark, unter Mittheilung des Berichts, eine ablehnende Antwort vom 3. März 1662. (Anl. M.) Nach dem Tode des Grafen Königsmark wiederholten dessen Wittwe und Söhne unterm 9. Julius 1663 und 16. Jan. 1664 ihre Gesuche um den Consens, erhielten jedoch in den Antwortschreiben des Herzogs August vom 27. Jul. 1663 und 13. Jan. 1664 nur die Erklärung, daß die Sache mit dem Kloster selbst zuvor ausgemacht werden müsse.

Zweite Abtheilung.

Uebersicht des entstandenen Rechtsstreits.

§. 6.

Klage des Klosters Michaelstein gegen den Herrn Landgrafen Friedrich zu Hessen-Homburg.

Das Kloster Michaelstein, und in Vertretung desselben Abt Herweg und Prior Gelpke, sahen sich durch die verweigerte Wiederabtretung des Klosterhofes Winningen zu der am 26. März 1674 bei der Regierung des Fürstenthums Halberstadt gegen den Herrn Landgrafen Friedrich zu Hessen-Homburg angestellten Klage genöthigt. Sie gründeten dieselbe auf die, ohne vorgängige Untersuchung der Sache, verfassungswidrig und ohne Genehmigung des Kloster-Convents geschehene ungültige Verpfändung, und ohne Nutzen des Klosters erfolgte Veräußerung, auf die ohne Wirkung gebliebene Cession nicht begründeter Rechte, auf die Unwirksamkeit des die Landes-Regulirung und Constitutionen verletzenden, auch im Kriege erzwungenen Fürstlichen Consenses. Der Antrag wurde dahin gerichtet, die Restitution des Guts Winningen mit Früchten oder was sonst aus der Erzählung des Facti hätte sollen können und müssen gebeten werden, zu erkennen.

§. 7.

Antwort des Beklagten und Entscheidungen in erster Instanz.

Der Herr Landgraf verlangte in seiner Exceptionschrift vom 27. Octbr. 1674, daß die Kläger sich als wirkliche Abt und Prior des Klosters Michaelstein legitimiren und eine Caution wegen der Kosten bestellen sollten, berief sich auf die Verjährung, vermöge des ruhigen Besizes des Hofes Winnin-

gen seit länger als 40 Jahren, verneinte eventuell den Inhalt der Klage, und bat um Abweisung der Kläger. Nach einer Litisdenunciation an die Erben des Grafen Königsmark wurde in der Duplik vom 30. Mai 1678 jene erste Einrede besonders darauf gegründet, daß das Kloster Michaelstein Cistercienser=Ordens von den Herzögen zu Braunschweig einge-
zogen, und die Verfassung des Klosters aufgehoben sei. Das Gericht erkannte am 9. Jan. 1679, daß die Kläger ad hanc actionem annoch besser, als noch zur Zeit geschehen, sich zu legitimiren schuldig seien. Diese Legitimation beschafften die Kläger durch ein Attestat der Justiz=Canzlei zu Wolfenbüttel, daß das Kloster ohne alle Rücksicht auf den Cistercienser=Orden annoch bestehe, mit Abt, Prior und Convent besetzt werde, und daß die Kläger zum Abte und Prior von Serenissimo, als höchstem Bischöfe, erwählt seien. Ein ferneres Erkenntniß erklärte die Kläger für genugsam legitimirt, sowie auch die Caution wegen der Kosten beschafft, und wurde dasselbe auf die von dem Beklagten dagegen ergriffene Reuteration in dem Erkenntniße vom 9. Decbr 1686 bestätigt.

§. 8.

Appellation des Beklagten an das Reichscammergericht.

Der Beklagte appellirte gegen das Erkenntniß vom 9. Decbr. 1686 an das Reichscammergericht, mit der Beschwerde, daß das Erkenntniß vom 17. Mai 1681 bestätigt sei, und dem Antrage, den Beklagten von der Klage gänzlich zu entbinden. Das Reichscammergericht erkannte am 31. Mai 1687 den vollständigen Appellations=Proceß, und wurde der Hauptgegenstand des Streits in den Deductionen beider Theile ausführlich erörtert. Die Vertheidigungsgründe des Beklagten bestanden in der angeblich schon vor der Verpfändung des Guts Winnungen erfolgten Sacularisation des Klosters Michaelstein, in einer dem protestantischen Kirchenrechte fremden Beobachtung der Förmlichkeiten des päpstlichen Rechts bei Veräußerung von Kirchengütern, und der Einrede der Verjährung. Während des Processus ertheilten die Herren Herzöge Rudolph

August und Anton Ulrich zu Braunschweig den 18. Aug. 1696, auf Andringen des Herrn Landgrafen von Hessen, eine Confirmation des von Ihrem Herrn Vater dem Grafen Königsmark gegebenen Consenses in die Cession des Klosterhofes Winningen (Anl. N.) dahin:

daß dem Consense aller Effect, so er nach Gestalt der Sachen und Umstände zu Recht haben könne, gelassen, jedoch dem Kloster Michaelstein an seinen Rechten und dessen Ausführung nichts benommen werde.

Das Kloster protestirte gegen diese Confirmation unterm 7. Septbr. 1696 vor Notar und Zeugen. Nach einem 95 jährigen Schriftwechsel bis zur Septuplik, und nachdem das Kloster in der Hauptsache zum Erkenntniße submittirt und auf Verurtheilung des Beklagten zur Herausgabe des Klosterhofes Winningen mit Früchten angetragen hatte, wurde am 28. Novbr. 1783 vom Reichscammergerichte zu Wehlar folgendes Erkenntniß (Anl. O.) eröffnet:

daß die Appellaten ad causam hinlänglich legitimirt, sofort Herr Appellant denselben das Klostergut Winnigen nebst den vom 14. Octbr. 1674 erhobenen Nutzungen, salvo regressu adversus quemcunque, wieder abzutreten und respective zu ersetzen schuldig sei, und Herrn Appellanten vorbehalten bleibe, die in das Gut quaestionis erweislich verwandten Meliorationen an denen zu restituirenden Nutzungen, unaufhaltlich jedoch der Abtretung des Guts selbst, in Abzug zu bringen.

§. 9.

Restitutions = Instanz.

Der Herr Landgraf ergriff gegen das Erkenntniß vom 28. Novbr. 1783 das Rechtsmittel der Restitution und suchte durch seine den 19. April 1784 übergebene Supplicatio mit Anlagen Nro 1 bis 20 in der Hauptsache folgende Einreden auszuführen:

1. daß die vindicationsklage nicht zustehe, weil die Ver-

- pfändung des Hofes Winningen rechtsbeständig geschehen sei, — §. 19 bis 90;
2. Der Verjährung des Pfandrechts am Gute Winningen, — §. 91 bis 97;
3. des Besitzes dieses Guts in anno et die decretorio den 1. Jan. 1624 — §. 98.

Diese durch den Druck bekannt gemachte Deduction enthält im §. 99. den Antrag, den Beklagten gegen das abgegebene Erkenntniß in integrum zu restituiren, und demnächst von der erhobenen Vindicationsklage zu entbinden. Das Kloster Michaelstein vertheidigte sich dagegen in seiner unter dem Titel: Beweise u. zu Wolfenbüttel 1784 gedruckten Exceptionschrift. Der Beklagte verhandelte seine Replik im Jahre 1786, das Kloster bat und erhielt Frist zur Einbringung der Duplik zum letzten Male bis zum Junius 1792. Hiernächst ist unter dem 1. April 1823 von Seiten des Klosters Michaelstein bei dem Königl. Preuß. Oberlandesgerichte zu Halberstadt der Antrag gemacht:

die verhandelten gerichtlichen Acten von Wehlar einzufordern, und nach deren Durchsicht die weitere Verfügung zur Fortsetzung des Processus zu erlassen.

Demgemäß sind zufolge Decrets des Königl. Oberlandesgerichts vom 11. April 1823 die gerichtlichen Acten aus dem Reichscammergerichts-Archiv requirirt und eingegangen, auch ist zufolge des an demselben Tage ausgefertigten Hypothekenscheins über das Gut Winningen eine Protestatio pro conservando iure dominii an dem Gute, als einer res litigiosa, für denjenigen eingetragen, auf welchen die dem Kloster Michaelstein an diesem Gute zuständigen Eigenthumsrechte gebühren sind.

§. 10.

Litisdenunciation und Intervention in der Restitutions-Instanz.

Der Supplicatio pro restitutione wurde im §. 100 eine Litisdenunciation des Herrn Landgrafen gegen den Herrn Herzog Carl Wilhelm Ferdinand zu Braunschweig und Lüneburg

angehängt, gegründet auf die Behauptung, daß der Litisdenunciat wegen der von den Herzögen Friedrich Ulrich und Christian geschehenen Verpfändung und des vom Herzoge August ertheilten Consensbriefes plenariam evictionem zu leisten verpflichtet sei. Das Reichscammergericht erkannte unterm 28. Febr. 1785 gegen den Herrn Herzog Carl Wilhelm Ferdinand eine Citatio ad assistendum liti et eventualiter plenarie indemnisandum, worauf Höchstderselbe erklärte, causam iniustam des Herrn Landgrafen gegen das Kloster nicht defendiren zu wollen. Ferner war von dem Herrn Landgrafen zu Hessen = Darmstadt, jetzigen Großherzogs Königliche Hoheit, am 30. April 1784 eine Intervention übergeben, und derselben ein Auszug aus dem unterm 5 März 1664 zwischen Darmstadt und Hessen = Homburg errichteten Cessions = und Kauf = Contracts beigefügt, Inhalts dessen die damals von Darmstadt an Hessen = Homburg mit 100,000 Fl. Capital abgetragenen 10,000 Fl. Deputatgelder zur Acquisition der Königsmark'schen Güter verwandt, und dabei dem Hause Hessen = Darmstadt der ohnehin kraft des Erb = Statuti competirende Wiederfall und die Succession vorbehalten, auch der Mitbesitz der im Brandenburg'schen belegenen Güter verschrieben worden. Der Herr Landgraf zu Hessen = Darmstadt behauptete aus diesem Vertrage ein Interesse bei dem Ausfalle der Hauptsache und bat dem Restitutionsgesuche Statt zu geben.

§. 11.

Jetzige Parteien in diesem Rechtsstreite.

Das Kloster Michaelstein behielt bis zu der im Octbr. 1806 erfolgten Französischen Besitznahme des Herzogthums Braunschweig, welche die nachherige factische Vereinigung desselben mit dem Königreiche Westphalen zur Folge hatte, seine vorherige Verfassung. Seit der unter der Regierung des Herrn Herzogs Ludwig Rudolph in den Jahren 1717 und 1721 vorgenommenen Veränderung, wodurch die Klosterschule aufgehoben und ein Predigerseminarium im Kloster errichtet war, bestand der Klosterconvent in dem Abte, Prior, Sub=

prior und fünf Collegiaten. Ein Decret des Königs von Westphalen vom 1. Decbr. 1810 verfügte die Aufhebung aller Klöster im Umfange des Königreichs und die Vereinigung ihrer Güter mit den Staatsdomainen. Nach der Rückkehr der rechtmäßigen Landesregierung wurden die Klöster mit ihrer vorigen Einrichtung nicht wiederhergestellt, sondern ihre Güter zugleich mit den Domainen der Verwaltung der Fürstlichen Cammer übergeben. Eine Uebereinkunft zwischen der Landesherrschaft und den Ständen hat nachher in dem Landtags-Abschiede der vereinigten Braunschw.-Wolfenbüttelschen und Blankenburgischen Landschaft vom 13. Jan. und 11. Jul. 1823 Art. 25. festgesetzt:

- »Die Verwaltung der Klostergüter soll fernerweit bei der Fürstlichen Cammer verbleiben, jedoch von einer eigenen Section derselben geschehen, welche alle auf die Klostergüter Bezug habenden Sachen bearbeiten, über das Klostervermögen eine eigene Rechnung in Einnahme und Ausgabe, und den Namen einer Section für Klostersachen in allen geeigneten Fällen führen soll.«

Das Herzogliche Cammer-Collegium, Section für Klostersachen, ist daher legitimirt, den vorliegenden, ein ohne Rechtsbestand veräußertes Klostergut, betreffenden Rechtsstreit zu verfolgen, und dadurch das hiebei betheiligte Staats-Interesse wahrzunehmen.

Auf Seiten des beklagten Theils wurde nach dem Ableben des Herrn Landgrafen Friedrich der Proceß von der Vormundschaft des minderjährigen Herrn Nachfolgers, in Gemäßheit der Ladung des Reichscammergerichts vom 8. April 1756, reassumirt, und hiernächst von dem Herrn Landgrafen Friedrich Ludwig selbst fortgesetzt. Nach Höchstbesseln im Jan. 1820 erfolgten Ableben, ferner nach dem Ableben Höchstbessens erstgeborenen Sohnes, Herrn Landgrafen Friedrich Joseph Ludwig († 2. April 1829), ist Höchstbessens Herr Bruder und Regierungsnachfolger, des Landgrafen Ludwig Wilhelm Friedrich zu Hessen-Homburg Durchlaucht, der jetzige Beklagte.

§. 12.

Uebergang zur folgenden Darstellung.

Um die der endlichen Entscheidung dieses Rechtsstreits zu widmende Prüfung zu erleichtern, ist es nothwendig, die den Ansprüchen des Klosters zur Seite stehenden Hauptgründe in einer geordneten Uebersicht zusammenzustellen. Zugleich wird man das staatsrechtliche Verhältniß, in welchem die Güter des Klosters Michaelstein nach der Verfassung des Herzogthums Braunschweig und der demselben heimgefallenen Grafschaft Blankenburg standen, mehr als in den früheren Verhandlungen geschehen, hervorheben, die in der Restitutions-Instanz ausgeführten Einreden, besonders die in der bisher unbeantwortet gebliebenen Replik vorgetragenen Gründe, widerlegen, und dadurch auf den Standpunct gelangen, wo die Antwort auf die Hauptfrage:

Ob die Klage des Klosters auf Wiederabtretung des Außenhofes Winningen gegründet sei?
im klaren Lichte der Wahrheit unumhüllt hervortritt.

Dritte Abtheilung.

Rechtliche Darstellung.

Erster Abschnitt.

Rechtsverhältniß der geschehenen Veräußerung des Klo-
sterguts Winningen.

A. Ungültigkeit derselben nach Deutschem Kirchenrechte.

§. 13.

Das Kloster Michaelstein bestand am 21. Mai 1623 als
geistliche Stiftung:

- a) kraft ausdrücklicher Anerkennung und Willenserklärung
der regierenden Herzöge Heinrich Julius und Friedrich
Ulrich zu Braunschweig und Lüneburg.

Wie jeder kirchlichen Anstalt nur durch die Genehmigung der höch-
sten Gewalt im Staate ihr Leben und ihre Erhaltung verlie-
hen wird, so ist auch der kräftigste Beweis ihres Daseins in
dem von dem Landesherrn selbst erklärten Anerkenntnisse dessel-
den begründet. Schon ehe die Grafschaft Reinstein und Blan-
kenburg als eröffnetes Lehn an das Haus Braunschweig zu-
rückfiel, hatte dasselbe die landesfürstliche Hoheit über diese
Grafschaft von jeher ausgeübt. Herzog Heinrich Julius setzte
und verordnete die Vormundschaft für den letzten Grafen Hans
Ernst zu Reinstein und Blankenburg. In dem darüber aus-
gefertigten Briefe d. d. Wolfenbüttel den 30. Mai 1597,

Lünig, Reichsarchiv. Spicilegium saeculare., Th. 2

Seite 1736,

stehen die Worte:

»und Uns dann, als dem Landes- und Lehnsherrn und
 »also obersten Tutoren gebühret hat, dem unmündigen
 »Grafen Vormünder zu verordnen, als haben Wir — —
 »Thun das auch als regierender Herzog zu Braunschweig
 »von hoher landesherrlichen Obrigkeit und Rechtswegen,
 » — — .

Eben dieser Regent bestätigte, nach der für ihn als Landes- und Lehnsherrn am 3. April 1597 geschehenen Besitznahme des Klosters Michaelstein, das wirkliche Bestehen und die Fortdauer desselben in dem am 21. Mai 1597 mit der Abtissin zu Quedlinburg geschlossenen, oben im §. 2. erwähnten, Vergleich.

Lünig, Reichsarchiv. Spicilegium Ecclesiast. Thl. 3.
 Von Abtissinnen. N^o XIV. Quedlinburg. Seite 283.

Die entscheidenden Merkmale einer geistlichen Stiftung — Recht der Ernennung und Präsentation, Patronat und Confirmation durch einen Kirchenoberen — finden sich hier aufs klarste ausgesprochen. Der anerkannte fortwährende kirchliche Zweck der Stiftung ergibt sich aus der in den Vergleich aufgenommenen, auch in dem früheren Vergleiche zwischen den Grafen zu Reinstein und der Abtissin zu Quedlinburg vom 28. März 1566 enthaltenen Bestimmung:

daß zu jeder Zeit 2 Knaben, so die Abtissinnen präsentiren, in die Schule zu Michaelstein aufgenommen werden sollen.

Nach dem Eintritte des in dem Vergleiche vom 21. Mai 1597 berührten Heimfalles der Grafschaft Blankenburg an das Haus Braunschweig, im Jahre 1599, präsentirte Herzog Heinrich Julius seinen Bruder, Herzog Julius August, zum Abte des Klosters Michaelstein, und wurde demselben, nach ertheilter Confirmation, der Besitz des Klosters am 25. Jul. 1599 übergeben, dagegen aber von ihm ein schriftlicher Revers ausgestellt, worin besonders enthalten:

1. daß er, als ein Abt des Klosters, der Grafschaft Reinstein und Blankenburg Landstand sein und bleiben, und Alles, was von Alters her die pro tempore gewesenen Aebte den Grafen geleistet, hinfüro dem regierenden

- Landesfürsten auch leisten, und demselben folgen wolle;
 2. daß er nicht weniger Denselben mit Befehung, Inspection
 und Visitation der Klosterschule gewähren lassen wolle.

Die Verhältnisse des Klosters blieben unverändert, als nach dem Absterben des Herzogs Julius August der regierende Herzog Friedrich Ulrich seinen Bruder Herzog Christian zum Abte dasselben präsentirte. Der mit Zustimmung des Herzogs Friedrich Ulrich ertheilte Investiturbrief der Abtissin zu Quedlinburg, vom J. 1620, machte dem Herzoge Christian zur Pflicht:

Es sollen auch S. L. das Kloster Michaelstein, und die darinnen angerichtete Schule bei Ehren und Würden erhalten, und ohne unser Vorwissen und Bewilligung nichts davon veralieniren, oder sonst beschweren auf keinerlei Weise.

§. 14.

- b) mit allen den Grundsätzen des Kirchenrechts entsprechenden Erfordernissen.

Die christliche Kirche beschränkte, seit ihrer Gründung, ihr äußeres Leben nicht auf die gemeinsamen Religionshandlungen; sie umfaßte zugleich mehre die sittliche Vervollkommenung der Menschen angehende Richtungen. Auch der wissenschaftliche Unterricht kam in die Hände des Klerus, und nahm besonders in den bischöflichen und Klosterschulen seinen Sitz. Als Carl der Große die Sachsen zum Christenthume bekehrt und die Einrichtung der Kirchen und Klöster befördert hatte, dehnte er ihre dem Gottesdienste geweihte Bestimmung auch auf den Unterricht der Jugend aus.

Capit. I. Caroli M. a. 789. cap. 70.

Ut ministri altaris — non solum servilis conditionis infantes, sed etiam ingenuorum filios adgregent, sibi que socient. Et ut scholae legentium puerorum fiant. Psalmos, notas, cantus computum grammaticum per singula monasteria vel episcopia discant.

Uberglaube und Silberdienst verdrängten in der Folge jenen löblichen Zweck aus dem Klosterleben, und so blieb erst dem Werke der Reformation vorbehalten, im Geiste der reineren christlichen Lehre, die Klöster einer der Kirche nützlichen Bestimmung wiederzugeben. Das Kloster Michaelstein behielt nach der Einführung der Reformation den Zweck einer geistlichen Stiftung durch die darin errichtete Schule, welcher die Conventualen als Lehrer vorstanden. Diese Anstalt war für einen höheren wissenschaftlichen Zweck berechnet, wie die von Leuckfeld in *Antiquit. Michaelst.* Pag. 117. 127. beigebrachten Schulgesetze und verzeichneten Unterrichts-Gegenstände klar ersehen lassen. Klösterliche Zucht und Sitte herrschte darin vor, und selbst die Beobachtung der canonischen Tageszeiten gehörte zur fortbestehenden Klosterverfassung.

Leuckfeld, Pag. 125.

Alle diese Verhältnisse lassen keinen Zweifel übrig, daß das Kloster Michaelstein seit der Reformation und, worauf es in diesem Rechtsstreite hauptsächlich ankommt, seitdem die Herzöge von Braunschweig, als Nachfolger in der Regierung der Grafschaft Blankenburg, die bischöfliche Oberaufsicht über das Kloster ausgeübt, als eine der Kirche angehörige Stiftung bestanden habe.

§. 15.

Widerlegung einiger gegenseits für die erfolgte Säkularisation des Klosters Michaelstein aufgestellten Gründe.

- a) Daß dieselbe schon von den Grafen zu Reinstein und Blankenburg geschehen sei.

Der angezogene Vergleich vom 28. März 1566 ordnet lediglich die damals wegen des Klosters Michaelstein entstandenen Irrungen, als Graf Ernst zu Reinstein seine beiden geistlichen Würden, als Domprobst zu Naumburg und Abt zu Michaelstein, an seinen nachgebornen Bruder Graf Caspar Ulrich resignirt hatte. Der damalige Stifthsauptmann zu Quedlinburg, Hans von Wulffen, bemächtigte sich des Klosters, und Herzog Heinrich der Jüngere zu Braunschweig und Lüneburg ließ dasselbe den 12.

October 1562, weil es mit unter seine Lehnstücke gehörig, wieder einnehmen. Pabst Pius IV. providirte endlich im J. 1563 den Grafen Caspar Ulrich mit dem Kloster, erklärte aber dabei, daß *de illo monasterio quod in Comitatu Regenstein consistit consistorialiter disponi* nicht üblich, und es darum nur geschehen sei, weil selbiges *ex resignatione vacant* geworden, und Kaiser Maximilian II. bestätigte 1566 diese Collation und Provision von Kaiserlicher Macht wegen. Der entstandene Streit betraf also damals nur das kirchliche Recht der Verleihung der Abtei zu Michaelstein, ein Recht, welches bei der Besetzung eines jeden Kirchenamts, der Freiheit der Kirche gemäß, einen Theil der Kirchengewalt ausmacht. Durch die Resignation der Abtei Michaelstein an den Grafen Caspar Ulrich, war ein Eingriff in das geistliche Verleihungsrecht der Abtissin zu Quedlinburg geschehen, und darüber, zugleich auch über einige streitige Güter des Klosters Michaelstein, verglichen sich die Grafen zu Reinsstein, als Patroni des Klosters Michaelstein, d. h. als landesherrliche Obereigenthümer desselben, mit der Abtissin. Weit entfernt also, daß in diesem Vergleiche die Güter des Klosters, wie gegenseits behauptet wird, als säcularisirt haben vertheilt werden sollen, dient derselbe gerade zum Beweise, daß das Kloster, und die schon damals darin befindliche Schule, als geistliche Stiftung, in dem damaligen Bestande habe erhalten, und das künftige Verhältniß der weltlichen Ernennung des Abts zur canonischen Verleihung seines Amts geordnet werden sollen. Das Kloster selbst war in jenem Vergleiche, welcher Rechte über das Kloster zum Gegenstande hatte, natürlich nicht contrahirender Theil, und daraus erklärt sich, daß der Convent des Klosters nicht darin erwähnt wird. Die von beiden Seiten genehmigte päpstliche Provision des Abts des Klosters Michaelstein entfernt endlich die Möglichkeit einer damals schon vorhergegangenen Säcularisation des Klosters. Die Ausübung des päpstlichen Reservatrechts, vermöge der Bulle *Ad regimen*

13. extr. comm. de praeb. (3. 2.)

und des Wiener Concordats 1448, die durch Resignation vacant gewordenen Pfründen durch außerordentliche Provision zu verleihen, ist ohne das Bestehen der kirchlichen Anstalt, zu welcher die Pfründe gehörte, kirchenrechtlich nicht möglich gewesen. Seit der Reformation machte der Papst von dem Provisions- und Confirmationsrechte auch in protestantischen Stiftern Gebrauch. Besonders merkwürdig ist hier der Fall, daß am 28. März 1566, gerade an dem Tage, wo die Grafen Ernst und Caspar Ulrich zu Reinsstein das Kloster Michaelstein nach gegenseitiger Behauptung vollends säcularisirt haben sollen, deren Schwester, Elisabeth Gräfin zu Reinsstein, laut eines von ihren genannten Brüdern mit unterschriebenen Reverses, zur Coadjutorin der Abtissin Anna zu Quedlinburg angenommen wurde, und am 22. Mai 1566 von dem päpstlichen *Legato a latere*, Cardinal Com-mendon, die Bestätigung erhielt.

Häberlin, neueste L. Reichsgeschichte. 6r Bd. S. 455. Welchen Contrast bildet diese päpstliche Bestätigung mit der angeblich am 28. März 1566 vollzogenen Säcularisation des der kirchlichen Herrschaft des Stifts Quedlinburg unterworfenen Klosters Michaelstein!

§. 16.

- b) Daß die Grafen zu Reinsstein und Blankenburg sich selbst, als Patroni, oder ihre minderjährigen Kinder zu Aebten präsentirt hätten.

Die Abtei Michaelstein ist nie einem Abte, welcher sich selbst präsentirt hat, verliehen worden. Nach dem Ableben des Grafen Ernst zu Reinsstein, 1581, hat dessen Bruder, Graf Botho, die vorher in Ernsts Abwesenheit abwechselnd übernommene Landesregierung bis 1594 allein geführt. Sener Graf Ernst der Ältere präsentirte 1578 seinen zweiten Sohn, Grafen Ernst, zum Abte von Michaelstein. Eben dieser resignirte 1594, kurz vor seinem Ableben, die Abtei an seinen Bruder, Grafen Martin, welcher von dem regierenden Grafen Botho der Abtissin zu Quedlinburg zum Abte präsentirt wurde,

und von ihr die Confirmation erhielt. — Urkunde d. d. Mittwoch vor Galli 1594. — Der 1594 zur Regierung gelangte Graf Martin resignirte 1597 die Abtei an seinen den 29. October 1595 gebornen Sohn, Johann Ernst, den Letzten seines Stammes, und wurde auch dieser nach vorgängiger Präsentation von der Abtissin zu Quedlinburg confirmirt. — Urkunde d. d. Freitag in den H. Oftern 1597. — So ausgemacht es ist, daß der Patron einer geistlichen Stiftung seinen eigenen Sohn zum Kirchenamte präsentiren könne,

Cap. 25. X. de praebendis. (3. 5.)

eben so gewiß begründet auch ein geringeres als das canonische Alter noch keine völlige Unfähigkeit der Wahl und Ernennung zu einem Kirchenamte, womit eine Seelsorge nicht verknüpft ist; vielmehr entscheidet das Ermessen des Obern über die Zulassung.

Cap. 19. X. de electione. (1. 6.)

Man erinnere sich hiebei, daß Herzog Heinrich Julius zu Braunschweig und Lüneburg 1566, als Kind von zwei Jahren, Herzog Christian 1616, im Alter von 16 Jahren, sogar zu dem höheren Kirchenamte eines Bischofes zu Halberstadt postulirt wurde.

Ubel, Halberstädtische Chronik S. 501 und 515.

Die völlige canonische Gültigkeit der Bestellung minderjähriger Grafen zu Reinsten zu Aebten von Michaelstein, ist in jedem einzelnen Falle mit der von der Abtissin zu Quedlinburg, als der geistlichen Oberen, erteilten Confirmation und Dispensation, womit die Zuordnung eines Vicarii in spiritualibus et temporalibus verbunden war, wirklich eingetreten. Diesem kirchenrechtlichen Verhältnisse entspricht auch vollkommen die in dem Vergleiche vom 21. Mai 1597 enthaltene Verabredung, wie es einzurichten sei:

»wenn, und so lang der Abbas Alters halber die Administration nicht selbst werde haben können.«

§. 17.

c) Daß die Herzöge zu Braunschweig das Kloster Michael-

stein, nach dem Anfälle der Graffschaft Blankenburg, als säcularisirt besessen, und nicht mit einem Convente besetzt haben sollen.

Als Herzog Julius, nach Antritte seiner Regierung, 1568, durch sein eigenes Licht die Strahlen des reineren christlichen Glaubens in seinen Staaten verbreitete, war auch die Reformation der Klöster ein Gegenstand seiner rühmlichen Fürsorge. Die Klöster wurden nicht eingezogen, sondern, nach dem Beispiele anderer protestantischen Staaten, zur Erziehung der Jugend und dem Unterrichte in den Wissenschaften gewidmet. Die Kirchenordnung vom 1. Jan. 1569 enthält ausdrücklich, daß in allen und jeden Mannsklöstern des Fürstenthums gelehrte und verständige Præceptores verordnet seien. Herzog Heinrich Julius verfolgte rühmlichst die von seinem erlauchten Vater betretene Bahn, durch fortgesetzte Aufmerksamkeit auf die Verfassung der Klöster, welche während seiner Regierung auch durch das Kloster Michaelstein einen Zuwachs erhielten. Ein hier sehr erhebliches Beispiel davon liefert die neu geordnete kirchliche und Schul-Verfassung des Klosters Michaelstein (§. 14.). Wie die Zeitgenossen der Herzöge Julius und Heinrich Julius die von ihnen vollführte Reformation der Klöster betrachteten, mögen hier einige Zeugnisse darthun. Der von Herzog Christoph zu Würtemberg dem Herzoge Julius, zur Beförderung der Kirchen-Reformation, gesandte Theologe, Dr. Andrea, sagt in dem

Christlichen und gründlichem Berichte, welchergestalt die Herren- und Jungfrauen-Klöster im Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel reformirt ic. Magdeburg, 1569,

Seite 5:

»daß E. F. G. nicht gemeint, die Klöster abzuthun,
 »oder in einen Haufen zu werfen, sondern allein Vor-
 »habens, darin abzuschaffen, was dem ausgedruckten Wort
 »Gottes, und unserm alten wahrhaften katholischen christ-
 »lichen Glauben entgegen und zuwider nach und nach
 »eingeschlichen, dagegen aber der rechte wahrhafte und
 »wohlgefällige Gottesdienst neben der Lehr und christli-

»den Zucht in den Klöstern wiederum aufgerichtet werden;
»den;

Seite 49:

»So haben E. F. G. als ein christlicher Landesfürst,
»Patron und Advocat der Klöster, nicht unterlassen können,
»auf eine gottselige Reformation derselben zu gedanken.«

»Und demnach mit Rath etlicher in Gottes Wort
»verständigen Theologen, die Sachen endlich dahin gerichtet,
»daß beides die Manns- und Jungfrauen-Klöster wiederum in den alten löblichen christlichen und
»Gott wohlgefälligen Brauch gebracht, daß in den Manns-Klöstern junge Knaben in guter Lehre zum Verstand
»heiliger göttlicher Schrift auferzogen. — —

Ein Diener des Herzogs Heinrich Julius, welcher an einer fürstlichen Commission zur Visitation der Klöster Theil genommen hatte, äußert sich über die Reformation der Klöster:

Sui heic sartis tectis coenobiis constant fundi,
»praedia, census, neque de his vel sub Illmo.
»Julio vel sub inclytæ eius excelsitatis filio
»Reverendissimo Illustrissimo Henrico Julio gubernationis paternæ successore unico Principe et dno. meo clementissimo diminutio facta
»ulla est.

»Sui Deo opt. ter max. statis in dies horis
»decantantur ibidem psalmi et hymni etc. — —

Tractatus, quo maiores primum consilio fundarint coenobia? etc. Auctore Petreo. Helme-
stadii anno 1605.

Wenn schon der Geist, in welchem die Herzöge zu Braunschweig die Reformation der Klöster vollzogen, der Vermuthung einer von ihnen genehmigten Säkularisation des Klosters Michaelstein ganz entgegensteht, so ist es einleuchtend, daß die Thatsache der Säkularisation auf eine so schwankende Grundlage, als die gegenseits gegebene, nicht gebaut werden könne. Im Gegentheil ist es Thatsache, daß Herzog Hein-

rich Julius, in dem Vergleiche vom 21. Mai 1597, das Kloster Michaelstein, als wirklich bestehend und mittelst der darin vorhandenen Schule einem kirchlichen Zwecke dienend anerkannt, und diesen Zweck bei der Ernennung des Herzogs Julius August zum Abte 1599 ausdrücklich bestätigt habe. Unter der Regierung Herzogs Friedrich Ulrich ist mit der Verfassung des Klosters nicht die geringste Veränderung vorgegangen, und die Ernennung und Confirmation des neuen Abts, Herzogs Christian, ganz auf die vorige Weise erfolgt.

Die durch die Reformation der Klöster veränderte Bestimmung der Conventualen zu Lehrern der darin zu erziehenden Jugend, führte die natürliche Folge herbei, daß die Lehrer nunmehr zugleich Conventualen waren, und kann daher der Nachweisung eines besonders bestandenen Convents keine Erheblichkeit beigelegt werden. Das geistliche Amt der Conventualen eines Klosters bestand doch allein in den gemeinschaftlichen Andachtsübungen zu den bestimmten Tageszeiten. Welche Einrichtung damit, seit der Reformation der Klöster, unter den Herzögen Julius und Heinrich Julius getroffen sei, erläutert die Vorrede der Kirchen-Ordnung Herzogs Julii, vom 1. Jan. 1569:

»Demnach haben Wir — — desgleichen in allen und
 »jeden unsers Fürstenthums Mannsklöstern gelehrte und
 »verständige Præceptores verordnen lassen, welche neben
 »Verrichtung der verordneten Gottesdienste in
 »den Kirchen, den jungen Knaben täglich Lectiones
 »halten.

Es ist kein Grund vorhanden, um in Zweifel zu ziehen, daß diese Einrichtung auch im Kloster Michaelstein, seit der unter Herzog Heinrich im Jahre 1600 neu geordneten Schulverfassung des Klosters, bestanden habe. Damals sind Lehrer im Kloster vorhanden gewesen, welche eine gelehrte Bildung gehabt haben müssen, weil sie, laut des Lections-Verzeichnisses, die alten Sprachen nebst Dialectik und Rhetorik gelehrt haben, und gerade vermöge der Vereinigung der gottesdienstlichen Verrichtungen mit dem Lehramte, hat auch ein Convent nicht gefehlt.

§. 18.

Die Verpfändung des Klostersguts Winningen ist nicht mit Beobachtung der dem Kirchenrechte entsprechenden Erfordernisse, also auf nichtige Weise geschehen.

Der ewig dauernde Zweck der Kirche begründet die Nothwendigkeit, daß ihre äußere Existenz auch durch die dazu erforderlichen Mittel gesichert sei. Alle Güter der Kirche, welche die Bestimmung haben, deren äußere Bedürfnisse zu bestreiten, sind daher den für die Verwaltung und Erhaltung des Kirchenvermögens bestehenden Gesetzen unterworfen. Das Kloster Michaelstein diente auch seit der Reformation dem Zwecke der Kirche. Die Kirchen-Reformation hatte überall keine neue Dotation der protestantischen Kirche zur Folge, sondern es blieb der Kirche, was ihr gehörte. Die Reformatoren setzten das Wesen der Kirche in die geistige Vereinigung ihrer Glaubensgenossen, und eigneten denselben das Recht zu, in Glaubenssachen nach ihrer Ueberzeugung, nicht nach den Vorschriften der bisherigen Kirchenoberen zu bestimmen.

Augsb. Confession Art. 7. Item docent quod una sancta ecclesia perpetuo mansura sit. — — Nec necesse est ubique esse similes traditiones humanas seu ritus, aut ceremonias, ab hominibus institutas.

Die Veränderung der Kirchen-Verfassung, welche durch die Anerkennung der theilhaftigen Parteien im

Religionsfrieden von 1555, Art. 20.

reichsgesetzliche Kraft erhielt, entzog der kirchlichen Gesellschaft, welche nur ihre äußerlichen Einrichtungen reformirt hatte, keinesweges das ihr einmal geweihte Vermögen. Dasselbe behielt seine Bestimmung in einer verbesserten Form, und nur, wo, als Ausnahme, der Reichthum der Kirche mit dem Staatszwecke in einem schädlichen Verhältnisse stand, wurde das Kirchenvermögen auch zu anderen Sachen angewandt. Alle Verfügungen der Deutschen Stände, welche Stifter und Klöster, und andere geistliche Güter eingelegen, und dieselben

zu Kirchen, Schulen, milden und anderen Sachen angewandt hatten, wurden im

Religionsfrieden, Art. 19.

nicht nur anerkannt, sondern auch durch den Zusatz bestätigt:

»daß es bei der Verordnung, wie es ein jeder Stand

»mit obberührten eingezogenen, und allbereit verwendeten

»Gütern gemacht, gelassen werden solle.

Das Kloster Michaelstein hat eine Verfügung der landesherrlichen Gewalt, wodurch seine Güter zu weltlichen Zwecken bestimmt worden wären, nicht erlitten. Zu einer so wesentlichen Verfügung über Kirchenvermögen wäre auch eine Einwilligung der Herzöge zu Braunschweig, als Lehnsfürsten über die Grafschaft Blankenburg und das darin belegene Kloster, erforderlich gewesen. Die Reformation des Klosters hat nicht die Säkularisation desselben zur nothwendigen Folge gehabt, denn die kirchliche Bestimmung eines Klosters wird durch eine veränderte Religionsübung nicht unmittelbar aufgehoben. Die Reformation der Kirche hat überhaupt nicht den Gang genommen, daß Stifter und Klöster sofort einer weltlichen Bestimmung anheim fallen sollten; vielmehr hat man sich angelegen sein lassen, dieselben zur christlichen Reformation anzuhalten, und diejenigen, welche sich freiwillig zu ihr begeben würden, zu schützen. Das Kloster Michaelstein wurde auf gleiche Weise, wie viele andere Klöster, z. B. die benachbarten Klöster am Harze, Walkenried, Isfeld und Ilseburg, durch Errichtung von Klosterschulen reformirt. Treffend beschreibt eine mit dem Kloster Riddagshausen bei Braunschweig vorgenommene Veränderung

Henrici Meibomii Chronicon Riddagshusense.
Helmstadii. 1605. Pag. 91:

Cum profligatione Papismi Lorberius (Abbas) coniunxit introductionem novae scholae in suum monasterium. Sic enim ex vetustis scriptoribus didicerat, sic statuebat, fuisse antiquitus et esse debere etiamnum, monasteria, non otiosorum, et occulte, ut Erasmus alicubi loquitur,

peccantium hominum latibula sed coetus docentium et discentium doctrinam de essentia et voluntate Dei, una cum artibus, linguis et disciplinis pietati ancillantibus.

Die gegenseitige Behauptung, daß das Kloster Michaelstein durch die Vertreibung der catholischen Cistercienser Mönche säcularisirt, mit dem Cammergute der Grafen zu Reinstein vereinigt, und nur zu einem untergeordneten Zwecke eine Schule darin angelegt sei, widerspricht der Geschichte der Kirchen-Reformation, und dem urkundlich hier begründeten Sachverhältnisse. Die vom Herzoge Christian mit Consense des Herzogs Friedrich Ulrich und der Abtissin zu Quedlinburg geschehene Verpfändung des auch seit der Reformation der Kirche verbliebenen, also auch von deren Rechte beherrschten Klosterguts Winnungen stellt sich unter einem doppelten Gesichtspunct als nichtig dar.

Einmal beziehen sich die in dem Pfandbriefe des Herzogs Christian vorkommenden Ausdrücke: Unser Klosterhof Winnungen, unser Hof Winnungen, auf das Verhältniß desselben, als Abts des Klosters, in dessen Gemäßheit ihm nicht nur die Verwaltung der Klostergüter, sondern auch, als Folge der mit dem Kirchenamte verbundenen Pfründe, ein nutzbares Recht daran zustand. In diesem Sinne, und in fernerer Berücksichtigung des den regierenden Herzögen zu Braunschweig zustehenden Patronatsrechts, ist auch zu verstehen, wenn Herzog Friedrich Ulrich in dem Consensbriefe schreibt: Unser und Sr. Liebden Kloster Michaelsteins Außenhof Winnungen. In den beiden angeführten Beziehungen ist die Verpfändung nichtig; denn

a) weder der Prälat eines Stifts, so wie jeder geistliche Beneficiat, darf die seiner Verwaltung und Benützung anvertrauten Gütern veräußern,

c. un. Extr. comm. de reb. eccl. non alien. (34.)

c. 20. c. XII. 9. 2. (Symmach. a. 502.)

c. 21. eod. (Idem a. 504.)

c. 18. eod. (Leo. IV. a. 853.)

c. 2. X. de donat. (3. 24.);

noch

b) steht dem Patron die Befugniß zu, über die Substanz des geistlichen Guts zu verfügen, bei Strafe der Nichtigkeit aller solchen Verfügungen;

c. 23. X. de iure patron. (3. 38.)

c. 12. X. de poenis (5. 37.).

Zweitens konnte das bedeutende Klostergut Winningen, welches Herzog Friedrich Ulrich, in seinem Rescripte an die Regierung zu Blankenburg, vom 1. Decbr. 1624, selbst das beste Kleinod des Klosters nannte, ohne Beobachtung der gesetzlichen Erfordernisse jeder Veräußerung vom Kirchengute, welche im weitesten Sinne genommen, und jede Einräumung eines dinglichen Rechts darunter begriffen wird,

c. 3. X. de reb. eccl. alien.

gültig nicht verpfändet werden. Dazu gehörte nun ein gerechter Grund — *necessitas, utilitas et pietas* —

c. 53. C. XII. Qu. 2.

c. 8. X. de reb. eccl. alien.

c. 1. eod. in VI.

vorgängige Untersuchung des gesetzlichen Oberen, dessen Einwilligung und Aller, welche ein besonderes Recht dabei hatten, also hier des Priors und Convents des Klosters,

c. 11. X. de reb. eccl. alien.

c. fin. X. de his quae sunt a mai. cap. parte,

und endlich eine förmliche schriftliche Erlaubniß zur Verpfändung. Alle diese Bedingungen fehlen der vorliegenden Verpfändung. Der Consens des Herzogs Friedrich Ulrich hat allein diesen Mangel nicht ersetzen können, weil immer noch die übrigen das Kirchengut gegen übereilte Veräußerungen schützenden Vorschriften unbefolgt gelassen sind. Gesezt auch, der Herzog hätte, als Landesherr und Oberbischof, von der Beobachtung aller sonstigen Erfordernisse zur Gültigkeit der Verpfändung dispensiren wollen, so würde doch solches in dem Consense haben ausgedrückt werden müssen. Aber auch in diesem Falle würde die Rechtsbeständigkeit der Verpfän-

dung dadurch nicht begründet werden, aus dem entscheidenden Grunde, daß der Landesherr eine so wichtige Verfügung ohne den Beirath seines Consistoriums, als der in Folge der Reformation in die Stelle des bischöflichen Amts getretenen kirchlichen Behörde, nicht erlassen durfte.

Die Verordnung des Consistorii, im Anhange zur Kirchenordnung Herzogs Julius, vom 1. Jan. 1569, enthält folgende hierher gehörige bemerkenswerthe Verfügungen:

Seite 264. Desgleichen und auf daß alle Sachen desto mit mehreren Ernst und stattlicher verrichtet werden, so wollen Wir, wenn politische Sachen, den Kirchen anhängig, fürfallen würden, sollen dieselben auch vor unsern politischen Canzley-Räthen berathschlagt werden.

Seite 266. Hiemit aber sollen sie (die theologischen Kirchenräthe) keineswegs was die Kirchen und denselben zugehörigen Klöster und andere Güter belangt, ausgeschlossen, sondern neben und mit den andern Consistorialibus gleiche Autorität, Gewalt und Befehl haben, und die Fürsorge tragen, damit von den Kirchen nichts abalienirt werde.

Seite 268. Desgleichen wollen und befehlen Wir auch ernstlich, daß unser Consistorium sein gut Aufsehen auf unsere Manns- und Jungfrauen-Klöster, und denselben angeordnete Schulen und Haushalten habe, damit ordentlich und wohl den Klöstern zu gutem gehäuset, nichts unnützlich und überflüssig verschwendet oder alienirt werde u.

Obgleich die Kirchenordnung Herzogs Julius nicht als ein Gesetz für die Grafschaft Blankenburg promulgirt worden ist, so ist doch aus der Geschichte der Landesverfassung bekannt, daß die Grafschaft in den Jahren 1610 bis 1680 dem Wolfenbüttelschen Consistorio in allen geistlichen Sachen untergeben gewesen ist. In diesem Zeitraume hat also die angeführte Verordnung auch die Pflichten und verfassungsmäßigen Rechte des Consistorii in Ansehung der in der Grafschaft belegenen Kirchengüter bestimmt. Der Fürstliche Consens, ohne die vorhergegangene Untersuchung der verfassungsmäßigen geistlichen Behörde, erscheint daher immer nur als

eine Beseitigung des möglichen Widerspruchs des Landesherrn, als Oberbischofs, gegen die Verpfändung, und in dem analogen Verhältnisse eines lehnsherrlichen Consenses in eine Verpfändung des Lehnsguts ohne Zustimmung der Agnaten des Lehnbesizers.

Aus den hier aufgestellten Gesichtspuncten ist auch der fernere Consens des Herzogs August, vom 1. August 1647, welchem eben so wenig die erforderliche Untersuchung der Sache vorhergegangen ist, zu beurtheilen; und ergibt sich zugleich als Resultat einer kirchenrechtlichen Beurtheilung des Streitgegenstandes, daß selbst unter der Voraussetzung, das Kloster Michaelstein sei im Jahre 1623 mit einem Convente nicht besetzt gewesen, die Verpfändung des Außenhofes Winningen, wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften, nichtig sei. Die angeführte Auctorität des canonischen Rechts, welche auf der Reception desselben in Deutschland und reichsgesetzlicher Bestätigung beruhet, steht mit der Lehre der Protestanten nicht im Widerspruche, ist nicht durch neuere, hier anwendbare, Gesetze abgeändert worden, und muß daher als Quelle der Entscheidung beibehalten werden.

§. 19.

Die Verwendung kann auch nicht durch den Titel der Säkularisation aufrecht erhalten werden.

Die Grundsätze von der Säkularisation geistlicher Güter sind auf den vorliegenden Fall, wo dem Kloster Michaelstein kein Gut auf immer hat entzogen und zu einem weltlichen Gebrauch verwendet werden sollen, nicht anzuwenden. Eine solche Verfügung über Winningen hat hier nicht in der Absicht des Herzogs Friedrich Ulrich gelegen, und folgt das Gegentheil auch von selbst aus dem wesentlichen Unterschiede zwischen einer Verwandlung der Bestimmung eines geistlichen Guts, wodurch ein anderer bleibender Zweck in die Stelle gesetzt, und einer Veräußerung desselben, wodurch die Bestimmung zu einem solchen von selbst ausgeschlossen wird. Nur eine Veräußerung der letzten Art hat Herzog Friedrich Ulrich vor Au-

gen gehabt, und dieselbe aus diesem Gesichtspuncte nachher selbst nur betrachtet, wie die Worte seines Rescripts an die Regierung zu Blankenburg vom 1. Decbr. 1624 be-
stätigen:

- » Uns ist nicht wenig schmerzlich zu vernehmen gewesen,
- » wie lieberlich der stattliche Aushof Winningen von Un-
- » serm Kloster Michaelstein abgerissen und entwandt worden.

§. 20.

Die Verpfändung ist auch nicht durch Verjährung befestigt worden.

Es könnte den Anschein gewinnen, als sei zur Zeit der angestellten Klage, am 26. März 1674, das durch die Verschreibung vom 21. Mai. 1623 bewilligte Pfandrecht am Gute Winningen wenigstens durch Verjährung mit der ihm sonst fehlenden Kraft versehen gewesen. Dagegen genügt jedoch die Bemerkung, daß das Kloster Michaelstein, unterm 22. Febr. 1645, durch seinen damaligen Abt bei der Herzogl. Braunschweigischen Landesregierung um Hülfe zur Herbeibringung des ungünstig verpfändeten Klosterguts gebeten hat, daß die Herzöge Friedrich und August zu Braunschweig-Lüneburg diese Bittschrift dem Fürsten Ludwig zu Anhalt mit einem Fürschreiben vom 9. April 1645 und dem Antrage zugesandt haben, den alienirten Aushof dem Kloster Michaelstein wieder abfolgen zu lassen und einzuräumen, und daß Fürst Ludwig hierauf unterm 18. Febr. 1646 erwiedert hat: wie er den Hof Winningen durch rechtmäßigen Titel an sich gebracht habe, und ihm nicht anzumuthen sei, mit leeren Händen davon zu scheiden; daß ihm dennoch der Weg einer gütlichen Hinlegung der Sache gefallen und angenehm sein werde, und er deshalb den Fürsten Friedrich zu Holstein zum hohen Interponenten in Vorschlag bringe. In diesem Sachverhältnisse, und zwar schon soweit dasselbe durch das Schreiben des Fürsten zu Anhalt vom 18. Febr. 1646, und die Sessions-Urkunde desselben vom 30. März 1647 über die Pfandverschreibung des Herzogs Christian dargethan wird, ist eine eingetretene Unterbrechung hinreichend

begründet. Weder eine erwerbende noch erlöschende Verjährung findet Statt, wenn derjenige, welcher durch die Verjährung verlieren soll, während des Laufs der gesetzlichen Zeit von seinem Rechte auf irgend eine Art Gebrauch macht; und ist dahin besonders zu rechnen, wenn er wider seinen Gegner auf sein zustehendes Recht sich beruft,

1. 10 C. de acquir. et ret. poss (7. 23),
oder dem Rechte desselben in dessen Abwesenheit widerspricht,
1. 2. C. de ann. except. (7. 40.).

Wie beide Fälle hier eingetreten, geht aus den gedachten Urkunden dahin hervor, daß Fürst Ludwig zu Anhalt aufgefordert sei, den Außenhof Winningen, welcher, wie er nachher in der Cessions-Urkunde selbst bekannte, zum Kloster Michaelstein gehörte, ohne Erstattung des Pfandschillings, dem Kloster wieder einzuräumen, und daß das Kloster seinen Widerspruch gegen die Verpfändung den Herzögen zu Braunschweig vorgebracht habe. Die Reihe der Jahre, von der Verpfändung Winningens angerechnet, bis zur Anstellung der Klage des Klosters, wird durch das die geschehene Unterbrechung der Verjährung nachweisende Schreiben vom 18. Febr. 1646 in zwei Perioden getheilt, deren jede noch nicht einmal 30 Jahre umfaßt. Die Rechte des Klosters sind also gegen alle Erlöschung, so wie gegen den gesetzlich nicht einmal statthaften Erwerb eines Pfandrechts durch Verjährung, wozu hier, mit Rücksicht auf den in einem Kirchengute bestehenden Gegenstand, der Ablauf von 40 Jahren erforderlich war, in völliger Kraft geblieben.

§. 21.

Unerheblichkeit der Einrede der Versio in rem, und fehlender Grund derselben.

Die Nichtbefolgung der Vorschriften des Kirchenrechts bei Veräußerung von Kirchengütern gestattet nicht nachherige Untersuchung, ob ein entschiedener Vortheil daraus der Kirche zufließe. Die Kirche hat das unbedingte Recht der Zurückforderung ihrer auf nichtige Weise veräußerten Güter.

c. b. 12. X. de reb. eccl. non alien. (3. 13.),

c. 3. X. de pignor. (3. 21.),

c. 1. 2. de reb. eccles. in VI. (3. 9.).

Der aus einer nützlichen Verwendung für die Kirche etwa entstandene Anspruch ist daher lediglich als ein besonderes, mit der Gültigkeit der Veräußerung nicht in Verbindung stehendes Rechtsverhältniß zu beurtheilen, und in dem vorliegenden Rechtsstreite nicht zu entscheiden.

Ueberhaupt fehlt hier der Thatbestand einer Verwendung zum Nutzen des Klosters, oder selbst des Staats. Die damaligen Verhältnisse zwischen den herzoglichen Brüdern Friedrich Ulrich und Christian, und den Antheil des Staats-Interesses daran hat die Geschichte urkundlich überliefert. Herzog Friedrich Ulrich nahm seinen Bruder Christian mit dessen Armee auf drei Monate, vom 24 Febr. 1623, in seine Dienstbestellung, um durch diese Vermittelung den lange ersehnten Zweck zu erlangen, seinen Bruder zur Devotion gegen den Kaiser zurückzuführen, ihn vom Grafen Mansfeld zu trennen, und zur Abdankung seiner Armee zu bewegen.

Schreiben Herzogs Friedrich Ulrich an ehliche Chur- und Fürsten ꝛ. Wegen Herzogen Christians Abwendung vom Mansfeldischen Kriegswesen, d. d. Wolfenbüttel den 25. Febr. 1623. (Gedruckt in der Information von der Grafschaft Hohn- und Reinstein ꝛ. Wolfenbüttel 1628 S. 115.)

Herzog Christian erklärte in seinem über die angenommene Dienstbestellung ausgestellten Reverse, d. d. Wolfenbüttel den 24. Febr. 1623 (Information S. 160.):

- »Demnach der Hochgeborne Fürst, Herr Friedrich Ulrich,
- »Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Unser vielgelieb-
- »ter Herr Bruder, Uns mit Unser unterhabenden Armee ꝛ.
- »von dato anzurechnen, auf drei Monate in seine Be-
- »stellung genommen, und Uns dafür außer den gewöhn-
- »lichen Servilien in den Quartiren, laut der unter Uns
- »getroffenen Vergleichung eins vor alles eine benannte

„Summe Gelds freundbrüderlich versprochen und zugesagt, Als ic.

Zur Herbeischaffung der zugesagten, und zur Bezahlung des Geldes für die in Bestallung genommene Armee zu verwenden Summe mußte natürlich zeitige Anstalt getroffen werden. Wäre für den Staat die Verpfändung eines Kloster-guts zu jenem Zwecke erforderlich gewesen, so würde schon damals eine Bestimmung darüber erfolgt, oder wenigstens der äußerste Nothfall einer solchen Maaßregel erwähnt sein. Dies geschah aber nicht, sondern Herzog Friedrich Ulrich schrieb schon unterm 17. Febr. 1623 einen Landtag nach Alfeld aus, welcher, bei dem Drange der Umstände, mit der außerordentlich kurzen Fristbestimmung von drei Wochen auf den 9. März 1623 angesetzt wurde. Der Landtag beschäftigte sich ausschließlich mit der Aufbringung des gemeinen Pfennings zur Verfassung eines allgemeinen Defensionswerks; und der am Tage der Zusammenkunft der Stände verfaßte und vollzogene Landtags=Abschied verordnete:

daß alle Geistliche und Weltliche Prälaten, Grafen, Freiherren, die vom Adel, große und kleine Städte, auch die Unterthanen insgemein in diesem *excepto casu summae necessitatis*, zuvörderst der Hauswirth und Frau ein Jeder einen halben Thaler — — innerhalb 14 Tagen nach Publicirung dieses, sub poena dupli einliefern sollen, und weil dieser modus zur Abtragung dieses hochwichtigen Werks nicht genug, sondern zu dessen Vollführung auch die Centesima angelegt werden müsse, so hätten S. F. G. und Dero Landstände einhelliglich beschlossen, daß solche Centesima folgender Gestalt von allen Geist- und Weltlichen — — vom Höchsten bis zum Niedrigsten, den hundertsten Pfennig zur Anlage, Zusteuer und Unterhaltung des Defensions=Werks in dreien Zeiten und Terminen zu zahlen und zu entrichten.

Hier waren dem Herzoge Friedrich Ulrich die Mittel verwilligt, seine Zahlungs=Verpflichtungen gegen den in Bestal-

lung genommenen Herzog Christian zu erfüllen. Der Staat selbst gab sie her, und unmittelbar zu demselben Zwecke, welcher durch den Vertrag mit dem Herzoge Christian erreicht werden sollte. Eine Nothwendigkeit, nunmehr noch das Klostergut Winningen zu versehen, um das Kriegsvolk des Herzogs abzugahlen, wie die Verschreibung sich ausdrückt, war also nicht vorhanden, und eben so wenig eine nützliche Verwendung der dennoch durch die Verpfändung erlangten Summe. Man wird hiebei zu der Frage veranlaßt, aus welcher Ursache dennoch das Anlehn zu dem von Herzog Christian ausgedrückten Zwecke aufgenommen sei? Zur Beantwortung derselben sei es erlaubt, Herzog Friedrich Ulrich, wie derselbe unterm 24. März 1623 an den König von Dänemark über die Kriegsverfassung Herzogs Christian schrieb (Information S. 123), hier redend einzuführen:

»Nun machen Wir Uns zwar keine Gedanken, als es
 »werden hochgedachts Unfers freundlichen lieben Bruders
 »Ebd. dasjenige was unter uns also freundbrüderlich ab-
 »geredet, und dieselbe sich reversirt, Fürstlich halten, und
 »dem keineswegs zuwider kommen. Weil es aber
 »S. E. bei denen Compagnien, so dieselbe Zeit
 »getroffenen Accords beisammen gehabt, nicht
 »bewenden, sondern Herzogs Wilhelm zu Sachsen
 »Ebd. mit 4000 zu Fuß und 1500 zu Roß, wie bei-
 »gefügte Copie S. E. Schreibens ausführet, in S. E.
 »Bestallung genommen, auch sonst noch 1000
 »Pferde in der Graffschaft Schauenburg, imgleichen ein
 »Regiment Knechte durch den Obrist-Lieute-
 »nant Platen, und dann noch 150 Reuter unter
 »dem Obristen Sparn werben, und sich demnach
 »allenthalben also ansehen läßt, daß S. E. auf Getrieb
 »andrer Leute, nach Ablauf angeregter drei Monat ihre
 »auf die Beine gebrachte und noch werbende Armee
 »wol nicht dimittiren, sondern ihren Fuß weiter setzen
 »möchte ic.«

Was hier der Fürst, als Chef des Staats, seinem Verbünde-

ten, dem Könige von Dänemark eröffnete, um eine drohende Gefahr von seinen Landen abzuwenden, gilt auch als Beweis der damaligen Verhältnisse des Herzogs Christian. Derselbe bedurfte einer größern Summe, als der ihm vertragsmäßig zugesicherten, zu Abzahlung seines Kriegsvolks, weil er dasselbe um 4000 zu Fuß und 3000 zu Pferde über die dem Accorde gemäß beisammen gehaltenen Compagnien vergrößert hatte. Klar liegt hiedurch am Tage, daß nicht eine nützliche Verwendung für das Interesse des Staats und der Kirche, welchem ein Klostergut durch die Verpfändung entzogen wurde, dem Consense des Herzogs Friedrich Ulrich seine Entstehung gab, sondern brüderliche Gefälligkeit bewilligte, was Regenten-Kraft und fester Wille versagen mußte. Der Staat hat keinen Bruder. Ein Kaiserwort, wie dieses, vergift kein wahrer Fürst. Hätte für den Staat, und um der Verbindlichkeit gegen Herzog Christian Genüge zu leisten, verwandt werden müssen, so würde der Regent selbst geborgt, und Herzog Christian, als Abt, mit dessen Consense das Klostergut verpfändet haben. So aber borgte Herzog Christian für einen selbst gewählten persönlichen Zweck.

B. Ungültigkeit der Veräußerung nach Herzoglich Braunschweig- und Lüneburgischem Territorial-Staatsrechte, wobei in Betracht kommt:

I. Das staatsrechtliche Verhältniß der unter fremder Staatshoheit belegenen Güter des Klosters Michaelstein.

§. 22.

Das Kloster Michaelstein im Staatseigenthum der Grafschaft Blankenburg.

Die Kirche verdankte, bei ihrem Ursprunge im Sächsischen Reiche, den Besiß ihrer erworbenen Güter der weltlichen Macht des Staats. Die Kirchengüter waren königliche Beneficialgüter, die Könige deren Obereigenthümer, und berechtigt, über die Substanz derselben zu verfügen.

Caroli M. cap. a. 807. cap. 7.

c. 59. C. XVI. qu. 1.

Wenn, im Fortgange der Zeit, die Güter und Einkünfte der Kirche innerhalb der Diöces des Bischofs, unter dessen unmittelbare Aufsicht gestellt wurden, wenn sogar Kaiser Heinrich V. durch den Vergleich mit Papst Calixtus II. (1122) die weltliche von der geistlichen Gewalt trennte, und die Verleihung der Regalien an die consecrirten Bischöfe und Aebte zusicherte, so entwickelte sich doch zugleich das geistige Leben der Kirche immer mehr und mehr in einer dem Staatszwecke angemessenen Richtung. Das Vermögen der Kirche wurde zur Bestreitung von Ausgaben verwandt, welche zu den Staatslasten gehörten, und diente zu öffentlichen Zwecken. Seitdem die Religion als Staatsangelegenheit eines jeden Deutschen Reichsstandes, und die erfolgte Verfügung der weltlichen Gewalt über das Kirchenvermögen reichsgrundgesetzlich anerkannt war,

Religionsfrieden v. 1555. Art. 15. 16. 19.,

erkannte man das Obereigenthum des Staats am Kirchengute noch näher in seiner wirklichen Bedeutung. Auch das Kloster Michaelstein stand in gleichem Verhältnisse zu der Grafschaft Blankenburg. Als Bestandtheil derselben, wurde das Kloster in dem Vergleiche vom 21. Mai 1597 (§. 2.) ausdrücklich durch die Worte bezeichnet, daß das ius patronatus über das Kloster Michaelstein, nach dem Abgange der Grafen zu Reinstein und Blankenburg, dem Herzoge Heinrich Julius,

»von welchem die Grafschaft Blankenburg, darin Michaelstein gelegen, zu Lehn rühre,

sein und bleiben solle. Wie diese Darstellung des Verhältnisses des Klosters auf die landesfürstliche Macht über das Kloster sich bezogen habe, wird besonders auch durch den, dem Vergleiche vorhergegangenen Anspruch der Abtissin zu Quedlinburg, daß das Kloster, als eine geistliche Stiftung und Prälatuur, vermöge der Fundation und der Päpstlichen und Kaiserlichen Privilegien, von der Grafschaft ganz abgesondert und eximirt sei, erläutert. Damit stimmt ferner die den Herzögen Julius August und Christian, laut ihrer Reverse bei Uebnahme der Abtei Michaelstein, in den Jahren 1599 und 1620, vorgeschriebene Bedingung überein, daß sie sich der Superiorität

in geistlichen und weltlichen Sachen, und was zur Landesfürstlichen Hoheit gehörig, nicht anmaßen wollten. In gleichem Sinne des landesherrlichen obersten Eigenthums gebraucht Herzog Heinrich Julius, in der Constitution wegen verschriebener Klostergrüter, die Ausdrücke: »Unsere Stifter und »Klöster, Unsere Klostergrüter.«

§. 23.

Der Außenhof Winningen, obgleich unter fremder Staatshoheit belegen, zum Staatseigenthum der Grafschaft Blankenburg gehörig.

Rechtmäßig erworbene Grundstücke eines Staats, unter der Hoheit eines andern Staats belegen, sind in Ansehung des ersten gutherrlichen Grundeigenthum — subjectives Staatseigenthum — in Ansehung des letzten Bestandtheile des landesherrlichen Gebietseigenthums — objectives Staatseigenthum. — Jenes subjective Staatseigenthum unterscheidet sich, ungeachtet aller Aehnlichkeit mit dem Eigenthume des bloßen Privatmannes, sowohl staats- als völkerrechtlich dadurch, daß es als Besizthum eines Staats überall angesehen, und den Rechtsverhältnissen, welche auf diesen Staat im Ganzen sich bezogen, unterworfen betrachtet wurde. Die Reichsanlagen im Deutschen Reiche kamen bei dem Anschlage desjenigen Fürsten in Betracht, welcher dergleichen Güter mit gutherrlichen Rechten, obgleich unter fremder Staatshoheit besaß. Der Reichsabschied von 1530, §. 131, befreiete in dieser Hinsicht diejenigen Fürsten und Stände, welche Güter in den Oesterreichischen Landen besaßen, und sich beschwerten, daß von ihnen Türkenhülfe und andere Anlagen begehrt würden, da doch ihr auswärtiges, der Oesterreichischen Landeshoheit unterworfenenes Staatsvermögen schon in der Reichsmatrikel zur Last des gutherrlichen Eigenthümers veranlagt sei, von den Oesterreichischen Anlagen. Bei Sacularisationen, Theilungen, Veräußerungen, Abtretungen eines Landes, folgte das auswärtige Staatsgut dem Hauptlande oder einer Zubehörde desselben. In allen Staatsverträgen der Deutschen Reichsstände findet

sich davon die mannigfaltigste Anwendung, und genügt es hier nur folgende besonders anzuführen.

Religionsfrieden von 1555, Art. 16 21.,

J. P. O. Art. IV. §. 3. 6. 8., V. §. 45. 46. 47., X.

§. 7., XV. §. 2.

Nach gleichen Grundsätzen muß denn auch der Außenhof Winningen als Staatseigenthum der Grafschaft Blankenburg betrachtet werden, und war derselbe zur Zeit seiner Veräußerung, im Jahre 1623, um so mehr mit derselben Eigenschaft versehen, als dieselbe ihm sogar ausdrücklich in dem angezogenen Vergleich vom 21. Mai 1597, zwischen Herzog Heinrich Julius und der Abtissin zu Quedlinburg, durch die Worte beigelegt worden war:

daß in den Vertrag nicht allein das Kloster Michaelstein für sich, sondern auch alle ige, und jede in- und außerhalb der Grafschaft vorhandene Güter, sie haben Namen und seien gelegen, wie und wo sie wollen, mit ihren In- und Zubehörungen gezogen und verstanden werden sollen.

In Folge dieses staatsrechtlichen Verhältnisses, ist das Klostergut Winningen, bei aller sonstigen Abhängigkeit von der Gesetzgebung des Staats, zu dessen Gebiete dasselbe gehört, in Hinsicht auf Veräußerung, Erbfolge, Säkularisation u. s. w. von Civilgesetzen eben so unabhängig geblieben, wie es dem Grundsatz gemäß: »das öffentliche Recht beherrscht das Privatrecht,« in Ansehung in- und ausländischer Apanagen, Pagen und jeder Art von auswärtigen Kronsgütern unter Europäischen Staaten seit Jahrhunderten der Fall gewesen ist.

II. Das Lehnverhältniß der Grafschaft Blankenburg zu Kaiser und Reich.

§. 24.

Das zum Reichslehn erhobene Herzogthum Brannschweig und Lüneburg umfaßt auch die Grafschaft Blankenburg.

Die Grafschaft Blankenburg gehörte zu den Patrimonial-Landen des Herzogs Heinrich des Löwen.

(Scheidt) Anmerkungen zu von Mosers Br. und Lüneb. Staatsrechte. Gött. 1757, S. 343.

In dieser Grafschaft war das Kloster Michaelstein und der bedeutendste Theil seiner Güter belegen, wie der dem Kloster von Kaiser Friedrich I. zu Frankfurt am 10. Julius 1173 ertheilte Bestätigungsbrief über die Vertauschung von Grundstücken des Klosters, gegen die Forst desselben am Harze, näher ausweist.

Origines Guelficae Tom. III. Pag. 521.

Die Grafen zu Reinstein und Blankenburg, welche sich, nach dem Tode des Grafen Siegfried, in die Linien Blankenburg, Reinstein und Heimburg theilten, trugen die Grafschaft wiederum vom Herzoge Heinrich dem Löwen und dessen Nachkommen zu Lehn. Schon Kaiser Conrad III. nannte in einer Urkunde 1146 den Grafen Poppo von Blankenburg *hominem Ducis*. Dessen Sohn, Siegfried von Blankenburg, begleitete Heinrich den Löwen, seinen Landes- und Lehnsherrn 1171, auf der Reise nach Jerusalem.

Origin. Guelf. T. III. Pag. 73.

Als die Grafen Ulrich und Albrecht zu Reinstein 1270 dem Herzoge Albrecht dem Großen, und seinem Bruder, dem Herzoge Johann, das Schloß Schwanebeck und die Vogtei über die Kirche zu Dersem überließen, nannten sie dieselben mit keinen anderen Namen, als ihre Herren,

ibid Pag. 677,

welches Prädicat in den Urkunden der damaligen Zeit den Landes- und Lehnsherrn bedeutet. Die Grafen von Blankenburg sind seit der Verwandlung der dem Herzoge Heinrich dem Löwen, nach Aufhebung der gegen ihn ausgesprochenen Acht, übrig gebliebenen Erblande unter seinem Enkel Otto dem Kinde (1235) in ein Reichslehn, Vasallen der Herzöge von Braunschweig geblieben. Zu dem reichslehnbaren Herzogthume Braunschweig und Lüneburg gehörte auch das lehns herrliche Obereigenthum der Grafschaft Blankenburg. Es folgt dieses aus dem Zeugnisse der Geschichtschreiber über die Verhandlungen auf dem Reichstage zu Mainz, im August 1235.

Annalista Saxo apud Mencken Script. Tom III.
Pag. 128.

»Compositio inter Imperatorem et Dominum
Luneburgensem ordinata fuit, ita quod Lune-
»borch *et omnem proprietatem* suam Imperio
»tradidit et in continenti Imperator in feodo illi
»reconcessit.«

Chronicon Luneburgicum apud Eccard corp. hist.
Tom I. Pag. 1407.

»De Hertoge Otto von Luneburch gaf oc al sin Egen
»an dat Rike, darut makede de Kaifer en Hertochdom
»mit willen der Vorsten.«

Ferner bestätigt solches der erste Lehnbrief Kaisers Friedrich II.
vom 21. August 1235, in den Worten:

Otto de Luneburch — — se totum in manibus
nostris exposuit, nostris stare bene placitis et
mandatis et insuper proprium castrum suum Lu-
neburch quod idiomate Theutonico vocatur Ey-
gen, cum multis aliis castris, terris et hominibus
eidem castro pertinentibus, in nostram proprieta-
tem et Dominium specialiter assignavit, etc.

Orig. Guelf. Tom IV. Pag. 50.

Der Kaiser erließ auch einen Aufruf an die Vasallen
des Herzogs, mit der Bekanntmachung, daß er ihm
das Herzogthum Braunschweig mit allen Zubehörungen als
Reichslehn verliehen habe, und von ihnen dem Herzoge Ge-
horsam zu leisten sei. Die Grafen zu Reinstein erkannten in
allen Veränderungs-Fällen, daß sie ihre Güter von den Her-
zögen zu Braunschweig zu Lehn trügen. In dem Lehnreverse
von 1487 heißt es:

»Wy Dricß, Grave und Herr tho Reinstein de Alder,
»bekennen in dißem open Breve, vor als weme dat wy
»von dem hochgebohrnen Erluchten Fürsten Herrn Wil-
»helm tho Bronßwig und Lüneborch ic. Hertogen, tho
»Männlicken Anlehne entfangen hebben de Grasschop tho
»Blanckenborg ic.

Lünig Corp. iur. feud. Germ. Tom II. Pag. 1419.

Da die Grafschaft Blankenburg ex iure consolidationis et feudi aperti an das Herzogthum Braunschweig zurückfiel, weshalb auch das Wappen der Grafen dem alten Braunschweigischen einverleibt, und dieses mit dem fünften Helme vermehrt wurde,

Pfeffinger, Braunschw. Historie, Thl. 1. S. 838.

so kann nicht bezweifelt werden, daß die Grafschaft zu den reichslehnbaren Besitzungen des Hauses Braunschweig gehörte. Schon in den früheren Lehnbriefen war sie unter der allgemeinen Belehnung der Herzöge zu Braunschweig und Lüneburg:

»mit allen Asterlehen, Herrschaften und Vogteyen der
 »geistlichen Klöster, in die obgemelten Fürstenthumb,
 »Grafschaften, Herrschaften und Asterlehn gehörende, und
 »ihren fürstlichen Obrigkeiten und Regalien ic. so von
 »Uns und dem Heiligen Reich zu Lehn rühren, und alle
 »andern Stücke und Güter, die Ihnen von Uns und
 »dem Heiligen Reich zu Lehn zu erkennen und zu empfangen gebühren;«

Kaisers Maximilian I. Lehnbrief für Herzog Heinrich den Älteren, vom 28. Juli 1495, und Kaisers Maximilian II. Lehnbrief für Herzog Heinrich den Jüngern, vom 1. Jun. 1566.

Lünig, Reichs-Archiv. Part spec. Cont II. Abthl.

IV. Absatz 4. Br. Lüneburg, Seite 402 und 1014, begriffen. Die neueren Lehnbriefe ertheilten die Belehnung in gleichlautenden Ausdrücken,

Kaisers Ferdinand III. Lehnbrief für Herzog August, vom 10. Jan. 1651,

Lünig, Corp. iur. feud. Germ. Tom I. Pag. 687, wie dem lehnrechtlichen Gebrauche gemäß ist, daß die Lehnbriefe bei Veränderungen mit den von den Vasallen relevirenden Asterlehen eine andere Bezeichnung der Lehnstücke nicht erhalten.

§. 25.

Der Außenhof Winningen, als zur Grafschaft Blankenburg gehöriges lehnbares Staatseigenthum, konnte ohne Einwilligung des Kaisers und zum Nachtheile der Regierungsnachfolger rechtsgültig nicht veräußert werden.

Das Lehnsverhältniß der Grafschaft Blankenburg zu Kaiser und Reich entzog der Veräußerung des zum Staatseigenthume derselben gehörigen Klosterguts Winningen ihre Gültigkeit und Wirkung in Rücksicht der Lehnsherrschaft, welche nicht darein gewilligt hatte. Für die später zur Succession in die Regierung der Grafschaft berufenen Agnaten entstand überall keine Verbindlichkeit aus der Veräußerung, vielmehr durfte jeder derselben das ungültig veräußerte Gut aus fremden Händen vindiciren. Die Grundsätze des gemeinen Deutschen Lehnrechts über Lehnsveräußerungen im engeren Sinne, d. h. Veräußerungen des Nußeigenthums oder Verpfändungen behaupten auch bei Reichslehen und deren einzelnen Bestandtheilen ihre Anwendung. Im Gesammthause Braunschweig und Lüneburg ist diese Anwendung nie zweifelhaft gewesen. So z. B. erließ Kaiser Sigismund im J. 1433, als Herzog Wilhelm etliche Schlösser und Städte, in den Herrschaften Homburg und Eberstein gelegen, des Reichs Lehne, dem Bischof Magnus zu Hildesheim pfandlich verlehnt hatte, einen Befehl an die Landstände, dem Bischöfe nicht zu huldigen, weil die Verpfändung ohne Wissen und Bollbort eines Röm. Kaisers, des obersten Lehnsherrn, und der Fürsten des Landes, die dazu rechte Erben seien, nicht mit Recht zugehen, und keine Beständniß haben möge.

Orig. Guelf. Tom. IV. Praef. Pag. 41. not. X.

Wenn schon das Staatsrecht des Deutschen Reichs die auf geschichtlicher Grundlage ruhende Wahrheit anerkennt, daß das der Erfüllung einer Staatspflicht gewidmete Grundeigenthum unveräußerlich sei, so muß diese Unveräußerlichkeit hier, in dem hinzugekommenen Reichs-Lehnverbande, dessen Zweck zugleich auf die Unzertrennlichkeit eines Ganzen gerichtet war, noch begründeter erscheinen. Alle Gründe, welche

die Unveräußerlichkeit des Cammerguts in den Deutschen Reichslanden darthun, wohin besonders gehört, daß noch im Anfange des 16. Jahrhunderts die Cammergüter die Hauptquelle waren, aus welcher die Fürsten und Stände nicht nur die Bedürfnisse ihrer Familie und ihres Hauptstaats, sondern auch den zu damaliger Zeit noch nicht so hoch gestiegenen eigentlichen Regierungsaufwand bestritten,

Reichsabschied 1543. §. 24.

treffen noch weit mehr die schon zu einem besondern öffentlichen Zwecke bestimmten Kirchengüter eines reichslehnbaren Landes. Daß im Namen der Hallischen Juristen = Facultät von dem Kanzler von Ludwig, über die Veräußerung eines Hessen = Darmstädtschen Cammerguts im Aug. 1717 ertheilte Gutachten, daß bei Veräußerung eines Cammerguts der Consens sowohl der Landstände als der Fürstlichen Agnaten schlechterdings vonnöthen sei,

- » das Unheil bei Unterlassung dieses allzugroß sein, und
- » einem Landesherrn, bei übler Haushaltung, die Thür geöffnet würde, Land und Leute in Ruin und Verderben zu setzen,

Consilia Halens. J.Ctor. Tom. II. Lib. II. resp. 63, ist im gleichem Maaße auf die zum Unterhalte der Kirche, als der erhabenste Staatsanstalt, bestimmten Güter zu beziehen. Was schon von den Domanialgütern der Reichsfürsten galt:

- daß sie für inalienabel zu achten, und ein Successor die nulliter geschehene Alienation revociren könne,

Böhmer Consult. et decis. Tom. I. Pars II. resp. 35, war durch das Lehnverhältniß eines ganzen Landes bei dem dazu gehörigen Staatseigenthume noch weit stärker befestigt.

§. 26.

Das Kloster Michaelstein durfte vermöge ihm übertragenen Rechts die ungültige Veräußerung des Außenhofes Winingen anfechten.

Das Eigenthum des Klosters Michaelstein an seinen Gütern entlehnte seine Kraft und den Umfang seiner rechtlichen

Wirkung unmittelbar von der höchsten Staatsgewalt. Diese Wahrheit ist am wenigsten zu verkennen, seitdem jene Rechte lediglich durch die Aufhebung der geistlichen Stiftung selbst an den Staat zurückgefallen sind. Während des staatsrechtlichen Bestehens der Stiftung dienten die dem Staate und den zur Nachfolge in die Regierung desselben Berechtigten zustehenden Rechte der Unveräußerlichkeit der Güter der Stiftung, zum Schutze und zur Erhaltung derselben in den Händen der Kirche. Jenes Bestehen der Stiftung beruhte auf der beabsichtigten Erreichung eines sittlichen Zwecks des Staats, mithin waren auch unmittelbar durch den erklärten Willen des Staats alle Rechte desselben gegen Beeinträchtigung des Vermögens der Stiftung auf diese selbst zur Geltendmachung in eigenem Namen übertragen.

Das Kloster Michaelstein hatte von der Staatsgewalt das Eigenthum des Guts Winningen, und durfte daher, wie jene selbst, kraft übertragenen Rechts, dasselbe klagend aufrecht erhalten.

Qui in ius domini vel alterius succedit, iure eius uti debet.

l. 177. D. de reg. iur.

Das Kloster besaß das Gut Winningen als seine Sache, und damit waren alle Rechtsverhältnisse in Beziehung auf die Fortdauer des rechtsbegründeten Besizes auch die seinigen.

Rei appellatione et causae et iure continentur.

l. 23. D. de verb. signif.

Dieser Besiz des Guts übermog sogar die Klage, welche den zur Regierungsnachfolge gelangenden Agnaten wegen der Veräußerung desselben zustehen konnte, indem hier der gesetzliche Vorzug eines mit dem Besize der Sache verbundenen dinglichen Rechts sich geltend machte.

Minus est actionem habere quam rem.

l. 204. D. de reg. iur.

Durch die Veräußerung des Guts Winningen, ohne die zur Gültigkeit desselben in Rücksicht des Lehnsherrn des Staats-

guts erforderlichen Bedingungen, ging dasselbe näher für das Kloster Michaelstein, welchem das Eigenthum zustand, als für die Lehnfolger verloren, und war daher das Kloster der nächste Berechtigte zur Vindication des ungültig veräußerten Kloster-guts, nachdem schon durch das Kaiserliche Decret de non alienando vom 9. Jul. 1625, jede zum Abbruch und zum Nachtheile der Reichslehne und Gerechtigkeit an den Fürstenthümern Braunschweig und Lüneburg und dazu gehörigen Land und Leuten geschehene Veräußerung für null und nichtig erklärt war.

III. Die Unveräußerlichkeit der Klostergüter

- a. nach dem Familien = Staatsrechte im Hause Braunschweig und Lüneburg.

§. 27.

Die Familien = Verträge im Gesamt-Hause Braunschweig und Lüneburg verbieten jede Veräußerung von Staatsgute.

Der altherkömmliche Rechtsgrundsatz der Deutschen: durch Erbgang erworbenes Grundeigenthum, ist Stammgut, und darf von keinem der Nachkommen des ersten Erwerbers, ohne Einwilligung der gesammten Nachkommenschaft, weder veräußert noch belastet werden, wurde von jeher im Gesamthause Braunschweig als unverbrüchliches Gesetz beobachtet, und durch ausdrückliche Verträge befestigt. Schon die Edhne Herzogs Magnus mit der Kette, die Herzöge Friedrich, Bernhard, Heinrich und Otto, bestimmten in dem Majorat = Vergleiche vom 1. Febr. 1374,

Lünig, Reichs = Archiv Cont. II. Abtheilung IV. Absatz 4. Pag. 251,

daß der Älteste unter ihnen die Herrschaft zu Braunschweig ungetheilt besitzen, aber Städte, Schlösser, Land und Leute, geistliche und weltliche Lehne und alle Zubehörungen nicht veräußern solle. Die Brüder Friedrich, Bernhard und Heinrich, schlossen ferner, im J. 1394, einen Erbverein dahin, daß nach

ihrem allerseitigen Tode, der Älteste von ihren männlichen Erben, aller Lande Herr sein, dieser aber ohne der anderen Erben Vollwort, von den Landen nichts entfernen oder verlassen solle, wie sie denn jetzt schon ohne allerseitige Einwilligung nichts versehen oder verlassen wollten.

Lünig, Reichs-Archiv Cont. II. Supplementa zum Hause Br. und Lüneb. Pag. 1014.

In dem Erbvertrage zwischen den Herzögen Bernhard und Heinrich, den Stiftern der mittleren Lüneburgischen, und mittleren Braunschweigischen Linie, vom 8. Sept. 1414, wurde festgesetzt, daß keiner ohne des Andern Vollwort etwas versehen und verpfänden dürfe.

Rehtmeyer, Br.-Lüneb. Chronik, Pag. 698.

Der wichtigste Hausvertrag in dem mittleren Hause Braunschweig, zu welchem die Herzöge Friedrich Ulrich und Christian gehörten, das Pactum der Herzöge Heinrich des Jüngern und Wilhelm, vom 16. Novbr. 1535, confirmirt vom Kaiser Carl V., sicherte mit der festgesetzten Erstgeburtssfolge die Untheilbarkeit des Fürstenthums und die Erhaltung der Substanz des Staatsvermögens durch die Verfügung, daß dem jedesmaligen durch Erstgeburt zur Regierung berufenen Fürsten:

die Regierung, Verwaltung und Inhabung und Brauchung der väterlichen Verlassen, und auch der seither zugeworben und eroberten Land und Leute, und was der hinfürder noch mehr möchten erworben, erobert und mit erblichem Angefälle werde erlangt werden, bewilligt, zugesellt und übergeben werden solle.

Rehtmeyer, Chronik Pag. 881.

Die hiedurch begründete fideicommissarische Eigenschaft der Erblande und aller Zugehörungen bestätigte Herzog Julius durch Erneuerung des Erbvertrages von 1535, als eines immerwährenden Statuts für alle künftigen Erbfälle, in seinem Testamente vom 29. Jun. 1582.

Rehtmeyer, Chronik, Pag. 1029.

Es ist darin die ausdrückliche Disposition enthalten, daß der Erstgeborne die Regierung, Verwaltung und Administration,

auch nugharen genießlichen Gebrauch des Landes und aller Zubehörungen, auch alles dessen, was an Land und Leuten hiernächst durch Erb- und Unfälle dazu kommen möchte, haben, dagegen aber weder Klöster, Herrschaften, Schlösser u. noch andere ansehnliche Stücke und Cammergüter verpfänden, verkaufen oder alieniren solle. Nach dem Aussterben des mittleren Hauses Braunschweig mit Herzog Friedrich Ulrich, 1634, schlossen die damals vorhandenen Linien des mittleren Hauses Lüneburg, welche die Lande Friedrich Ulrichs durch Vergleich vom 14. Decbr. 1635 unter sich getheilt hatten, unterm 10. Decbr. 1636 einen Erbvereinigungs-Recess, worin auch festgesetzt wurde, daß man vom Lande nichts alieniren, sondern höchstens eine Linie der andern etwas wiederkäuflich anstellen solle. Herzog August der Jüngere zu Hildesheim, welcher das Fürstenthum Braunschweig und Wolfenbüttel in dem Vergleich vom 14. Decbr. 1635 erhalten hatte, der Stifter des neuen Hauses Braunschweig, versprach in der, bei Antritt seiner Regierung, an die Landschaft ausgestellten Confirmation ihrer Privilegien d. d. den 29. Jan. 1636, es bei dem Inhalte des Vertrages von 1535, und Herzogs Julius von dem Kaiser confirmirten Testaments, gänzlich und unverbrüchlich zu lassen, und wurde dadurch das Pactum Henrico-Wilhelmianum, nebst dem gedachten Testamente, so weit die Verfügungen des letzten nicht bloß auf den nächsten Successionsfall sich bezogen, auch als Familien-Gesetz in der noch jetzt blühenden älteren Linie des Gesamtthauses Braunschweig und Lüneburg anerkannt, welche Anerkennung die Söhne des Herzogs August, die Herzöge Rudolph August, Anton Ulrich und Ferdinand Albrecht in dem mit Kaiserlicher Confirmation versehenen Erbvertrage vom 2. Decbr. 1685 ausdrücklich wiederholten.

§. 28.

Anwendung der Hausverträge auf die Veräußerung des Klosterguts
Winningen.

Familien-Gesetze und Verträge sind als Hauptquellen

der Entscheidung in allen das Privat-Fürstenrecht Deutscher Regentenhäuser betreffenden, und damit in Beziehung stehenden Gegenständen, durch allseitiges Einverständniß immer anerkannt worden. Die Reichspraxis erkannte die Nichtigkeit jeder willkürlichen Abbringung eines Lehn- oder zum Staatsvermögen gehörigen Stückes vom Hause, besonders wenn Familien-Verträge den Stammgenossen die Hände gebunden hatten, mit unerschütterlicher Festigkeit an. Als z. B. Fürst Lebrecht zu Schaumburg-Hoym im J. 1725 damit umging, Paragialstücke des Hauses Anhalt-Bernburg zu verkaufen, erfolgte auf die Beschwerde des regierenden Fürsten Victor Friedrich zu Anhalt-Bernburg, das Reichshofraths-Conclusum:

Veneris, 16. Nov. 1725. Zu Anhalt und Bernburg, Fürsten in puncto primogeniturae, in specie Herr Victor Fried. regierender Fürst zu Anhalt-Bernburg für sich, und im Namen seiner Vettern zu Schaumburg und Hoym, contra Herrn Lebrechten, Fürsten zu Anhalt-Hoym,

in puncto intentatae contraventionis:
sive gedachter Fürst Victor Friedrich sub praes. 3. hujus exhibendo allerunterthänigste Anzeige von dem Herrn Beklagten contra pacta conventa et ius primogeniturae autoritate caesarea corroboratum,

vorhabende Veräußerung einiger demselben afficirten Güter und Stücke,

supplicat humillime pro clementissime decernendo Rescripto Caesareo, cum eventuali inhibitione de non alienando contra pactum primogeniturae etc.

• Fiat petittum Rescriptum sub termino duorum
• mensium.

(Mosers) Merkwürdige Reichshofraths-Conclusa Thl., 6.
Seite 6.

Nicht nur die Herzöge Friedrich Ulrich und Christian, durch deren Handlungen das der Erfüllung einer Staatspflicht ge-

widmete Klostergut Winningen seiner Bestimmung entzogen wurde, auch die Herzöge August, Rudolph August und Anton Ulrich gehörten zu den Linien des Gesamtthauses Braunschweig und Lüneburg, in welchen durch die angeführten Hausverträge und Gesetze die Unveräußerlichkeit alles damaligen und künftigen Grundeigenthums des Fürstenhauses und Staats angeordnet war. Die Veräußerung des Klosterguts Winningen, über welches die Herzöge Friedrich Ulrich und Christian höchstens als Nießbraucher der Stammgutslande verfügen konnten, ist daher, dem Reichsrechte gemäß, für nichtig zu erklären, insoweit sie diese Grenze ihrer Rechte überschritten haben. Nichtig erscheint auch der Consens des Herzogs August vom 1. Mai 1647, wodurch der Verpfändung eine fortgesetzte Gültigkeit dergestalt beigelegt werden sollte, daß der Pfandinhaber, vor Bezahlung des Capitals von 36,000 Rthlr., von dem Hofe Winningen zu weichen nicht gedrungen werden dürfe. Das Staatsgut des Hauses Braunschweig durfte durch diese Handlungen einzelner Regenten, ohne Einwilligung der gesammten Nachkommen des ersten Erwerbers, weder veräußert, noch belastet werden. Für die seit 1735 regierende Albertinische Linie des Hauses Braunschweig, deren Stammvater Herzog Ferdinand Albrecht (geb. 1636), zur Zeit des von seinem Vater Herzog August ausgestellten Consenses schon am Leben war, blieb die zum Nachtheile des Primogeniturrechts genehmigte Veräußerung ohne alle rechtliche Wirkung. Der Consens der Herzöge Rudolph August und Anton Ulrich, obgleich eben so wenig zur Befestigung der nichtigen Veräußerung geeignet, ertheilte dem Consense des Herzogs August nur den Effect:

»so er nach Gestalt der Sachen und Umstände zu Recht
»haben könne,

jedoch solle dadurch dem Kloster Michaelstein an seinem Recht und dessen Ausübung nichts benommen sein. Der Inhalt dieses Consenses steht daher der Verfolgung der Rechte des Klosters in keiner Hinsicht entgegen.

§. 29.

Begründete Berufung des Klosters Michaelstein auf die Nichtigkeit der Fürstlichen Consense.

Die im §. 26 dargestellte Befugniß des Klosters Michaelstein, zur Anfechtung der Veräußerung des Guts Winningen, ist aus noch stärkeren Gründen auf das in der Klage vom 26. März 1674 berührte, und erst hier genauer entwickelte Verhältniß der Unveräußerlichkeit des Staatsguts nach dem Familien-Staatsrechte des Hauses Braunschweig zu beziehen. Durch diese Unveräußerlichkeit wurde insbesondere auch die Fortdauer der Verwendung des Staatsvermögens zu dessen eigentlichen Bestimmung gesichert. Das Kloster hatte die Rechte des Staats, daß das zu einem Staatszwecke dienende Grundeigenthum des Klosters seiner Bestimmung gemäß verwandt werde, in eigenem Namen gegen Beeinträchtigungen zu vertheidigen und aufrecht zu erhalten. Jede von einem Regenten, mit Ueberschreitung seiner Rechte, getroffene Verfügung über die Substanz des Klosterguts war auch ein Eingriff in die Rechte des Klosters selbst. Bestand also ein Hinderniß der Ausübung der Rechte des Klosters in einer Verletzung der das Staatsvermögen gegen Veräußerung sichernden Hausgesetze, so durfte das Kloster diese Verletzung selbst aus eigenem Rechte bestreiten. Es ist dieses hier durch die Vindication des unbefugt veräußerten Klosterguts geschehen, welcher die von dem Gegentheile angezogenen Fürstlichen Consense nicht entgegenwirken können, weil sie an sich auf einer der Primogenitur-Versaffung und der damit verbundenen Unveräußerlichkeit des dem Staate gehörenden Grundeigenthums widersprechenden Verfügung beruhen. Die Vindication hat daher durch die ihr entgegen gesetzte, aber nichtige, Veräußerung des Klostersguts Winningen nicht gehindert werden können.

Selbst unter der Voraussetzung, daß das Kloster zur Zeit der Veräußerung, 1623, nur dem Namen nach existirt, in der Wirklichkeit hingegen die Eigenschaft eines Paragialguts apagnirter Herzöge zu Braunschweig gehabt hätte, würde den-

noch das durch die Kloster-Ordnung Herzogs August, von 1655, in seine völlige Verfassung wiederhergestellte, und in alle seine Güter und Rechte wieder eingesetzte Kloster für ermächtigt gehalten werden müssen, auch den Rechtsbestand der früheren Veräußerungen vom Kloster Gute, sogar mit Rücksicht auf die damals Statt gefundenen Rechtsverhältnisse desselben, zur rechtlichen Erörterung zu ziehen. Mit völliger Klarheit ist diese Ermächtigung in der

Kloster-Ordnung vom 12. März 1655, Cap. 2.

durch die Bestimmung ausgedrückt worden:

daß aus allen alten und neuen Nachrichten eine vollständige Verzeichniß gemacht werden solle, was ein jedes Kloster von Alters an Gütern, und quo titulo es dieselbe gehabt:

Was davon abkommen, und durch welche Occasion solches geschehen, auch wer die abkommende Güter jezt im Besiß habe, damit man von dem rechtmäßigen Titul der Besizer gründlich zu judiciren, und sich wegen rechtmäßiger Recuperation der Güter zu entschließen haben möge.

Aus diesem Gesichtspuncte wird es auch einleuchtend, wie der Herzog August, ungeachtet seines in die Veräußerung des Kloster Guts Winningen erteilten Consenses (s. §. 5.) in seinen Zuschriften an den Grafen Königsmark, vom 3. März 1662, und an dessen hinterlassene Wittwe, vom 27. Jul. 1663, dem Kloster Michaelstein annoch das Eigenthum des Außenhofes Winningen und das größte Interesse bei der die Veräußerung desselben betreffenden, vieler Umstände halber nicht wenig bedenklichen Sachen, habe beilegen können. Die Nachfolger des Herzogs August, die Herzöge Rudolph August und Anton Ulrich, haben die Befugniß des Klosters zur Vindication jenes Kloster Guts gleichfalls anerkannt (s. §. 28.). Die hiedurch nachgewiesene ausgedehnte Berechtigung des Klosters, in den eingeleiteten Rechtsstreit den ganzen Umfang aller die Veräußerung des Kloster Guts betreffenden Gründe aufzunehmen, liefert eine reichhaltige

tige Widerlegung der gegenseits wider die Legitimation des Klosters erregten Zweifel. Sie entkräftet allein schon alle Vertheidigungsmittel des Gegners, welche aus einer angeblich erfolgten Säkularisation der Klostergüter, vor oder in dem Westphälischen Friedensschlusse, unternommen sind.

§. 30.

Unbegründete Berufung des beklagten Landgräflichen Hauses auf die Verordnung des Westphälischen Friedensschlusses, Art. V. §. 25, und den Pfandbesitz des Fürsten Ludwig zu Anhalt am 1. Jan. 1624.

Das beklagte Landgräfliche Haus hat dem Westphälischen Friedensschlusse, Art. V. §. 25, die Auslegung und Anwendung zu geben gesucht, daß dadurch die Gerechtsame eines jeden Besitzers geistlicher Güter, auch im Streite evangelischer Reichsstände unter einander, haben aufrecht erhalten werden sollen, daß die Herzöge zu Braunschweig am 1. Jan. 1624 im Besitze des Eigenthums über Winningen, der Fürst Ludwig zu Anhalt aber im Besitze des Pfandes gewesen, und dadurch eine frühere etwaige Beschränkung jenes Eigenthums und jede Einrede gegen das Pfandrecht, auch jedes Widerspruchsrecht des Klosters gegen die Verpfändung, aufgehört habe, indem das bloße Factum des Besitzes den Umfang der Rechte bestimmt habe. Die Natur des Friedensschlusses, Veranlassung und Zweck der im Art. V. getroffenen Verfügungen, der Wortverstand derselben, Alles redet mit gleicher Stärke gegen jene Auslegung und Anwendung.

Der Friedensschluß, als ein Vergleich über die Streitigkeiten beider Religionstheile, kann überhaupt nicht aus dem Gesichtspunkte einer dadurch beabsichtigten Feststellung der kirchlichen Verhältnisse der Augsburgerischen Confessions-Verwandten unter einander betrachtet werden. Alle Anerkennungen eines Besitzstandes, alle gegenseitigen Uebertragungen von Rechten, sind daher im Allgemeinen, wo nicht specielle Verordnungen eine Ausnahme machen, nur auf die streitigen Gegenstände, worüber in dem beendigten Kriege das Recht oder

eigentlich das Glück der Waffen hatte entscheiden sollen, zu beziehen.

Welche Streitigkeiten durch den Art. V. §. 25. I. P. O. beseitigt werden sollten, ist aus den vorhergegangenen Ereignissen und Verhandlungen mit völliger Klarheit zu entnehmen. Bei der Abschließung des Religions=Friedens, im Jahre 1555, weigerten sich die Katholischen, den geistlichen Reichsständen den Uebertritt zur Augsburgerischen Confession und das Reformationsrecht zu gestatten, und weil kein Vergleich getroffen werden konnte, mußten die Protestanten die Einrückung des allgemeinen geistlichen Vorbehalts in den Art. 18. des Friedens dem Kaiser Ferdinand gestatten. Der geistliche Vorbehalt sollte das, am 6. März 1629 vom Kaiser erlassene Restitutions=Edict gegen die Inhaber der seit dem Passauer Vertrage reformirten geistlichen Güter rechtfertigen, und die gewaltsame Vollziehung dieses Edicts entzündete die Flammen des Krieges unter beiden Religions=Parteien mit neuer Heftigkeit. Die Zurückforderung des von den Protestanten längst besessenen katholischen Kirchenguts war die Ursache, welche die protestantischen Fürsten zum Widerstande gegen den Kaiser ermunterte. Hierauf bezog sich die auf dem Friedenscongresse zu Osnabrück, im April 1646, überreichte Beschwerde der protestantischen Fürsten, des Inhalts:

Weil die Evangelischen ihrem iuri bei Beschließung des Religions=Friedens eben dieses fundiret, daß die iura religionis und derselben Bestellung dem Domino territorii gebühre, so kann Niemand verleugnen, daß den Evangelischen noch diese Stunde freistehe, dasjenige, was in Bestellung des publici exercitii gehörig ist, christlich zu disponiren, Kirchen=Ordnung zu machen, und mit den zur Geistlichkeit gewidmeten, und in ihren Länden belegenen Gütern solche Verfügung zu thun, wie der gottseligen Fundatoren christliche Intention und Beförderung Gottes Ehre, auch dessen Orts=Zustand solches erfordert, wie denn die Evangelischen solche Dispositionen über dergleichen hinter ihnen gelegenen Gütern jeder Zeit behalten

und geübt haben. Dagegen aber sich die Katholischen wider Recht und Billigkeit unterwunden, diesem allerfürnehmsten *iuri superioritatis* der Evangelischen mancherlei Eintrag zu thun, alles unter dem nichtigen Vorwand, die Mediat-Klöster und Kirchen, welche von den Geistlichen, *tempore Passaviensis transactionis, sive naturaliter, sive civiliter, sive interimistice* wären possidiret worden, hätten von Churfürsten und Ständen Evangelischer Religion, ob sie schon in ihren Territoriis gelegen, nicht können reformirt werden. — Dieses alles hat denen Herren Cameralibus zu Speyer dieses beständige Axioma an die Hand gegeben: *Cuius est regio eius est de religione dispositio*, und verursacht, daß sie diese Quästion, so denen Evangelicis von den Katholischen wegen der nach dem Passauischen Vertrage eingezogenen Mediat-Geistlichen Güter *moviret* werden will, niemals decidirt werden wollen, sondern *ea ad Comitia Imperialia remittiret*. Die Katholischen aber haben hingegen andere Wege ergriffen, und durch ausgebrachte geschwinde Proceße, *mandata und Commissiones* vom Kaiserl. Hof, sonderlich aber das anno 1629 emittirte Edict, und darauf angestellte eifertige *executiones*, die Evangelischen aller Orten angefallen, und ihnen hin und wider viel Stifter, Klöster und andere geistliche Einkünfte *causa non cognita*, und da mancher Stand nicht gewußt oder erfahren können, wer ihn verklagt habe, mit Gewalt hinweggenommen. Soll demnach beständiger Friede und gutes Vertrauen wieder gestiftet werden, so ist allwegen vonnöthen, daß die Katholischen von dergleichen widerrechtlichen Thätigkeit hinfüro abstehen, Churfürsten und Stände Evangelischer Religion in ihren Landen, an dem christlichen Reformationswerk nicht hindern, sondern ihnen allseits von anno 1618 und zuvor abgenommenen Stifter, Klöster und Kirchen, Schulen und Hospitalien, Geistliche Einkünfte und dergleichen wieder einhändigen, und an derselben

Disposition und Administration nicht den geringsten Eintrag thun.

Pufendorf, Comment. de Rebus Suecicis Lib. XVIII. §. 85.

Die Katholischen wollten auf diese Beschwerde anfänglich nur einen vorläufigen Besitz der geistlichen Güter auf 60 Jahre, mit Bestimmung des Entscheidungsjahrs 1629, zugestehen; nach den fernern Erklärungen und Gegenerklärungen vereinigten sich jedoch endlich die beiden Religionstheile über das Jahr 1624, als das Entscheidungsziel zwischen den katholischen und evangelischen Reichsständen, über die Zuständigkeit der geistlichen Mediat-Güter, und so endigte der Streit der Evangelischen und Katholischen durch den im Art. V. §. 25. getroffenen Vergleich. Verbreitete nicht schon der durch die obige Beschwerde der Evangelischen vollständig dargestellte Status controversiae das hellste Licht über die Absicht der Paciscenten, so würde sich diese dennoch eben so klar aus dem Eingange des Art. V.

Cum autem praesenti bello magnam partem gravamina quae *inter utriusque religionis* Electores, Principes et Status Imperii vertebantur, causam et occasionem dederint, *de iis*, prout sequitur, conventum et transactum est.

in Vergleichung mit §. 2. ergeben. Nur die Streitigkeiten über das Kirchengut zwischen den katholischen und evangelischen Reichsständen sollten verglichen werden. Diesem Zwecke und Sinne entspricht genau die Fassung der Worte des §. 25, daß die Stände der Augsburgerischen Confession die am 1. Jan. 1624 in ihrem Besitze befindlich gewesenen geistlichen Güter besitzen sollten,

donec controversiae Religionis amicabili compositione universali definiantur, non attentis exceptionibus sive ante, sive post transactionem Passaviensem aut Pacem religiosam reformata et occupata,

(welche Bestimmung doch nur das Rechtsverhältniß der bis

dahin feindlich einander gegenüberstehenden Parteien ausgleicht), ferner, die mit den Worten *ubi igitur* eingeleitete Anwendung des festgesetzten Grundsatzes auf die Restitution der seit dem 1. Jan. 1624 den Augsburgerischen Confessionsverwandten gewaltsam entzogenen Güter, ein Gegenstand, worüber diese gegen einander selbst nicht die mindeste Beschwerde erhoben hatten. Jeder Zweifel wird ferner durch die, gerade in Verbindung mit dem die Kirchengüter der Evangelischen betreffenden Vergleiche, von ihnen den Katholischen im §. 26 nach völlig gleichen Grundsätzen bewilligte Gegenvergeltung über allen Zweifel erhoben. Der Eingang: *Omnia quoque Monasteria etc.* und die dispositiven Worte: *Catholici possideant et ipsi similiter* ut in Augustanae Confessionis Statuum territorii et ditionibus ea sita sint, beweisen die Gleichstellung der gegenseitigen Verhältnisse der beiden Religionsparteien in Ansehung ihrer geistlichen Güter; aber mit keinem Worte findet sich in dem Vergleiche die Verabredung ausgedrückt, daß auf Seiten der Evangelischen unter ihnen selbst das Entscheidungsjahr eine Norm der Rechtmäßigkeit des Besizes geben solle. Die im §. 25. geschehene Beseitigung aller Einreden, welche gegen den Besizstand der Evangelischen am 1. Jan. 1624 erhoben werden könnten, ist eine Befestigung dieses Besizstandes gegen die Katholischen, und nicht auf eine den Evangelischen gegen einander verliehene Schutzwehr zu beziehen. Davon überzeugt man sich zum Ueberflusse durch die im Art. VII. §. 1. I. P. O. wegen der Religionsübung der Reformirten getroffene Verfügung, welche die mit der vorstehend widerlegten Auslegung des Art. V. §. 25. nicht vereinbare Clausel enthält:

salvis tamen semper Statuum, qui Protestantes nuncupantur, inter se et cum subditis suis conventis, pactis, privilegiis, reversalibus et dispositionibus aliis quibus de religione eiusque exercitio et inde dependentibus cuiusque loci statibus et subditis huc usque provisum est.

Der von dem hohen Gegentheile als eine vollgültige Autorität anerkannte

Henniges Med. ad Instrum. Pac. Caes. Suec. ad Art. V. §. 25. not. h.,

steht auf der Seite der hier vertheidigten Auslegung mit dem bündigen Ausspruche:

Secundum §. 2. Art. 5. non fit restitutio omnium Electorum, Principium et Statuum cuiuscunque Religionis, sed *utriusque* Religionis, manifesta oppositione, qua significatur ex Art. 5. I. P. actiones et remedia dari, sed uni parti adversus aliam *non autem uni alterive inter se.*

Man hat gegenseits aus dem in der Replik von 1786 §. 25. angeführten Urtheile des Reichscammergerichts, vom 28. Sept. 1677, folgern wollen, daß dieses Gericht der Meinung, daß das Entscheidungsziel in Streitigkeiten zwischen evangelischen Reichsständen über geistliche Mediatgüter nicht Statt finde, widersprochen habe. Das Reichsgericht hat aber gerade eine reichsgefesliche Erläuterung erfordert, daß der zur Beurtheilung gekommene Vertrag evangelischer Reichsstände unter der Disposition der *possessio vel quasi* des 1. Jan. 1624. I. P. O. Art. V. §. 25. auch begriffen sei, also Bedenken gefunden, diese Disposition darauf anzuwenden. Jene Erläuterung ist seitdem nicht erfolgt, und daher diejenige Anwendung in der Rechtsprechung des Reichsgerichts, welche gegenseits verlangt wird, unterblieben, wovon gerade die Entscheidung des vorliegenden Rechtsstreits den sprechendsten Beweis liefert.

Auf den Pfandbesitz, welcher dem Fürsten Ludwig zu Anhalt im Jahre 1623 eingeräumt worden, kann überhaupt die Verfügung des Art. V. §. 25. I. P. O. nicht ausgedehnt werden. Dieselbe hat nur *bona ecclesiastica reformata et occupata* zum Gegenstande, welche unter dem Titel der landesherrlichen Gewalt von den evangelischen Reichsständen in Besitz genommen waren. Der dadurch landesfürstlich erlangte Besitz wurde den evangelischen Reichsständen, als solchen, denn nur in dieser Eigenschaft schlossen

sie den Frieden mit den Katholischen, auf immer zugesichert.

Et sane cum necessaria pars possessionis sit, ut Status possideat, necessarium utique etiam erit, ut possideat eo nomine quo est Status: id est ut Bona Ecclesiastica occuparit et reformarit.

Henniges Medit l. c. not. d. d.

Daß der Besitz im Entscheidungsjahre auf dem hier dargestellten Grunde der superioritas territorialis habe beruhen müssen, wird durch die vorhin wörtlich angeführte Beschwerde der Evangelischen auf dem Friedenscongresse zu Snabrück gleichfalls erläutert. Der Fürst Ludwig zu Anhalt hat nur aus einem privatrechtlichen Geschäfte den Natural-Besitz des Guts Winningen, nicht durch Ausübung eines Hoheitsrechts über geistliche Güter in seinem Lande und extritoriale Zubehörungen derselben, erlangt. Ein solcher Besitz ist zur Verleihung der Rechte des Entscheidungsjahrs ebenso wenig geeignet, als Privatpersonen, welche den Besitz von geistlichen Gütern aus irgend einem Grunde damals ausgeübt haben, dadurch ein immerwährendes Recht an denselben erworben haben.

Die Anwendung des Art. V. §. 25. auf das Verhältniß des Klosters Michaelstein und seines Außenhofes Winningen ergibt sich ganz einfach dahin, daß die schon durch den Religionsfrieden anerkannte Reformation des Klosters, und das landesherrliche Obereigenthum desselben, von Neuem gegen alle Ansprüche der katholischen Reichsstände durch den Umstand staatsrechtlich bekräftigt wurde, daß Herzog Friedrich Ulrich am 1. Jan. 1624 im reichsfürstlichen Besitze des Klosters, und des dazu gehörigen, auf fremdem Territorio belegenen (cum suis pertinentiis ubicunque sitis) Hofes Winningen sich befunden hatte. Die Beurtheilung der territorialen Rechtsverhältnisse des Klosters, der Rechtmäßigkeit der Veräußerung seines Außenhofes Winningen, fiel dem Privatfürsten- und Territorial-Staatsrechte des Hauses Braunschweig und der Grafschaft Blankenburg anheim, und lag irgend eine Bestimmung darüber ganz außer den Grenzen des Snabrück-

schen Friedensschlusses. Der gegenseitigen Behauptung, daß der Friedensschluß den evangelischen Fürsten die freieste Verfügung über die am 1. Jan. 1624 in ihrem Besitze befindlich gewesenen geistlichen Güter, mit Vernichtung aller entgegenstehenden Verträge, Reversalen und Gesetze gestattet habe, darf man nur die Bemerkung entgegensetzen, daß aus gleichem Grunde das ganze Vermögen der Kirche eines evangelischen Reichslandes, vermöge des Besizes im Entscheidungsjahre, von aller gesetzlichen und hergebrachten Beschränkung seiner Veräußerung entbunden gewesen sein würde. Eine solche Lehre blieb dem großen Werke der Reformation völlig fremd. Nicht einmal über säcularisirte Güter erlangten die evangelischen Reichsstände eine unbeschränkte Verfügung. Mit Recht sagt darüber

Moser, von der Landeshoheit im Geistlichen, S. 171. §. 3.
 »Was nun der evangelischen Reichsstände besitzende säcularisirte Güter anbelangt, so werden selbige nunmehr anderen weltlichen Cameral-Gütern gleich geachtet, und soweit sich die landesherrliche Gerechtsame in Ansehung derselben nach denen gemeinen Reichs- und Lehnrechten, auch Haus- und Landesverträgen erstrecken, so weit reichen sie auch in Ansehung der ehemaligen Kirchengüter.«
 und lehrt zugleich im §. 4. daselbst, daß die Säcularisation wirklicher Kirchengüter auch seit dem Westphälischen Frieden, durch Haus- und Landesverträge, oder Pacta mit einem Dritten, und durch das Kirchenrecht beschränkt werde.

b. nach dem Landrechte der Grafschaft Blankenburg.

§. 31.

Constitution Herzogs Heinrich Julius, wegen vorgeschriebener Klostersgüter, vom 12. Jan. 1602.

Herzog Heinrich Julius verordnete durch die für alle seine Fürstenthümer, Graf- und Herrschaften erlassene Constitution wegen vorgeschriebener Klostersgüter, vom 12. Jan. 1602, daß die Klöster ohne seine und seiner Erben schriftliche Bewilli-

gung keine Klostergüter verpfänden, oder sonst in andere Wege alieniren sollten. Als Verschreibungen der Klöster werden nur diejenigen anerkannt, welche mit Bewilligung der Klöster, verordneter Aebte, Präpöste, Dominarum und sämtlicher Convente aufgerichtet worden. Alle gegen den Inhalt der Constitution errichtete Verträge über Klostergüter, sollen als nichtig und kraftlos verworfen sein und verworfen werden. Der Landesfürst schärft durch diese Verordnung den Klöstern die Grundsätze ein, welche bei den Verträgen über Klostergüter verfassungsmäßig zu beobachten und zu befolgen seien. Der Eingang der Verordnung erinnert deshalb an das alte Herkommen und die von den Vorfahren des Regenten den Klöstern gegebenen Reverse. Zugleich gab der Herzog seiner Verordnung die staatsrechtliche Kraft eines Grundgesetzes dadurch, daß er außer seinem eigenen Consense in die Veräußerungen von Klostergütern, auch den seiner Erben erforderlich erklärte. Dieser staatsrechtliche Gesichtspunct der Verordnung ist besonders aus der Beziehung derselben auch auf die

aufserhalb unser Fürstenthum, Graf- und Herrschaften belegenen Klostergüter,

unverkennbar. Ein in das Gebiet des Privatrechts einschlagendes Gesetz über die, unter fremder Landeshoheit belegenen Güter durfte der Herzog nicht erlassen, aber die Befugniß, die Veräußerung jener Güter staatsrechtlich zu beschränken, gebührte ihm (s. §. 23.), und er erneuerte hier eigentlich nur, was schon nach dem Territorial = Staatsrechte des Hauses Braunschweig Rechtens, aber hin und wieder außer Acht gelassen war. Bemerkenswerth ist, daß der Herzog allen Klöstern ohne Unterschied die Befolgung der schon früher ausgegangenen Edicte und Verordnungen über Veräußerung von Klostergütern zur Pflicht machte. Dadurch erhielten jene Edicte und Verordnungen, wohin gehören:

Herzogs Heinrich des Jüngeren Constitutio wegen Nicht-Versehung der Klostergüter, Antonii 1529,
Herzogs Julius Kirchenordnung, v. 1. Jan. 1569, Pag. 268,

Herzogs Julius Ausschreiben an die Wolfenbüttelschen Klöster, vom 5. April 1573,
für alle künftigen Fälle auch Gesetzeskraft für die Grafschaft Blankenburg.

Die Anwendung der Constitution vom 12. Jan. 1602 auf die im J. 1623 geschehene Verpfändung des Klostersguts Winnungen, läßt von Neuem die Nichtigkeit der letztern aus der schon im §. 28. nachgewiesenen Verletzung der Herzogl. Braunschweigischen Hausgesetze erkennen, und zugleich wahrnehmen, daß die Verschreibung schon in Ermangelung der ausdrücklich vorgeschriebenen Einwilligung eines Klosterconvents den Stempel der Nichtigkeit mit sich führte. Wäre auch damals das Kloster mit einem Convente nicht versehen gewesen, so konnte dadurch das Erforderniß der Einwilligung desselben nicht wegfallen, sondern die Verschreibung durfte erst nach Wiederbesetzung des Convents vollzogen werden. Herzog Friedrich Ulrich hat das die Verpfändung des Klostersguts Winnungen beherrschende Landesgesetz nicht aufgehoben, und so dient dasselbe zur Norm für ein unter dessen Vorschrift begriffenes Geschäft.

c. nach der landständischen Verfassung der Grafschaft Blankenburg.

§. 32.

Die landständischen Rechte des Klosters Michaelstein.

Das Kloster Michaelstein gehörte von Alters her zu den Landständen der Grafschaft Blankenburg. Bei der Einsetzung des Herzogs Julius August, als confirmirten Abts, in den Besitz des Klosters, am 25. Julius 1599, verpflichtete sich derselbe in dem ausgestellten Reverse (s. §. 13.) ausdrücklich: daß er, als ein Abt des Klosters, der Grafschaft Michaelstein und Blankenburg Landstand sein und bleiben, und alles was vor Alters die pro tempore gewesenen Äbte den Grafen geleistet, hinfüro dem regierenden Landesfürsten auch leisten, und demselben folgen wolle.

Das durch die Reformation des Klosters nicht aufgehobene Verhältniß desselben zu dem Landesfürsten, wurde auch in dieser angenommenen Verpflichtung aufs deutlichste ausgesprochen. Der Abt des Klosters war die einzige Prälatur der Grafschaft, und bildete die erste Classe der Landschaft, die Ritterschaft die zweite, und die Stadt Blankenburg mit dem Flecken Hasselfelde die dritte Classe.

v. Liebhaber, vom Fürstenthum Blankenburg und dessen Verfassung, 1790. Pag. 141.

Wie Herzog Julius bei Einführung der Reformation in der Kirchen=Ordnung von 1569 Pag. 396 erklärte, daß die Prälaten der Klöster auf den Landtagen ihre Session und Stimme, wie von Alters herkommen, als des Fürstenthums einverleibte Glieder behalten sollten, auf gleiche Weise blieb auch der Abt des Klosters Michaelstein, den ganzen Prälatenstand als eine besondere Classe der Landschaft repräsentirend, ein einverleibtes Glied der Grafschaft. Schon aus diesem Standpuncte des Klosters in der landständischen Verfassung der Grafschaft ergibt sich, daß ohne Zustimmung der ganzen Blankenburgischen Landschaft, der Güterbesitz der in einer juristischen Person bestehenden ersten Classe derselben einseitig nicht vermindert werden durfte. Da die landständischen Verfassungen, dem Zeugnisse der Geschichte gemäß, nach Analogie der Reichsverfassung sich gebildet haben, indem die Prälaten, Ritterschaft und Städte der einzelnen Länder, in den Faustrechtszeiten des Mittelalters, das Beispiel der großen Reichsstände durch gemeinschaftliche Berathung über die öffentliche Ruhe und Vertheidigung nachahmten, so blieben auch die Landstände besonders da, wo ihre Mitwirkung zu dem Zwecke der Staatsverbindung von der Landesherrschaft anerkannt ist, gegen Beeinträchtigung ihres Grundeigenthums von den Landesherren in demselben Maaße gesichert, als der Kaiser für sich allein, ohne Beistimmung der ganzen Repräsentation, keinen Stand des Reichs in seinem Bestande schwächen durfte. Wenn auch die Stände, durch das ihnen eingeräumte Vertretungsrecht, einen positiven Antheil an der Staatsver-

waltung nicht erhielten, so erstreckten sich doch ihre Rechte, während der vormaligen Reichsverfassung, und ehe mit der Auflösung derselben die Reichsfürsten souveraine Herren wurden, zunächst auf Verhinderung dessen, was der Regent ohne Ueberschreitung seiner rechtmäßigen Gewalt nicht thun durfte. Im vorliegenden Falle war Herzog Friedrich Ulrich nicht berechtigt, das der Prälatur des Klosters Michaelstein nur zur Verwaltung anvertraute Klostergut diesem Landstande durch seinen Consens in die Veräußerung zu entziehen, ohne einmal die Zustimmung der Landschaft in dieselbe eingeholt zu haben. Auch von dieser Seite steht daher der Gültigkeit der Veräußerung ein erheblicher Mangel entgegen.

Zweiter Abschnitt.

Rechtsverhältniß der Verpfändung des Klosterguts
Winningen, unter eventueller Voraussetzung ihrer
Gültigkeit

§. 33.

Streitfragen über die Einlösung des antichretisch verpfändeten Guts.

Das beklagte Landgräfliche Haus hat gegen die erhobene Vindication hauptsächlich mit der Einrede des an dem Gute Winningen, wegen der ihm cedirten Forderung von 36,000 Rthlr., zustehenden Pfandrechts sich vertheidigt, und noch in der Restitutions-Instanz sich bereit erklärt, die Einlösung des Guts geschehen zu lassen, wenn die zum Wiederanbau der Grundstücke, zur Anschaffung des Inventarii, und zur Herstellung der Gebäude, wie es sich zur Zeit der erfolgenden Einlösung befinden werde, verwendeten Gelder vergütet würden.

Restitutions-Libell vom 19. April 1784. §. 68.

Vertheidigung 1786, §. 23. C. 143. 44.

Das Kloster Michaelstein hat außer einigen, auf die Gültigkeit der Cession sich beziehenden, ohne Nachtheil für die

Hauptsache hier zu übergehenden Gründen, insbesondere die Replik des Anastasianischen Gesetzes und daß, wegen Ueberschreitung des gesetzlichen Maaßes der Zinsen, der Pfandschilling durch die Nutzungen schon absorbiert sei, entgegengesetzt.

§. 34.

Anwendung des Anastasianischen Gesetzes.

Der General Graf Königsmark, aus dessen in dem Kaufcontracte vom 30. Jan. 1662 abgetretenen Rechten an Winnungen das beklagte Landgräfliche Haus seine eigenen ableitet, war durch die, von dem ersten Gläubiger, dem Fürsten Ludwig zu Anhalt, unterm 30. März 1647, ihm ertheilte Cession der Inhaber der Pfandverschreibung Herzogs Christian, vom 21. Mai 1623, und dessen antichretischen Besitzes des Klosterhofes Winnungen geworden. Der Cedent erklärte in jener Urkunde, daß er dem General von Königsmark gegen baare Auszahlung der an dem Hofe Winnungen bekräftigten Summe von 36,000 Rthlr., worüber damit quittirt werde, alle Rechte aus der Verschreibung des Herzogs Christian und dem dazu ertheilten Consense hinwieder cediret und abgetreten habe. Die Cession beruhete also auf einem eigentlichen Kaufe, und ist aus diesem Grunde nach der Regel des Anastasianischen Gesetzes:

Wer baar Geld gegen Forderungen giebt, soll nicht mehr als das Gezahlte wieder erhalten.

1. 22. C. mandati vel contra.

zu beurtheilen. Hiernach konnte Graf Königsmark durch die Cession der Forderung an den Landgrafen Friedrich zu Hessen keine größere Summe der Schuld des Klosters übertragen, als er selbst dafür gegeben hatte.

1. 23. C. eod.

Die Berufung des Klosters auf das Anastasianische Gesetz beschwert das beklagte Landgräfliche Haus mit dem Beweise, daß der Graf Königsmark die volle Summe, welche die Cession des Fürsten Ludwig zu Anhalt auf denselben übertragen haben soll, wirklich an den Cedenten bezahlt habe.

Glück, Commentar über die Pand. Th. 16. S. 471.

Es ist gegenseits noch in der Replik dieser Instanz §. 16. der vom Graf Königsmark wirklich erfolgte, vollständige Ersatz des Pfandschillings behauptet, jedoch ohne Beweisgründe dafür nachzuweisen. Der Consens des Herzogs August vom 1. Mai 1647 kann die Stelle dieses Beweises nicht vertreten, weil derselbe nur davon ausgeht:

daß der General Königsmark dem Herzoge zu erkennen gegeben, wie er die von dem Fürsten zu Anhalt, um des Klosters Michaelstein, ausgezahlten 36,000 Rthlr. an sich erhandelt, und die Hauptverschreibung wirklich abgetreten erhalten habe.

Die Frage über die geschehene Auszahlung des Pfandschillings, gehörte für den Zeitpunkt der streitig gewordenen Ausübung des Forderungsrechts. Wird nur die erfolgte Zahlung einer geringeren Summe erwiesen, so kann die Pfandverschreibung Herzogs Christian auch nur bis zu dieser geringeren Summe geltend gemacht werden, weil dieselbe nach Bestimmung der l. 23. cit. nur als soweit übertragen anzunehmen ist.

§. 35.

Rechtsverhältniß der Zurückgabe des verpfändeten Guts.

Der Beweis der von dem Grafen Königsmark wirklich erfolgten Erstattung des vollständigen Pfandschillings würde die Vollziehung der in der Pfandverschreibung vom 21. Mai 1623 und dem Consense Herzogs August vom 1. Mai 1647 über die Wiedereinlösung des Klosterhofes Winningen genehmigten Bestimmungen begründen. In dem Pfandbriefe ist bestimmt:

daß wenn ohne des Gläubigers Schuld die Gebäude oder die im Findbuche verzeichnete Fahrnüs zu Grunde gingen und verloren würden, deren anderweitliche Anbauung und Ersetzung, als auch andere nützliche Kosten zu Verbesserung des Guts, so mit Unfern und Unserer Mitbeschriebenen Fürbewußt fürgenommen und angewandt wären, zum Hauptgelde der 36,000 Rthlr. geschlagen, mit der-

selben in einer Summe wieder bezahlt, und die Ablöse anderergestalt nicht geschehen solle.

Herzog August consentirte in der Urkunde vom 1. Mai 1647:

in alle und jede meliorationes, welche gedachter Herr General Königsmark an den Hof Winningen verwenden werde, sie haben Namen, wie sie wollen, gestalt solches alles dann die Collation des jetzigen Inventarii, mit der alsdann (zur Zeit der Abfindung des Cessionars, wegen des Pfandschillings sammt allen Meliorationen, Bau- und Besserungskosten) befindlichen Bewandniß des Hofes wirklich für Augen stellen werde.

Laut der dem General Königsmark ertheilten Cession, sollen von demselben nur die vom Fürsten Ludwig zu Anhalt dem Herzog Christian vorgeliehenen 36,000 Rthlr. bezahlt, und dessen Rechte dafür verhandelt sein. Es sind also damals keine zu vergütende, und mit Vorwissen des Schuldners angewandte Meliorationen vorhanden gewesen. Die Vergütung der Meliorationen würde lediglich auf die Grundlage des Inventarii von 1647 und nach Maaßgabe des damit nach dem Augenschein zu vergleichenden Zustandes des Hofes Winningen, zur Zeit der Rückgabe desselben, auf vorgängige halbjährige Kündigung des Pfandschillings, regulirt werden müssen, auch unter der im Eingange vorausgesetzten Bedingung auf eine Berechnung der Früchte wegen eines Uebermaßes der Zinsen diesseits nicht weiter gedrungen werden.

Wenn hingegen nur die Erstattung eines Theils des Pfandschillings an den Graf Königsmark von dem beklagten Landgräflichen Hause erweislich zu machen steht, so hat der Cessionar nur auf den Genuß desjenigen Theils der Früchte von dem antichretisch verpfändeten Gute ein Recht erworben, welcher mit dem gezahlten Capitalbetrage in dem zufolge Pfandbriefs von den Contrahenten beabsichtigten und festgesetzten Verhältnisse steht. Die Contrahenten haben nämlich bestimmt, daß der Herleiher des Capitals von 36,000 Rthlr. statt der Zinsen, die sämmtlichen Früchte des verpfändeten Guts behal-

ten solle. Die Früchte bilden also hier die Nutzung eines auf 36,000 Rthlr. sich belaufenden Capitalbetrages. Hat nun der Cessionar diese Capital-Forderung, z. B. durch Auszahlung von 18,000 Rthlr. an sich gebracht, so hat er auch in eben diesem Verhältnisse nur ein Recht erlangt, die Hälfte der Früchte des Guts zu genießen. Die andere Hälfte ist dem Schuldner und Eigenthümer verblieben, und wenigstens seit der Anstellung der Klage am 14. October. 1674 eine jährliche Compensation derselben mit der Capitalforderung des Cessionars ipso iure eingetreten, weil mit der angestellten Vindication auch die Erstattung der erhobenen Früchte gefordert war. Der Rechtsgrund dieser Forderung ist in dem gegenseits nicht bestrittenen Eigenthume des Klosters Michaelstein an dem Aushen Hofe Winningen begriffen, und äußert seine Wirkung in demjenigen Umfange, in welchem ihn die gegenseits aus der Cession erworbenen Rechte nicht beschränken. Es gilt hier der Vindication eines mit einer hypothekarischen Forderung beschwerten Grundstücks, und paßt dieser Fall unter die Vorschrift des Gesetzes,

1. 65. D. de rei vind.

daß der Beklagte dem Eigenthümer das Grundstück wieder abtreten müsse,

si pecuniam creditori eius solutam, qui pignori datum praedium habuit, usurarumque medii temporis superfluum recuperaverit: scilicet si minus in fructibus ante litem perceptis fuit.

Unter den hier dargestellten Umständen wird eine Berechnung der erhobenen Früchte seit der angestellten Klage auch unter Voraussetzung der Gültigkeit der Verpfändung nothwendig.

§. 36.

Der anhängige Rechtsstreit hat auch die Wirkungen des Pfandrechts an Winningen zum Gegenstande.

Die Vertheidigung des beklagten Landgräflichen Hauses gegen die angestellte Eigenthumsklage beruhet in dem durch

die Cession vom Grafen Königsmark erworbenen Pfandrechte am Klosterhofe Winningen. Es gehört daher zur Entscheidung über die Eigenthumsklage, auch ohne eine Cumulation derselben mit der Pfandklage, wie weit deren Erfolg durch das gegentheilige Pfandrecht beschränkt werde. Um so mehr muß die Entscheidung des gegenwärtigen Rechtsstreits diese umfassende Richtung nehmen, als eine gesetzliche Benennung des Thatbestandes, aus welchem geklagt wird, keineswegs nothwendig, sondern genug ist, wenn das klar erzählte Factum die Merkmale und Bestandtheile eines das Gesuch der Klage begründenden Rechtsverhältnisses in sich faßt. Jene Benennung ist ein Rechtsbegriff, dessen Auffinden zur richterlichen Reflexion gehört. Daher hat der Richter den speciellen Klaggrund nicht nach dem Namen abzumessen, welchen der Kläger seiner Klage beilegte, und selbst wenn jener Name oder die Benennung des Facti irrig sein sollte, hat der Richter nur das Factum ins Auge zu fassen, ob aus demselben gesetzlich ein Klagrecht hervorgehe, und ob der Antrag der Klage diesem entspreche?

cap. 6. X. de iudic. (2. 1.) l. un. C. ut quae desunt adv. (2. 11.)

Die vorliegende Klage enthält den vollständigen Vortrag auch desjenigen Thatbestandes, welcher bei der Beurtheilung der Wirkungen der geschehenen Verpfändung des Außenhofes Winningen der richterlichen Prüfung zu unterziehen ist, und da der Antrag derselben nicht nur auf die Restitution dieses Klosterguts sich bezieht, sondern die allgemeine Ausdehnung erhalten hat:

und über dem alles, und was sonst aus vorgestellter wahrhafter Erzählung des facti am beständigsten und kräftigsten zu bitten ist, oder sonst an sich hätte sollen können und müssen gebeten werden, will Anwalt im Namen seiner Principalen das mildrichterliche Amt unterthänig unterdiensflich, gehorsamen Fleißes in der allerspriesslichen Rechtens Form und Kraft imploriret und angerufen haben,

so war das Richteramt auch zur eventuellen Entscheidung über den rechtlichen Einfluß der Verpfändung auf die geforderte Räumung des Guts Winningen angerufen.

Völlig entscheidend für die Nothwendigkeit des sich hierauf erstreckenden Richterspruchs ist aber der Gesichtspunct, daß ein durch Cession in die Rechte des Pfandgläubigers eingesezter Dritter von dem Schuldner nicht mit der Pfandklage belangt werden könne. Diese Klage hat nur die Verfolgung der Rechtsverhältnisse zwischen den Contrahenten zum Zwecke. Gegen den dritten Besitzer der verpfändeten Sache, welcher dieselbe aus einem Vertrage mit dem Pfandgläubiger erhielt, muß von dem Schuldner die vindicatio oder eine andere passende Klage auf Herausgabe derselben angestellt, und in dem Streite hierüber zugleich entschieden werden, was der Schuldner gegen Herausgabe der vindicirten Sachen, wegen des als Einrede geltend gemachten Pfandrechts, dem Dritten zu vergüten habe.

l. 2. D. de pignoribus.

l. 2. D. quib. mod. pign. solv.

l. 28. pr. D. de pign. act.

l. 65. D. de rei vind.

Das Kloster Michaelstein hat daher durch die Pfandklage rechtlich nicht einmal zur Herausgabe seines Hofes Winningen gelangen können, und wird dadurch zur Evidenz erhoben, daß das ganze Rechtsverhältniß der Verpfändung des Guts in dem Streite über die Vindication desselben erschöpft werden, und die Entscheidung die schon jetzt verhandelten Streitpuncte der Einlösung des verpfändeten Guts umfassen müsse.

§. 37.

Schluss.

Der hohe Gegentheil hat in der noch anhängigen Restitutions=Instanz auf Entbindung von der angestellten Klage angetragen, weil dem Richter vorher die wahren Merkmale des Rechtsstreits noch nicht vorgelegt seien, und durch deren nun=

mehr geschehene Vorlegung die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, sowie jener Antrag begründet werde. Diese Lage der Sache berechtigt den Kläger auch jetzt noch, bis zum Schlusse der Instanz alle Gründe zu seiner Vertheidigung, wenn einige gleich in den vorigen Verhandlungen noch nicht vorgebracht worden, ferner auszuführen. Das Recht der Vertheidigung gegen das Rechtsmittel der Restitution ist ungemessen, und nur durch den Zweck bedingt, daß das Vorbringen für den Ausgang des Streits erheblich sei. Sollte dem hohen Richteramte die schließliche Vertheidigung des Klägers in ihrem ganzen Umfange nur unter der Bedingung der Abstattung des Restitutionsseides zulässig erscheinen, so ist der Kläger zu diesem Eide, so wie überhaupt erbötig, diejenigen von ihm angezogenen Urkunden, deren Beibringung zu den Acten erforderlich befunden werden wird, in glaubhafter Form vorzulegen.

Die vollführte Darstellung dieses Rechtsstreits hat die Wahrheit ergeben, daß das streitige Klostergut Winningen zum Staatsgute des Herzogthums Braunschweig und Lüneburg, und damit zugleich zum Stammgute des Herzoglichen Hauses gehöre, daß dem Veräußerer desselben kein ausschließliches Eigenthum, sondern nur Nießbrauchsrechte zustanden, und die Verwandlung dieser Rechte in freies Eigenthum als eine rechtliche Unmöglichkeit anzuerkennen sei, daß endlich, auch unter Voraussetzung der Gültigkeit der Verpfändung des Klosterguts, in dem anhängigen Rechtsstreite über das dadurch herbeigeführte Rechtsverhältniß unter Anwendung der bemerkten Rechtsgrundsätze zu erkennen sei.

Eine lange Reihe von Jahren, an Reichthum großer Weltereignisse einem Jahrhunderte zu vergleichen, hat den Lauf der Gerechtigkeit in dieser, durch ihre mehr als hundertjährige Dauer ausgezeichneten Rechtsache unterbrochen. Die Dauer der Unterbrechung wird durch das Andenken an die Erschütterung ganzer Reiche und Throne bezeichnet. Auch das Durchlauchtigste Haus Braunschweig blieb nicht verschont von dem Wechsel irdischer Dinge. Aber geschützt durch die Grund-

festen seiner auf altväterlichen Verträgen beruhenden Rechte bewahrte es seine Dauer und seine dem Wohle des Staats gewidmete Kraft, und eben diese Grundfesten des Deutschen Fürstenrechts verleihen dem Ziele dieses Rechtsstreits eine hohe Gewähr. Mag der Gegenstand immerhin von einer minder erheblichen Bedeutung im Verhältnisse zum Ganzen erscheinen; die Regentenpflicht hat die endliche Erledigung desselben gebieten müssen!

Der Antrag des Herzoglichen Cammer-Collegiums ergeht dahin:

mit Verwerfung des gegenseitigen Rechtsmittels der Restitution das Erkenntniß des Kaiserlichen Reichscammergerichts zu Wehlar vom 28. Novbr. 1783 zu bestätigen, und den beklagten Herrn Landgrafen in die Kosten der Restitutions-Instanz zu verurtheilen;

eventuell aber

zu erkennen, daß des Herrn Landgrafen Durchlaucht schuldig sei, zuvörderst den Beweis zu führen:

daß der Graf Königsmark gegen die von dem Fürsten Ludwig zu Anhalt unterm 30. März 1647 ihm ertheilte Cession des Pfandbrieves vom 21. Mai 1623 den Pfandschilling von 36,000 Rthlr. wirklich an denselben gezahlt habe,

worauf über die Herausgabe des Klostersguts Winningen und die Erstattung des Pfandschillings nebst Meliorationen, oder die Compensation desselben mit zu restituirenden Früchten, weiter ergehen solle was Rechtsens.

U n l a g e n.

U n l a g e A.

Von Gottes Gnaden Wir Christian, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Abt des Closters Michaelstein, für Uns, unsere Erben und Nachkommen, Urkunden hiemit öffentlich und thun kund; Als in zerrütteten hochgefährlichen Läuften, da unterschiedliche starke Kriegeß-Heere auf den Weinen und in der Nähe seyn, Wir sowol in Bestallung des Hochgebohrnen Fürsten, Herrn Friedrich Ulrichs zu Braunschweig und Lüneburg, Unseres geliebten Herrn Bruders, als zu Versicherung Unserer selbst eigenen Person, Landen und Leuten, Uns in »starke Kriegeß-Verfassung gestellt«, und zu »Abzahlung desselben Unseres Kriegeßvolks,« auf freundl. Ersuchen, der auch Hochgebohrne Fürst, Herr Ludwig, Fürst zu Anhalt, Graff zu Ascanien, Herr zu Zerbst und Bernburg, Unser freundlich vielgeliebter Vetter, Uns Sechs und Dreißig Tausend, Weyland Kayser Ferdinandi des Ersten und dessen Reichs, im Jahr Ein tausend Fünf Hundert Neun und Fünfzig, aufgerichteten Münz-Ordnung in Skrot und Korn gemäßer Rthlr. fürgeliehen, die Wir auch also baar in Unsre sichere Gewarlam, und zu Unserer Fürstl. Cammer würklich und baar über zugewahlet, für Ausantwortung dieses Unseres Briefes, wol empfangen haben, und Uns demnach der Exception und Fürwands, als daß die baare Auszahlung und Ueberlieferung des Selbes verträget, aber noch nicht würklich und vollständig erfolgt wäre, hiemit gänglich begeben, verziehen und entsagen, daß Wir mit guter zeitlicher Vorbeachtung und weisem Rathe, um solches Unseres Herrn Bruders und Unserer Person, Lande und Leute bestes willen, für obgemelte Sechs und Dreißig Tausend Rthlr. und deren Verzinsung Hochermeltem Fürsten Ludwig und Sr. Edd. Erben und getreuen Briefs-Inhabern, zu einem gewissen und habhaften sichern Unterpfande, verseket, eingeräumt und abgetreten haben, Unsern Klosterhoff zu Winningen, mit allen seinen und denenjenigen Zubehörungen, Nutz, Recht und Gerechtigkeiten, so bishero darbey, oder auch deswe-

gen sonsten genüget, genossen, gebraucht und hergebracht seyn, Allermassen Sie zur Zeit künftig besser genüget, gebraucht, genossen werden können, zusamt darinn befindlichen Fahrnissen, »wie solche vermittelft eines Findbuchs, jetzigen Pachts-Inhabern Hildebrandt Freybergen, Ingangs seines Pachts zum Guths überantwortet seyn,« wie das zu Rechte und üblichen Herkommen nach, zum allerbeständigsten und mildesten geschehen kann und mag, mit diesen fernern gebing und also; weil Wir sowol aus den alten und neuen nach einander erfolgten Berechnungen dieses Guthes, in Pflichtbarer Zinsverwaltung, als auch den Verpachtungen, in fleißiger Erkundigung befunden haben, »daß das Guth Winningen ein mehrers jährlich aufbringen kann, als die Zinse der Sechs und Dreißig Tausend Rthlr. erreichen mögen;« So haben des Herrn Creditoris Edd. sich hinwiederum dahin verpflichtet, daß, wo S. Edd. innerhalb des ersten, zweiten oder dritten Jahrs, jedoch von der Zahlung, auf vorgehende vierteljährigse Lose, Ihr Capital und Zinse »Sechs auf Hundert« an guten Thlr. wie obbeschrieben, wiederum ausgezahlet, und in Dero Hoff-Lager zu Cöthen oder Bernburg erleget würde, daß Sie alsdann schuldig und gehalten seyn wollen, solches anzunehmen, und dagegen das Guth Winningen, ohne einzige Nutzung einzuräumen, und in dem Stande, vermöge eines aufgerichteten *Inventarii*, wie es S. Edd. empfangen, wiederum abzutreten. Da auch oftgedachtes Herrn Creditoris Edd. in dem ersten, andern und dritten Jahre, das Capital, sammt den Zinsen nicht ausgezahlet würden, so wollen Sie immittelft, an statt der Zinse, die Abnützung des Guths genießen, vnd die Uebermaße über die gewöhnliche Zinse dem Kloster Michaelstein abfolgen lassen.

Weil es aber oftgedachtes Herrn Creditoris Liebden ungelegen, in solcher Ungewissenheit der Verzinsung über die bewilligte drey Jahr die Haupt-Summe stehen zu lassen, so haben Sie hiermit per expremum bedinget, welches dann auch von Uns beliebet und zugesaget worden, da innerhalb der drey Jahr, die relutio nicht erfolgen sollte, »daß alsdann Sr. Edd. anstatt der Geld-Zinsen, dies Guth Winningen genießen, auch Ihrem Besten nach gebrauchen, und zu keiner Herausgebung der Uebermaße verbunden seyn sollten und wolten, gestalten Wir Sr. Edd. dasselbe Kraft dieses, wie solches zu rechte und sonsten von Gewohnheit wegen, am besten, beständigsten und gütigsten immer geschehen soll, kann oder mag, zu einer beständigen und gewissen hypothec eingeräumet, verunterspfändet, verschrieben und eingesetzt haben.

Wir haben Uns aber die Lose und reluition des Hofes und Guths Winningen fürbehalten, also, daß, wenn ein Viertel Jahr zuvor, Wir eine beständige Lose thun, und folgendes darauf das Capital sammt

den Zinsen, da dieselbe von denen fructibus nicht decourtiret, abstat-
ten werden, daß Uns dann des Herrn Creditoris Liebden den Hof zu
Winningen, samt allen appertinentien und Inventario, allermassen sol-
ches eingewortet, wieder abtreten sollen und wollen. Da auch in
der Zeit durch Krieger-Verheerungen, Erdbeben oder andere schwere
Zufälle, so sich ohne des Herrn Creditoris Liebden, der mitbeschriebenen
und der Ihrigen Verschuldung und Verschulden, begeben möchten, die
Gebäude, oder die im Findbuche verzeichnete Fahrnüs zu Grunde gin-
gen und verloren würden, daß deren anderweitliche Anbauung und
Ersetzung, als auch andere nützliche Kosten zu Verbesserung des Guts,
so mit Unsern und Unserer Mitbeschriebenen Fürbewußt fürgenommen
und angewandt wären, zum Haupt-Gelde der Sechs und Dreißig Tau-
send Rthlr. geschlagen, mit demselben in einer Summe wieder bezahlt,
und die Ablöse anderergestalt nicht geschehen solle. Immitler Weile
und bis dieselbe rechtmäßiger Weise und vollständig geschehet, sollen
vielerregter Creditor, dessen Erben und getreue Briefes-Inhaber, und
ihre hierzu befehligte Diener befugt sein, dieses Unterpfandes und ob-
erwehnter dessen pertinentien, Nutzung, Gebrauch, Recht und Gerech-
tigkeit in- und außerhalb Rechtes zu erhalten, zu heben und zu verüben;
Wie Wir dann auch aus Landes Fürstl. Macht Ihnen mehrgedachtes
Creditoris Liebden und mitbeschriebenen, die Ober- und Nieder-Ge-
richte auf Unserm Hofe Winningen, dessen Feldmarken und Zubehörun-
gen hiemit concediren, verschreiben und nachgeben, mit der Zusage,
bey Unserm Ehrwürdigen Dom-Capittul Unserer Bischofl. hohen Stiffts-
Kirchen Verfügung zu thun, »daß darüber allerselts der *Con-*
sens von demselben *Capitulariter* ertheilet werden solle.«
Alle Worte, Puncten, clausulen und Article dieses Unseres Briefes ge-
loben Wir, hochermelter Fürst, bey Unsern Fürstl. Ehren, Würden und
wahren Worten, stet, fest und unverbrochen zu halten, renunciiren
und begeben Uns demnach aller und jeder beneficien und Wohlthaten,
Geist und Weltlicher Rechte, indulgen, Constitutionen, Satz- und Ord-
nungen, wie die albereit im H. Röm. Reiche gemacht und aufgerichtet,
oder noch ins Künftige werden könnten und mögten, insonderheit aber
denen *exceptionibus non numeratae pecuniae, doli mali, Simulati*
vel usurarii contractus, rei non sic vel aliter gestae, restitutionis in
integrum, item generalem renunciationem non valere, nisi specialis
praeceperit, auch allen andern Behelfen, Ein- und Widerreden, wie
die Namen haben mögen, tam in genere, quam in specie, nicht an-
ders als wären die und eine jede insonderheit, wörtlich hergesehet, dann
Wir Uns deren allen, jeso als dann und dann als jeso, hiermit kräf-
tig und beständig verziehen thun. Dessen allen zu mehrerer stet- halt-
und Versicherung, damit mehrgedachtes Creditor, Liebden, Dero Er-
ben, Nachkommen und getreuen Briefes-Inhabere um so viel stattlicher

bey allen und jeden, was dieser Contract vermag, und Kraft deshalben Unser und Unser Nachkommen Seits, Fürstl. rühmlich und billig geschiehet, zu allen Vorfällen geachtet und gehandhabet werden mögen; So haben Wir diese Unterpfindung, und Deroselben angeheftete pacta und Gebinge, mit Wissen, Willen und Rath, respve. Hochwürbigen, Hochgebohrnen, Unserer Freundl. Muhmen und Bruders, Fräulein Dorrotheen Sophien, Abtissin der Kayserl. Freyen Stiffts-Kirchen Queblinburg, Herzogin zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, und Herzog Friedrich Ulrichs zu Braunschweig und Lüneb. geschlossen und gethan, auch diesen Brief mit eigen Händen unterschrieben, und Unser Fürstl. Insignul wissentlich daran hangen lassen, der gegeben am 21. May nach Jesu Christi Unsers einigen Erlösers und Seeligmachers Geburth, im 1623sten Jahre

(L. S.)

Christian.

Anlage B.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Ulrich, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, hiemit und in Kraft dieses, für Uns und Unsere Erben, thun kund und bekennen, daß Uns der Hochwürdige und Hochgebohrne Fürst, Herr Christian, Postulirter Bischoff des Stiffts Halberstadt, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Unser sel. Lieber Bruder, mit mehrern freund-brüderlich zu erkennen gegeben, wasgestalt Sr. Edd. mit dem auch Hochgebohrnen Fürsten, Unsern freundlichen lieben Vettern, Schwagern und Brudern, Herrn Ludwig, Fürsten zu Anhalt, Grafen zu Ascanien, Herrn zu Zerbst und Bernburg, um Unsers und Sr. Edd. Klosters Michaelsteins Außhof Winnungen, derogestalt gehandelt, und denselben Sr. Fürst. Ludwigs Edd. gegen Auszahlung Sechs und Dreißig Tausend Rthl. würklich abgetreten und eingeräumt, Immaßen hernach folgende Verschreibung im Buchstaben mit mehrern ausführet:

Von Gottes Gnaden Wir Christian, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Abt des Klosters Michaelstein, für Uns, Unsere Erben und Nachkommen, Urkunden hiermit öffentlich und thun kund (et quae in obligatione usque ad finem sequuntur).

Und dann Uns Unsers freundl. Lieben Bruders Herzog Christians Edd. in solche Verpfänd- und darüber aufgerichtete ob einverleibte Verschreibung zu consentiren und zu verwilligen, freund-brüderlich ersuchet und gebethen; Als haben »Wir die vor Augen schwebende und herein brechende, auch von Tage zu Tage sich häufende große Noth und Gefahr angesehen,« bey Uns reiflich überleget und wohl erwogen, und demnach gebethener maßen in solche

Verpfändung, und darüber aufgerichtete Verschreibung freundbrüderlich verwilliget, consentiren und verwilligen auch darein hiemit und in Kraft dieses, wie solches zu recht und üblicher Gewohnheit, »und androhen der äußerster Gefahr nach,« am kräftigsten und beständigsten immer geschehen soll, kann oder mag, dergestalt und also, daß hochgedachtes Unserß freundl. Lieben Vettern, Schwagern und Brudern, Fürst Ludwigs Ebb. und Dero Erben, angeregten Unserß Closters Aushoff Winningen verschriebenermaßen, bis zu endlicher reuotion und Ablöse, innehaben, genießen und gebrauchen sollen und mügen, Unser und männiglich unverhindert, getreulich und ohn Gefährde; Uhrkundlich haben Wir diesen Consens und Verwilligung mit eigenen Händen unterschrieben, und mit Unserm Daumrinck-Petschaft versiegelt. Geschehen und geben auf Unsern Hause Calvörde, am zwey und zwanzigsten Monaths-Zag May, des Eintausend Sechs Hundert und drey und zwanzigsten Jahrs.

(L. S.)

Friedrich Ulrich.
Bartold von Nautenberg.

Unlage C.

Von Gottes Gnaden Wir Dorothea Sophia, urkunden und bekennen hiemit, daß Uns der Hochwürdige und Hochgebohrne Fürst, Hr. Christian, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Unser frl. lieber Oheim und Schwager, »als Abt des Klosters Michaelstein,« freundlich zu erkennen gegeben, wie Er. Ebb. erfordernder derer Gelegenheit nach, von dem auch Hochgebohrnen Fürsten und Herrn, Herrn Ludewig, Fürsten zu Anhalt, Grafen zu Ascanien, Herrn zu Bernburg und Zerbst zc. Unsern frl. geliebten Vettern 36000 Stück Rthlr. an Schrot und Korn des Heil. Röm. Reichs A^o zc. 1559. aufgerichteter Münz-Ordnung aller Dinge gemäßen Stücken entlehnet, und dargegen, »dem erwehnten Kloster Michaelstein gehörenden Hoff Winningen zu einem Unterpfande verschrieben und eingesezt hätte, alles nach Inhalt darüber aufgerichteten und Uns originaliter vorgelegten Hauptverschreibung, die sich anfähet: Von Gottes Gnaden Wir Christian, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, »Abt des Klosters Michaelstein,« für Uns, Unsere Erben und Nachkommen, Urkunden hiemit öffentlich und thun kund zc. und endet, So geschehen am Zwanzigsten Monaths-Zage Maii nach Jesu Christi Unserß einigen Erlösers und Seligmachers Geburth, im 1623. Jahre zc. mit dem freundl. Ersuchen, daß Wir »als die *ordinaria* und *Collatricin* gedachtes Klosters Michaelstein Unsere Verwilligung und Consens in solcher Verpfändung ertheilen mög-

ten; und Wir Hochermelter Sr. Ebb. hierinnen zu wilfahren, Uns freundlich erkläret; Consentiren und verwilligen auch also in obberührte des Hofes Winningen vorangeedeutete 36000 Rthlr., wie dieselbe in allen Puncten und clausulen die deswegen aufgerichtete obligation besagen thut, Kraft dieses in der aller beständigsten Rechts Form dergestalt, daß des Herrn Creditorn Ebb. sich auf verwilligte Maas an solch ihr Unterpfand, bis dieselbe Ihrer ausgeliehenen Gelber und dahero befugten Ausstandes zur genugsamen Willigkeit abgefunden, zu halten wohl befugt seyn solle, »jedoch daß Sr. Herzog Christians Ebb. Uns dabey beschehenen Fürstl. Versprechen nach, selbst oder auch deren Nachkommen, die Wiedereinlösung des verpfändeten Hofes Winningen hinwiederum forderlichster Gebühr ins Werk richten.« Sonsten unserm Stift solche, auch alle am Kloster Michaelstein zustehende Gerechtigkeit, insonderheit die aus dem verunterpfändeten Hof Winningen demselben jährlich auf Martini gebührende 100 rthlr., item die Erhaltung der Schulen zu Michaelstein und Unsers Stifts darin habenden Zwey Stellen, allenthalben vorbehalten.

Urkundlich haben Wir an diesem Consens-Brief Unser groß Abtey-Siegel hangen lassen, und Uns mit eigenen Händen unterschrieben. So geschehen in Unserm Stift Dueblinburg am 22. Maii A^o rc. 1623.

Anlage D.

Unser freundliche Dienst und was Wir sonsten mehr liebes und gutes vermögen zuvor, Hochgebohrner Fürst, freundlich lieber Dheim, Bruder und Schwager.

Wir geben Ew. Ebben hiemit freundlich zu vernehmen, wasgestalt der Würdiger, Wohlgelahrter, Unser lieber Andächtiger und Getreuer M. Henningius Brosenius, Abt unsers Klosters Michaelstein, sich mittelst der Anlage höchlich beklaget, daß der Aushof Winningen vor Jahren alieniret und zu ermeldetes Klosters merklichen Abgang und Schaden veräußert worden, mit unterthäniger Bitte, ihm die hülfliche Hand zu bieten, damit dem Kloster die restitutio des Hofes, und darauf vorhanden gewesener mobilien, wiederfahren mögte; Nun ist nicht ohne, und Ew. Ebben selbst guter maßen bekandt, auch »vor Jahren von Unsers« fr. lieben Brudern und Gerattern, Herzogen Georgens zu Braunschweig und Lüneburg hochseel. Ebb. »in Schriften remonstriret,« daß angeedeuteter Aushof das fürnehmste Pertinenz mehrbesagten Stifts sey; Wir können auch nicht absehen, wie dem ohne in großen Abgang gerathenen Kloster wieder zu helfen, und die

wenbige Schule zu Unterhaltung und Information der Jugend anzu-
richten, wenn es mit selbigen Pertinenz-Stücke in jetzigen Zustande
verbleiben und Supplicant dessen entzathen sollte. Ersuchen derowegen
E. Ebb. hiemit freundl. »Sie wollen den *alienirten* Aushof,
(zumalen E. Ebb. Forderung, so Sie deswegen *practendi-*
ren, also beschaffen, daß Wir Uns zu derselben nicht ver-
stehen können) ermelbten Kloster Michaelstein, als Unser
Graffschaft Blankenburg unstreitigen *Praelatur*, wieder ab-
folgen lassen und einräumen,« damit dessen Intraden in etwas
wieder zum Aufnehmen gebracht und ad pias causas, dahin Sie von
den lieben Vorfahren und Fundatorn destinirt, angewandt werden,
dessen tragen Wir zu E. Ebb. gute Zuversicht, und sind Deroselben
freundl. Dienste zu erweisen stets willig und geßissen, Datum auf Un-
ser Bestung Jelle den 9. Apr. Anno 1645.

Friederich und Augustus.

An Herrn Ludwigem Fürsten zu Anhalt.

Hochwürdiger, Durchleuchtige, Hochgebohrne Fürsten, Ew. Ew.
Fürstl. Fürstl. Gnaden Gnaden seind mein andächtig Gebeth,
und unterthäniger Gehorsam jederzeit bevor, Gnädige Für-
sten und Herren.

Obzwar wol, nach Antretung Dero von Ew. Ew. Fürstl. Fürstl.
Gn. Gn. mir committirten Abtei zu Michelstein, ich mir nichts höhers
angelegen seyn lassen, als daß Dero Gottseliges und hochrühmliches
Intent (so zur sondern Ehren Gottes des Allerhöchsten und Aufneh-
mung seiner Christlichen Kirchen gerichtet) derogestalt zu Werke gesetzt
werden müge, daß nicht nur zum äußerlichen Schein, sondern vielmehr
das leider iho fast zerfallene Kirch- und Schulwesen, thätig durch flei-
ßige Erziehung seiner Ingeniorum, in etwas wieder aufgerichtet werden
und Ew. Ew. Fürstl. Fürstl. Gn. Gn. darob ein sattsames Gnügen
haben mügen;

So befinde ich doch, nach fleißiger Ueberlegung derer bey ihigen
leider so kümmerlichen Zeiten noch übrigen Kloster-Intraden, daß sel-
bige zur nöthigen Unterhaltung der bloßen noch stehenden Gebäude,
und der unentbehrlichen Kloster-Diener, nicht sufficient, und solches
nicht allein wegen des Abganges, welcher der iho elenden Läufe hal-
ber, allen und jeden Gütern insgemein bezeugnet, sondern fürnehmlich
dahero, daß die Principal-Stücke und Pertinentien dieses Klosters von
fremden besessen und genossen werden. Inmaßen dann Ew. Ew. Fürstl.
Gn. Gn. ich unterthänig vorzutragen nicht unterlassen kann,

daß der Durchleuchtige Hochgebohrne Fürst und Herr, Herr Ludwig, Fürst zu Anhalt, Graf zu Ascanien, Herr zu Zerbst und Bernburg, das Vorwerk Winingen (worinn gleichsam die ganze Substanz, das Herz und Leben dieses Klosters bestehet) nun fast bey 22 Jahren in Händen gehabt und gebrauchet, dem Kloster aber davon den geringsten Heller werth in so langer Zeit nicht zugewandt, mit Vorwendung einer »unkräftigen Hypothek und Verpfändung, als ob sothanes Guth seiner Fürstl. Gn. für eine gewisse Summe Geldes veroppignoriret und verpfändet wäre.

Wann mir aber und dem Kloster von solcher Hypothek ganz nicht wissend, ohne das auch die etwan ausgezahlte Gelder, dafür es verhaftet seyn soll, »im geringsten nicht zu des Klosters Besten verwendet, auch kein gebührllicher Consens über solche oppignoration vorhanden, sondern es an allen *Substantial-Requisitis* dieses vermeineten *Contracts* ermangelt,« und ich also Pflichtes und Gewissens halber diesen Klosterhof länger nicht dahinten lassen kann, in gewisser Zuversicht, es werde vorhochgedachter Herr Ludwig von Anhalt Fürstl. Gn. als ein hochlöblicher, des Verstandes und Erudition halber hochberühmter Fürst, die Qualitaet dieses Guthes und die auf unrechten Gebrauch demselben anhangende schwere execrationes Fürstlich erwägen, nebst dem auch nicht aus der Acht lassen, daß sie dieses Hofes bey guten Zeiten »jährlich über Drey Tausend Fünf Hundert Rthlr. genossen, da sie dennach bey weiten nicht die Hälfte aus dem an ihm selbst nichtigen *Contract* zu *practendiren* gehabt, und also der Forderung halber, so deren einige seyn können, vor voll *contentiret*, auch daß Seine Fürstl. Gn. auf den unverhofften Fall, sie sich hiebey aufhalten, und es zur *Contradiction* gedeihen lassen wolten, sich der *Restitution* des stattlichen *Inventarii* und aller gehobenen Nutzen gar nicht würde entbrechen können, dahero auch diesen Hof dem Kloster länger nicht vor-
enthalten.«

Solches demnach desto eher zu erhalten, so gelanget an Ew. Ew. Fürstl. Fürstl. Gn. Gn. mein unterthänigst, hochfleißiges Bitten, die hierunter militirende Umstände Er. Fürstl. Gn. Ludwig, Fürsten zu Anhalt, beweglich zu Gemüthe zu führen, und zu gütiger Restitution sowol dieses Hofes als vom Kloster selbst laut der Beilage, ohne den »geringsten *Praetext* weggenommener Mobilien (dahero der ihige erbärmliche *Ruin* des Klosters gründlich rühren thut) zu bewegen, oder da solches unverfänglich seyn würde, mir ferner mit Dero hochansehnlichen *Respect* um Hülfe in Herbeibringung mehr berührter, kraft *com-*
titirender Landesfürstlicher Hoheit und *jurium episcop-*

zu assistiren und beizuspringen.« Wegen Ew. Ew. Fürstl. Fürstl. Gn. Gn. bin ich solches mit einem eifigen Gebeth für Dero Fürstl. Wohlergehen und ganzen Landes Wohlfahrt zu erwiedern willig und geflissen.

Ew. Ew. Fürstl. Fürstl. Gn. Gn.

Braunschweig,
den 22. Februar A. 1645.

unterthäniger und gehorsamer
M. Henningus Brosenius,
Abt zu Michaelstein, mpp.

Unlage E.

Unsere freundl. Dienste ic.

Ew. Liebden wird annoch freundlich eingedenk seyn, was Wir an Dieselbe, auf des Abts Unsers Klosters Michaelstein, Ehrn Mag. Henningii Brosenii unterthäniges Ansuchen, wegen Abfolg- und Wieder- einräumung des von gedachtem Kloster Michaelstein vor Jahren ver- äußerten Aushofes Winningen, in Schriften gelangen und wohin E. Ebd. sich darauf hinwieder vernehmen lassen. Nun erachten Wir un- vonnöthen, die von E. Ebd., zu Behauptung Ihrer an besagtem Aus- hofe Winningen angegebene Forderung, länglich angeführte ratio- nen in disputat zu ziehen, besondern lassen Wir dieselbe allerding auf ihnen selbst beruhen, und halten gänzlich »dafür, wann dieselbe wohl erwogen, daß sie zu E. Ebd. *Intention* nicht zurei- chen, noch zu deren Behauptung ihr zu statlen kommen werden, und befinden Wir den Grund dieser Sache der- gestalt beschaffen, daß so wenig dem Kloster Michaelstein die *agnition* und Abtrag Dero von E. Ebd. angegebener Forderung anzumuthen oder aufzubürden, als Wir Gewissens und tragenden Landesfürstl. Amts halber ge- meldtem Kloster zu Wiederlangung des Seinigen es ei- nigergestalt entziehen, vielweniger in ein widriges *con- sentiren*« können; Ersuchen demnach E. Ebd. freundlich hiemit nochmals, Sie wolle uns nicht verdenken, daß Wir herzlich gerne E. Ebd., wie in alle Wege an die Hand zu gehen und zu willfahren ge- neigt, also dennoch solches in diesem Fall gar nicht zu thun vermögen, derowegen auch sich hierunter begreifen und vorbenannten Aushof Win- ningen gemelbten Unserm Kloster Michaelstein, ohne weitem »Aufent- halt hinwieder abfolgen und einräumen lassen,« und da- durch die restauration der durch Abgang dieses Hofes zerfallenen Kir- chen, Schulen und Gottesdienstes befördern, Sich aber von dem schwe- ren hievon dependirenden, E. Ebd. Dero hohen Verstande nach, selbst verstandten Inconvenientien entbrechen. Wir sind uns dessen zu

Erw. Edd. gänzlich versehen, und sind Deroselben freundschaftliche Dienste zu erweisen willig. Datum am 8. Septembr. 1645.

Friederich und Augustus.

An Fürst Rudwigen zu Anhalt.

Anlage F.

Unsere freundl. Dienste ic.

Erw. Erw. Edden Edden werden Unserẽ mehrmalige vom 6. Decembris nächst abgewichenen Jahrs abgegangene Antwort, wegen des Hofes Winningen, verhoffentlich empfangen und im besten vermerkt haben, daß Wir zu der Zeit und so balde zu hauptsächlicher Beantwortung nicht gelangen können; Nachdem und da sie von Uns etwas Zeit gelassen worden, nicht allein für uns selbst die diesfalls vorhandene Acta und Urkunden aufs neue zu erwegen, sondern auch mit Unsern hohen nahen Anverwandten darüber zu communiciren, und sowol bey Denselben, als auch ehlichen Rechtsverständigen Uns Einraths zu erholen, sintemal Uns nichts mehr anlieget, als daß Wir Uns hierunter den Rechten und der Billigkeit nach, durchaus, und insonderheit gegen Erw. Erw. Edden Edden, als Unsere hohe und sehr werthe Anverwandten, ganz unverweisklich bezeigen mögen, so könnten Wir zwar Denselben nach der Länge bewegliche Ursachen vorstellen, warum Wir auch, wann schon einig und allein dem stricto juri nachgegangen werden sollte, ohne billig mäßige Abfind- und Wiedererstattung von bemeldtem Hofe Winningen, den Wir von solcher langen Zeit durch rechtmäßig Titul an Uns bracht, und im geruhigen Besiz, zumal »was das hochlöbliche Haus Braunschweig betrifft,« bishero gehabt und noch haben, nicht zu verdringen noch Uns anzumuthen, daß Wir so gar mit leeren Händen davon scheiden sollten, allein Wir befinden in mehreren Nachdenken, daß in allerhand Considerationen und mit einlaufenden Umständen willen, die Sache durch Schriftwechselung nicht wohl zu handeln, noch zu erheben, insonderheit Wir dieselbige auf einen billigen und gütlichen Weg zu richten, den Wir dem Wege Rechts, der nahen Anverwandniß und des hohen Respects halber, so Wir zu Erw. Erw. Edden Edden haben, billig fürsehen, und haben derowegen Unsers Theils gehalten, daß eine mündliche Conferenz hiezu viel besser und bequemer fallen würde. Wann Wir dann darbey in der gewissen Zuversicht zu Erw. Erw. Edd. Edd. begriffen sind, es werde Denselben nicht weniger als Uns, zumal bei Unsern allseits durch Gottes Gnade erlangten hohen Alter, der Weg einer gütlichen Hinlegung gefallen und angenehm seyn, Sie auch benebst Uns es dahin achten, daß, aus diesen Sachen desto süglicher und ehender zu kommen, was ein fürnehmer

wandter Fürst, durch seine interposition einem Theile sowol als dem andern, nach Erfordern billigmäßige Weisung thäte; So ersuchen Wir Ew. Ew. Edden Edden hiemit freundlich, Sie wollen sich an ihrem hohen Orthe zu diesem gütlichen Wege auch freundlich verstehen, und da ihnen derselbe beliebig, Uns nicht allein in Zeiten den Ort und die Zeit, wann solche gütliche Handlung anzutreten, wissen lassen, sondern auch auf einen hohen Interponenten Ihre Gedanken wenden, und dieselbe Uns gleichergestalt eröffnen; An Unsern Ort würden Wir es gar gerne geschehen lassen, und auch auf Ew. Ew. Edden Edden mit einstimmen des freundl. Belieben, darum gebührende Ansuchung mit thun, wann der Hochgebohrne Fürst, Herr Friederich, Erbe zu Norrwegen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormar und der Dittmarsche; Graff zu Oldenburg und Dellmenhorst 2c, Unser freundlich lieber Oheim und Schwager sich mit solcher Mühwaltung wollte beladen lassen; Immaßen Wir dann zu Sr. Liebden das feste Vertrauen haben, Sie werden Ew. Ew. Edden Edden und Uns zu freundl. Gefallen, dieselbe, auf geschehenes Ersuchen, gerne über sich nehmen. Wir leben der gänzlichen Hoffnung, es werde solchermaßen dem Werke am süglichsten und ehesten, auch wol alsobald auf einmal zu helfen seyn, auch ein solches Mittel viel besser zu Werke stellen und verantworten lassen, als wann einige Weiterung hierdurch verursacht werden sollte, darzu Wir Unsers Theils ganz und gar kein Belieben tragen; Wie dann Ew. Ew. Edden Edden hohe Christl. und wichtige actiones es bishero genugsam an den Tag gelegt, daß Sie allezeit die Güte und Willigkeit allen andern considerationen vorgezogen haben, welches Sie anjeho Unsern hohen Vertrauen nach, eben so gerne auch thun werden, und verbleiben Ew. Ew. Edden Edden zu angenehmen Diensten stets willig. Geben Rödthen am 18. Febr. Anno 1646.

Ludewig, Fürst zu Anhalt.

An Herrn Friedrichen und Herrn
Augusten, resp. Gevettern,
Herzogen zu Braunschw. und
Lüneb. 2c.

Unlage G.

Von Gottes Gnaden Wir L u d w i g, Fürst zu Anhalt, Graf zu Ascanien, Herr zu Bernburg und Zerbst, für Uns, Unsere Erben und Nachkommen, urkunden und bekennen hiemit, demnach von dem Weyland Hochwürdigem und Hochgebohrnen Fürsten, Herrn Christian, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, auch zu der Zeit »Abtes des Klosters Michaelstein,« Uns in verwichener Zeit, »der

zu bemeldtem Kloster gehörige Aushoff Winningen,“ gegen eine von Uns baar ausgezahlte namhafte Summe Geldes, zu einem gewissen und habhaften sichern Unterpfande, mit Einwilligung und Consens beydes des damaligen Regierenden Herzogen, Herrn Friedrich Ulrichs, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, als auch der Frau Abtissin zu Quedlinburg, als Collatricin 2c. eingeräumt und abgetreten, besage darüber ausgestellter Verschreibung, so sich anfähet: Von Gottes Gnaden Wir Christian, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, und sich endet, gegeben am 21sten Monaths-Tage Maii, nach Jesu Christi Unseres einigen Erlösers und Seligmachers Geburth im 1623sten Jahre 2c. Und aber Unsere Gelegenheit nicht länger leiden wollen, bemelten Hoff solchergestalt weiter an uns zu behalten, daß Wir dießemnach dem Herrn General Hans Christoph von Rönigsmark, dessen Erben und Erbnehmen, gegen baare Auszahlung Unserer daran bekräftigten Summe der Sechs und Dreißig Tausend Rthlr., so Uns von bemelten Herrn General, kraft gegenwärtiger dieser darüber in bester Form Rechtens ausgestellter Quittung, wirklich ausgezahlt, und zu Unserer Cammer gelanget, neben Ausstellung obgedachter Verschreibung und Consense, alle Unsere Rechte und Anspruch, so Uns an besagten Hoff Winningen, vermöge obberührter Verschreibung, eingeräumt und zugestanden, hinwieder cediret und abgetreten, zugleich auch in wirkliche Possession solches Hofes, doch in dem Zustande, wie derselbe gegenwärtig befindlich, „auch dießseits ohne Gewehrs-Leistung gesetzt haben.“ Wir cediren und überlassen auch wolgedachtem Herrn General, dessen Erben und Erbnehmen, mehrberührten Hoff Winnigen, sammt allen Unsern daran habenden Rechten kraft dieses nochmals hiemit, auf Maße und Weise, wie solches zu recht am kräftigsten geschehen kann, mag und soll, solchergestalt und also, daß Er und dessen Mitbeschriebene in Unser Recht treten, und solchen Hof, sammt allen seinen Zubehörungen, Nutzen und Gerechtigkeiten, allermassen Wir bishero denselben in Besiß gehabt, hinführo besitzen und genießen möge; Immassen Wir Uns nunmehr alles Ans- und Anspruchs zu demselben hiemit gänzlich begeben und „Unsere jura, so wol auch alle die zeithero aufgeschwollene retardaten, auf den Hrn. General und die Seinigen, omni meliori modo, transferiret haben wollen, auch hiemit nochmals transferiren thun, mit ausdrücklicher Verzeihung aller Exceptionen und Behelfe, insonderheit vis, metus, doli mali, simulati vel „*usurarii Contractus*,“ *restitutionis in integrum*, *laesionis enormissimae* und dergleichen, wie dieselbe erdacht und Namen haben mögen, tam in genere quam in specie, als deren allen jezo als dann, und dann als jezo, Wir Uns kräftig und beständig verzeihen und begeben thun. Zu dem Urkund haben Wir diese Cession eigenhändig unterschrieben, und

unserm Fürstl. Insiegel befestiget. So geschehen am 30sten Martii im Jahr 1647.

(LS.)

Fürst Ludwig von Anhalt.

Anlage H.

Von Gottes Gnaden Wir Augustus, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, hiemit und in kraft dieses, für Uns und unsere Erben männiglich, thun kund und bekennen, daß Uns der Wohl Ebler und Gestrenger, Unser besonders lieber Herr, Hans Christoph von Königsmark, der Königl. Schwed. und Cron Schweden Geheimter Krieger-Rath, Dero Cavallerie in Teutschland General und General Gouverneur des Westphälischen Crenses, zu erkennen gegeben, wie er mit dem Hochgebohrnen Herrn Ludwig, Fürsten zu Anhalt, Grafen zu Ascanien, Herrn zu Bernburg und Zerbst, Unsern freundl. lieben Oheim und Schwagern, umb »dessen auf Unsers Klosters Michaelstein,« mit behuesigen Consensen, Sechs und Dreyßig Tausend stücke, ausgezahlter Species-Thlr. an sich erhandelt, und die darüber versprechende Haupt-Verschreibung, Ihn, dem Herrn General, vor sich und seine Erben, wie Er Uns vorgezeiget, wirklich abgetreten und eingeräumet, immaßen solche hiernach folgende Verschreibung, im Buchstaben mit mehrern ausführet:

Von Gottes Gnaden Wir Christian, 2c.

Und dann Uns wolgemelter Herr General inständig angelanget, Wir wegen Unserer. Landes-Fürstl. Hoheit und interesse am gedachten Kloster Michaelstein, und dessen zugehörigen Hofe Winningen, nicht allein in selbige Verschreibung und Cession, über vorgemeltes Capital der Sechs und Dreyßig Tausend Species-Thlr., sondern auch, weil gesagter Hof viel Jahr hero ganz öde und wüste gestanden, und so wenig an Gebäuden und Vieh und anderer Nothwendigkeit und Besserung das geringste darauf vorhanden gewesen, immaßen das hierüber aufgerichtete Inventarium solches mit mehrern bezeuget, dahero dessen Wiederanbau ein hohes erfordern wird, auch über die hier verwenbete *meliorationes* zu consentiren und zu verwilligen gnädigt geruhen mögten, daß wir diesemnach, »ob gleich sonst sonthane Schuld Fürst Ludwigs zu Anhalt Edd. Wir zu verconsentiren nicht gemeinet gewesen, dem Herrn General von Königsmark zu sonderbarer Gunst und Gefallen, aus wahren erheblichen, Uns darzu bewegenden Ursachen, (jedoch daß Uns hochgedacht Unsers Bettern Herrn Christians,

Bischoffe zu Halberstadt geführte *actionen*, worzu diese geborgte Gelder mit angewendet seyn sollen, keinesweges theilhaft machen, weniger dessen, oder auch weyl. Unsers Vettern, Herzog Friderich Ulrichs zu Braunschweig und Lüneburg Hochseel. Andenkens, nachgelassene Schuld, es möge solche aus *Consensen*, oder eigenen *obligationen* herrühren, *agnosciren*, sondern Wir damit durchaus nicht zu schaffen, oder diese *obligation* darin *agnosciret* haben wollen, weswegen Wir Uns hiemit zum bündigsten verwahren,) « Unsern Consens ertheilet und gegeben haben, consentiren und verwilligen darauf, »so weit sich unsere Hoheit und *jura*, welche Wir jeso zur Hälfte an des Klosters Michaelsteins Hofe Winningen noch zur Zeit haben, erstrecken,« in obgemeltes Capital der 36000 Species Rthlr., wie auch alle und jede *meliorationes*, welche gedachter Herr General, Hans Christoph von Königsmark, an den Hof Winnigen verwenden wird, sie haben Namen, wie sie wollen, gestalt solches alles dann die Collation des jetzigen Inventarii mit der, alsdann befindlichen Bewandniß des Hofes, wirklich für Augen stellen wird, in der besten und beständigsten Form, wie solches von Recht und Gewohnheits wegen, an Kräfft- und beständigsten, immer geschehen sollte, könnte oder mögte, also und dergestalt, daß mehrgemelter Herr General, Hans Christoph von Königsmark, für obberührtes Capital der 36000 Rthlr., als eine rechtmäßige Schuld, den Hof Winningen *jure antichretico*, mit allen seinen pertinentien frey und ungehindert, oder auch sonsten mit keinen Schulden oder Beschwerungen belegt, besitzen, nießen und gebrauchen, auch dem Kloster Michaelstein zu Unterhaltung dessen Schulen oder sonsten weder von verfloßener noch künftiger Zeit, nichts überall heraus zu geben, sondern mehrbesagten Hof Winningen für sich und die Seinigen, auch den oder diejenigen, welchen der Herr General oder dessen Erben Ihre *jura* rechtmäßig, ehe und mit »Unserm Vorwissen abtreten würden,« mit allen pertinentien so lange besitzen, genießen und gebrauchen, und davon ehe zu weichen nicht gedungen werden, noch schuldig, sondern sich so lange an gedachten Hof Winningen zu halten befugt und berechtigt seyn sollen, bis Sie ihres Capitals, der 36000 Species Rthlr., sammt allen *meliorationen*, Bau- und Besserungs-Kosten, baar und vor voll, in einer unzertheilten Summa, nach einer halbjährigen vorher intimirten Lose, wirklich abgefunden und bezahlt seyn; Wir haben auch ihm, dem Herrn General Fürstl. versprochen und zugesaget, »daß kein Abt dem Kloster Michaelstein soll vorgesezt werden, er habe denn zuers des Herrn General von Königsmark an Winningen wohl erlangte *jura*, oder was ihm oder den Seinigen da

verschrieben, für genehm zu halten *promittiret* und angelobet.« Weil auch in obgedachter Obligation mehrhochgemeldtes Unsers Wettern, Herzogen Christians Edd. in qualität eines Bischoffs zu Halberstadt, die hohe und nieder Gerichte über den Hof Winnungen, mit *Consens* ihres Duhm-Capittuls« verschrieben, darüber aber, wie auch alle andere præstationes, so von Bischoflich Halberstädtisch hohen Landes-Fürstl. Obrigkeit über den Hof Winnungen dependiren, Wir zu disponiren gar nicht befugt, auch Uns darzu nicht verbinden können; So wird gedachter Herr General, Hans Christoph von Königsmark solcher Gerichte, wie auch territorial-præstationen halber, sich bey dem Stift Halberstadt, ohne einige Unsere Verbindlichkeit zu bewerben haben. Und weil Wir der Abtissin zu Quedlinburg, obschon dieselbe die Collation der Abtey auf gewisse Maaß zu thun von Uns nicht gestritten wird, dennoch eine disposition über die Güther Unsers Klosters Michaelstein, weniger über diesen Hof Winnungen und davon jährlich geforderte Einhundert Rthlr. ganz nicht gestehen, auch nicht geschehen lassen können, daß gethane Einhundert Rthlr. ausbezahlet werden, unangesehen, daß Fürst Ludwig zu Anhalt Liebden etwan solches, ohne Vorwissen, Consens und Bewilligung Unsers Fürstl. Hauses gethan haben mag, da demnach die vorberührte obligation Sr. Edd. darzu keinesweges verbunden, Deroselben facta aber Uns und gedachtem Unserm Kloster nicht præjudiciren können, auch was von verfloßenen Jahren von Sr. Edd. die Abtissin und Stift Quedlinburg etwa zu prætendiren Unser Kloster Michaelstein oder dessen Hof Winnungen ganz nicht afficiret, sondern auf alle eventus solchen prætendiren, von Uns keinesweges gestandenen Nachrest von Sr. Edd. zu fordern; So soll im Namen Unsers Klosters, so viel die künftige Zeit und von nun an betrifft, der Abtissin zu Quedlinburg oder Dero Stift auf deren Zuspruch geantwortet werden, und im Fall an Seiten des Stifts Quedlinburg über Zuversicht ausgeführet werden sollte, daß die geforderte 100 Rthlr. von Altershero von dem Hofe Winnungen gezahlet werden müssen, wollen Wir deshalb, so weit sich unser jetziges Interesse an dem Kloster Michaelstein betrifft, nemlich zur Hälfte, gedachten Hans Christoph von Königsmark und die Seinigen, von allen Zuspruch des Stifts Quedlinburg erlebigen, »und aus unsern Antheil *intradem* Unserer Graffschaft Blankenburg zahlen lassen.« Wann es auch bey künftiger Unser Vergleichung mit des Hochwürbigen Tit. Herzog Friederichs Edd. dahin fallen würde, daß wir die Graffschaft Blankenburg, und also zugleich die Landes-Fürstl. jura über das Kloster Michaelstein allein behielten, wollen Wir diesen gegenwärtigen auf Unsere jetzige jura und interesse dem Kloster Michaelstein restringirten Consens auch dahin extendiren haben, daß dieselbe alsdann nicht allein auf die Hälfte, sondern

die ganze Summe der Schuldforderung und meliorationen verstanden und es dafür gehalten werden soll, als wann derselbe jeko gänglich oder vorertheilet worden; Alles getreulich und ohne Gefährde, wollen auch, und die Unstige sollen über diesen allen, was verschrieben und verconsentiret, Fürstl. steif und fest, sonder einigen Abbruch halten. Urfundl. haben wir diesen Consens- und Verwilligungs-Brief mit eigenen Händen unterschrieben, und mit Unserm Fürstl. Insiegul denselben wissentlich befestigen lassen; So geschehen und gegeben auf Unser Vestung Wolfenbüttel, am 1sten Maii 1647. Augustus.

Unlage I.

Von Gottes Gnaden Wir Anna Sophia Pfalzgräffin bey Rhein, Herzogin in Bayern, des Kaiserlichen freyen Weltlichen Stiffts Quedlinburg Abtissin Gräffin zue Delbenig vnd Spanheimb 2c. vor Uns vnd Unsere Nachkommen am Stift hiermit urkunden vnd bekennen, demnach der weylands Ehrwürdiger vnd Wohlgelahrter Unser lieber Undächtiger vnd Getreuer Err M. Henningus Brosenius, confirmirter Abt des Closters Michaelsteins 2c. Nach dem unwandelbaren Willen Gottes des Allmächtigen vorschienere Zeit mit Tode abgangen, vnd durch desselben Absterben erwehnte Abtey Michaelstein vnd deren ein vnd zu Behorung von ihm an Uns verlehiget worden; Vnd nun das Jus nominandi et praesentandi Abbatem dem Hochgebohrnen Fürsten, Unsern freundlichen lieben Dheimen 2c. Herrn Augusto, Herzogen zu Braunschweig vnd Lüneburg Ihr. Edd. Erben vnd Nachkommen, als jehigen ordentlichen Successori vnd Nachfolger an der Graffschaft Blankenburg vnd Reinstein, vnd folgendes Patronen ermeltes Closters vermöge vnd Innhalts von dem Fürstlichen Hause Braunschweig vnd Lüneburg außgebrachten vnd von der Röm. Kayßerl Mayt. confirmirten Juris Patronatus vnd darauf von Jahren zue Jahren ferner zwischen Unsern Stift vnd dem Gräfflichen Hause Blankenburg vnd Reinstein aufgerichteter Verträge mit vollkommenen Rechten zuestehet. Als hat Hochgedachtes Herrn Augusti Edd. Uns. der Abtissin, als der unzweifelichen Obrigkeit vnd Collatricinn der Abtey vnd Closters Michaelsteins den Würdigen vnd Wohlgelahrten Unsern lieben Undächtigen vnd Getreuen Errn M. Johannem Herweg, Hofpredigern vnd Superintendenten der Graffschaft Blankenburg, zue einem Abte in Kraft angebedutes juris Patronatus hiernächst anderweit nominiret, vnd heut dato durch Ihr. Edd. Abgeordneten praesentiret, mitt freuntlicher Bitt, Ihr. Edd. nomination vnd Praesentation freuntlich zuezulassen, gedachten M. Herweg zum neuen Abte hinwieder

zuebestetigen, vnd darauf gewöhnliche satzfahme Institution vnnb Investituram zuegebenn, Welcher niemlichen zue Gottes des Almächtigen Lob, Ehre vnd Vermehrung des Gottesdienstes angesehenen Bitte, Wir deseriret vnd darauf die nomination vnd praesentation geschehener maßen zugelassen vnd bestetiget, Lassen zue vnd bestetigen dieselbe inn vnd mit Kraft dieses Briffes, vnd instituiren demnach zum Abt vnd investiren mit der Abtey Michaelstein ermeldten M. Johannem Herweg, Reichen, Leihen vnd geben auch denselben alle Würden, Herrlichkeiten, Freyheiten, Recht vnd Gerechtigkeiten, liegende vnd fahrende Güther, Zinse, Renthe vnnb Gefälle, wie die Rahmen vnd Wir zue verleihen haben, vnnb dem Closter Michaelstein zuestendig seindt, dieselben geruhiglichen besizen, zuenützen vnd zuegebrauchen, wie einen frommen Christlichen *Praelaten* das eigenet vnd gebühret, Jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß er Uns vnd Unsern Nachkommen an der Kaiserlichen freyen Weltlichen Abtey Quedlinburg gebürliche Pflicht thue, vnd Revers-Briefe, wie alters Herkommen vnd obangeregte zwischen dem Stift Quedlinburg vnd den Graffen zue Rheinstein vnd Blankenburg auch hiernächst dem Fürstl. Hause zu Braunschweig vnd Lüneburg aufgerichtete Verträge ausweisen, gebenn, vnd sich verpflichten solle, das er sich, wie von Alters Herkommen gegen Uns vnd Unsere Nachkommen erzeigen vnd deren Verträgen gemeeß verhalten wolle, Es soll auch mehrbesagter M. Johannes Herweg das Closter Michaelstein vnd die darin angerichte Schule, bey Ehren vnd Würden erhalten, vnd davon ohne Unser Vorwissen vnd Bewilligung nichts veralieniren oder sonsten Beschwern auff keinerley Weiße, Vndt so an der nomination, Praesentation, darauf erfolgten confirmation, Institution vnd Investitur, etwas das sich zue recht gebühret, nachgelassen oder mangelhaftig sein sollte, So thuen Wir dasselbe hiermit wissentlich aufs beständigste vnd aus Macht an vnd über dem Closter Michaelstein habender Gewalt vnd Hochheit, ersezen vnd erfüllen, alles aufs Bestendigste, wie sich das zurecht eignet vnd gebüret, Jedoch dem Churfürstl. Sächsischen Hause vnd ighen Regierenden Chur-Fürsten zue Sachsen an dessen Edd. Erbvogtey vnd Unserm Stift Quedlinburg ohne Schaden, Dessenn zue Vhrkunde vnnb wahrer Wissenschaft haben Wir Unser Abtey-Innsiegel an diesen Brieff hangen lassen, vnd Uns mit eigenen Handen unterschrieben, Gebenn auf Unserm Stiftshause Quedlinburg am Ein vnd zwanzigsten Monats-Tage Marty im Ein tausend Sechs Hundert vnd drey vnd fünfzigsten Jahr.

(L. S.)

Anlage K.

Hochwohlgebohrner Graf, Gnädiger Herr,

Erw. Hochgräfl. Excellenz mit diesem Schreiben aufzuwarten, er-
 fähnet uns eines Theils die ungefärbte gnädige affection und Wohl-
 gewogenheit, womit Dieselbe zu ihrem unsterblichen Nachruhm, allen
 der reinen unveränderten Augspurgischen Confession mit Herz und
 Mund zugethanen Religiösen Verschnen, und also auch uns geneiget,
 andern theils die theure Pflicht, womit Wir dem auf unsere Seele
 anvertrauten armen Closter Michaelstein verwandt, und können daher
 Gewissens halber nicht umhin, Erw. Hochgräfl. Excellenz in tiefester
 Beehrung unterthänig zu Gemüthe zu führen, wird auch ohnedas in
 Dero gnädigen unabfälligen Andenken beruhen, wasgestalt weyland
 Herzog Christian der Jünger zu Braunschweig und Lüneburg,
 hochseligen Andenkens, den im Fürstenthum Halberstadt unsern Wärs-
 leben gelegenen Michaelsteinischen Closterhof Winningen vor Jahren
 versehet, und Erw. Hochgräfl. Excell. aus Fürstl. »Anhaltischer Hand
 denselben mit tausend Ducaten acquiriret, und bishero genossen.

Hergegen klaren Geist- und Weltlichen Rechtsens, daß die Güt-
 ther, so zu Gottes Ehr und milden Sachen einmal gewidmet,
 den Menschlichen Gewerbe und Handlungen gar nicht unterworfen,
 noch mit gutem Gewissen und Bestande zur Weltlichkeit wieder veräu-
 ßert, und im Falle sie dazu veräußert, die anlebende Flüche, wenn sie
 gleich in die tausende Hand gerathen, eher und zuvor nicht getilget
 werden können, bis die alienata restituiret und Gott wieder gegeben
 wird, was Gottes ist, gestalt auch denn die Historien der Exempel
 voll, daß alle diejenigen, so geistliche Güter zur Ungebühr an sich ge-
 zogen, dabey so wenig Seegen und Gebeyen gehabt, daß sie, gleich den
 Adlers-Febern, auch die Güther, die sonst mit gutem Titul gewonnen
 und errungen, consumiret und verzehret haben.

Gleichwie nun unsere in Gott ruhende Vorfahren angeregten Hof
 Winningen, mit allen Zubehörungen, zu Gottes Ehr und milden Sa-
 chen des uns anvertrauten Closters Michaelsteins, vor ehlichen Seculis,
 aus Gottseliger devotion, mittelst angehängter erschrecklichen Flüche be-
 ständig gewidmet, aber hochermeldten Herzogen Christians Fürstl.
 Gnaden, hochpreßlicher Memoriae, denselben an hochgedachten Fürsten
 von Anhalt Fürstl. Gnaden, Christmilber Gedächtniß, zur höchsten Un-
 gebühr verpfändet, und die Pfand-Summe nicht zu des armen Clo-
 sters Noth und Noth, sondern zu dem im Schwang gangenen Werth
 gen, entgegen und wider die Kayserliche Majest. und das Heil. Röm-
 sche Reich, angewendet und dadurch das Closter, so vorhin ein

liche weitberühmte officin und Werkstatt des Heiligen Geistes und der freyen Künste und Sprachen war, zur Wüsteney und bloßen Steinhäufen worden, auch so lange der Hof Winningen, als dessen vornehmste Pertinenz und gleichsam dessen Herz, nicht herbey gebracht wird, sich durchaus nicht wieder erheben noch das zerfallene Schulwesen anrichten kann.

Und Ew. Hochgräfl. Excellenz des Christlichen heroischen Gemüths, daß Sie Gottes Ehr, und des armen Closters Aufnahme vielmehr befördern dann behindern werden, Dieselbe auch von der himmlischen Güthe mit zeitlichen Güthern so reichlich gesegnet, daß Sie dieses geistlichen Gütleins, worauf des Closters Aufnahme oder Grundverderb, und der studirenden Jugend Wohl und Wehe beruhet, ganz und gar nicht bedürfen; So bedarf auch bey Ew. Hochgräfl. hoher Begabniß keines Erinnerns, wie so gar die zeitlichen Güther, bevorab bey diesen sorgsamen Käuften, dem wandelbaren Glück untergeben, und wie leicht dieses Guth, so wol Ew. Hochgräfl. Excellenz zu Nachtheil, als dem Kloster zu unwiederbringlichen Praejudiz und Schaden, in eines tertii Hand gerathen könnte.

Also ergeheth dem allen nach an Ew. Hochgräfl. Excellenz hiemit Unsere unterthänige und durch Gott flehentliche Bitte, Dieselbe wollen gnädig geruhen, angeführte rationes auf die Waageschale Ihres Hochgräfl. Herzens legen, Dieselbe reiflich erwägen und dem armen Kloster seinen »Hof Winningen, wo nicht *intuitu* des vieljährigen Genießes ohn Entgeld, doch gegen baare Erstattung der dem Fürsten von Anhalt von Ew. Hochgräfl. Excellenz gezeigten Beliebnis von 2000 Thlr., in Gnaden forderlichst restituiren und, zu bequämer gütlicher Unterhandlung, Herrn Hauptmann Windelstein und Herrn Commissario Schmieden zureichende Commission ertheilen.

Ew. Hochgräfl. Excellenz 1) leiden darunter auf die Maasse nicht den geringsten Schaden, und haben hingegen den übergroßen vielfältigen Gewinn, daß Sie 2) Gottes Ehr dadurch befördern, 3) Ihr Gewissen exoneriren, 4) das arme Kloster, welches sonst, mit innigen Seufzen und heißen Zähren manches feinen Ingenii, in Grund verborben bleibt, aus seinen ruderibus wieder erheben, 5) Ihren hohen Nachruhm durch solche Milde nicht weniger, als durch Ihre Heldenthaten in aller Welt immortalisiren, wie wir dann 6) an Unserm Orth daran seyn wollen, daß Ew. Hochgräfl. Excellenz bey dem Kloster ein monumentum perpetuae memoriae gestiftet, diese übergroße Wohlthat von der lieben Posteritaet, so lange deren einige seyn wird, ewiger Dankbarkeit beehret, und von dem sämtlichen Convent und studirenden Jugend für Ew. Hochgräfl. Excellenz Erlebigung und Hochgräfl. Stamms Flor und Wachsthum inbrünstig gebe-

ten werden soll, und 7) die Göttliche Majestät, zu dero Ehr und Lehr dieses einig und allein anzielet, wird gewiß mit dero väterlichen Gnaden-Hand über Ew. Hochgräfl. Excellenz und Dero ganzes Hochgräflichen Haus walten, und sothane munificenz und Hochgräfliche Milde von oben herab reichlich ersehen; Immaßen der väterlichen Gnadenhut Ew. Hochgräfl. Excellenz, zu aller selbst wählenden Hochgräfl. Glückseligkeit, und Ew. Hochgräfl. Excellenz beharrlichen Hulde wir uns und das uns so hoch anvertraute arme Kloster Michaelstein zu gnädiger Resolution unterthänig anheim geben, als die wir unter Christi Schuß Lebenslang beharren

Ew. Hochgräfl. Excellenz

Gegeben in dem Convent des Klosters

Michaelstein am 11. Jan. 1660.

unterthänigste gebethwilligste

Abt, Prior, Subprior und ganzer
Convent des armen Klosters
Michaelstein.

Herrn Hans Christoph Königsmark,
Grafen zu Westerwieß und Stege-
holm, Herrn zu Rotenburg und
Neuhaus, der Königl. Majest. zu
Schweden Gouverneurn des Her-
zogthums Bremen &c.

Anlage L.

Durchlauchtigster Fürst, Gnädigster Herr!

Aus Ew. Fürstl. Durchl. gnädigsten rescript unterm 8. hujus haben Wir in unterthänigster Beehrung wahrgenommen, was maßen der Herr Graf, Hans Christoph Königsmark, seine jura und actiones an dem Michaelsteinschen Kloster-Nushofe Winningen, Herrn Landgraf Friedrichen zu Hessen &c. zu cediren gesonnen, und darob Ew. Fürstl. Durchl. gnädigsten Consens begehret, daß nun Ew. Fürstl. Durchl. unsere und des uns anvertrauten Klosters Nothdurft zuvor darüber vernehmen wollen, dafür sagen Ew. Fürstl. Durchl. wir in unterthänigster reverenz hohen Dank, und geben darauf in unterthänigstem Gehorsam zum gründlichen Bericht, daß zwar Herzog Christian der Jüngere zu Braunschweig und Lüneburg Hochseel. Andenkens, als damaliger Abt des Klosters Michaelstein, angeregten Klosterhoffen 20 Jahren an Fürst Ludwig zu Anhalt, um und für 2000 Rthlr. versezt, und das Geld in bekannten Kriegen ver-
kosten, zu Werbung eines Regiments zu Fuß, an

immaßen dann auch Fürst Ludwig, nach hochermeldten Herzogen
 Christians und seines Herrn Brudern Friedrich Ulrichs tödtlichen
 Hintritts, bey den succedirenden Herrn Herzogen zu Braunschweig
 » und Lüneburg sich mehrmalig um *Consens* beworben, aber
 » nicht erhalten, darauf Se. Fürstl. Gnaden dem Fürstlichen Hause
 Braunschweig gütliche Handlung angemuthet, und ex causae diffiden-
 tia sich erbothen, daß Sie ihre ganze Forderung der 36000 Thlr. auf
 » 8000 Thlr. kommen lassen und, gegen deren Zahlung, dem Klo-
 ster diesen seinen Aushoff wieder abtreten wollten. Es sind aber die
 schweren Krieger-troublen, und insonderheit dieses ins Mittel kommen,
 daß Ihro Hochgräfl. Excellenz die Fürstl. Anhaltische jura, mit einer
 » Beliebenß von 1000 Ducaten an sich gebracht, sich der pos-
 session des Hofes genähert, und denselben wieder angebauet; Gleich-
 » wie nun das Anlehn der 36000 Rthlr. so wenig in *necessitatem et*
 » *utilitatem Coenobii* verwendet, daß Sie vielmehr *ad usus*
 » *profanos* und zu damals obschwebenden Werbungen an-
 » gefehret, dahero dann auch diese *alienatio plane non ca-*
 » *nonica* gewesen, neben dem bekannt, was die Rechte von
 » dergleichen *redemptionibus litium* halten, wie dann auch dieser
 Aushoff gleichsam des Klosters Herze ist, außer dem dies arme Stift
 so weyland eine herrliche officina und Werkstatt des Heiligen Geistes
 und der freyen Künste gewesen, nimmer zu einiger Aufnahm eluciren,
 sondern dessen rudera wider alle die, so dies geistliche Guth deliniren
 und zu dessen alienation rathen oder helfen mögten, fort für fort um
 Rache zu Gott im Himmel schreyen würden, Ihro Hochgräfl. Excel-
 lenz aber viel zu gräflisch und gewissenhaft dazu, daß Sie die schweren
 Flüche, so die gottseligen Alten an dergleichen Veränderungen gehänget,
 auf sich und Ihro Hochgräfl. Posteritaet laden solten, dieselbe auch au-
 ßerdem von der Himmlischen Gütthe so reichlich gesegnet, daß Sie des-
 sen im wenigsten bedürfen, also haben wir zu Ihrer Hochgräfl. Excel-
 lenz das sichere Vertrauen, Dieselbe werden des armen Klosters con-
 ditionem, per Cessionem in potentio rem, nicht durio rem et deterio-
 rem machen, sondern vielmehr Ihr und ihrer Hochgräfl. posteritaet
 einen unsterblichen Nachruhm und ewiges Gedächtniß dadurch stiften
 daß Sie dem armen Kloster, dies sein zu Gottes Ehr einmal unver-
 änderlich gewidmetes Guth und Eigenthum, gegen Erstattung der Bau-
 kosten, gnädig restituiren; Wir sind hingegen des demüthigen beständi-
 gen Erbieten, daß wir und unsere Successores diese hohe Gnade für
 » neue donation achten, dieselbe mit höchster Danknehmung alstets
 » bey aller posteritaet rühmen, und die Göttliche Majestät für
 » Ihro Hochgräfl. Excellenz und Dero ganzen Hauses hochgesegnetes
 » mit einem innigen Gebeth erhörlich ansehn wollen.
 » Auch auch Ew. Fürstl. Durchl. als ordentlichen Patro-

num und Landes-Fürsten des armen Klosters hiemit unterthänigst, und durch Gott flehentlichst, Sie wollen ihren Consens nicht allein nicht ertheilen, sondern diese unsere und des armen Klosters äußerste Nothdurft und sehnliches desiderium Ihro Hochgräfl. Excellenz vor-schriftlich de meliore commendiren, gnädigst anerwogen, daß die Fürstl. Abtissin zu Queblinburg ordentliche Collatricin des Klosters ist, und außer deren Wissen und Consens keine cessio statt haben kann. Im ganz unverhofften wüdrigen Fall, und da wir nebst dem armen Kloster in dieser festen Hofnung gar frustriret werden sollten, und wir und das uns auf unsere Seele so hoch anvertraute Gotteshaus wider Gewalt nicht — — —. Es könnte aber auch Niemand verüben, daß Wir einen gnädigen Gott und ein gutes Gewissen allen andern respecten vorziehen, deswegen gen Himmel seufzen, und neben der Fürstl. Frau Collatricin, der Gelegenheit sorgfältig wahrnehmen, da das arme Kloster durch den Weg Rechts »zu dem Seinigen wieder gelangen möchte, Ihro Hochgräfl. Excellenz werden aber, ihrem tapfern und Christlichen Gemüthe nach, es darzu nicht kommen lassen. Wir haben es Pflicht und Gewissens halber also unterthänigst anführen und suchen müssen, unter Christi Schuß, in ungefärbter Devotion, unausgefeßt beharrende

Erw. Fürstl. Durchl.

Geben in dem Kloster Michaelstein,
am 25. Febr. 1662.

unterthänigst treuehorsaamste
Abt, Prior, Subprior und sämtliche
Conventuales des armen Klosters
Michaelstein.
M. Johannes Herweg,
Franciscus Darmann.

An Herrn Herzog Augusten zu
Br. und Lüneb. Fürstl. Durchl.

Unlage M.

Unsere 2c. Wir haben aus des Herrn Grafen an uns den 30sten Januarii zu Agathenburg abgegebenen Schreiben in mehrern ersehen, wasmaßen der Herr Graf seine jura und actiones an dem Michaelsteinschen Kloster-Nushofe Winningen des Herrn Landgrafen Friederichs zu Hessen Lbb. zu cediren gesonnen, und darob unsern Consens begehre. Nun wolle sich der Herr Graf gewiß versichern, daß Wir demselben angenehme Freundschaft und Gunst in der That zu erzeigen aller nur thunlichen Dinge geneigt. Weil aber das Kloster Mi-

» Michaelstein das *Dominium* oder das Eigenthum dieses Aus-
 »hofes, und also das größte *Interesse* hat, und dasselbe
 » mit Abt, *Prior* und *Sub Priore* und andern *Conventualen*
 » anjese der Gebühr bestellet ist; So haben Wir nicht umge-
 »hen können, dieselbe hierüber zu vernehmen. Was Sie nun darauf
 zu des Klosters Nothdurft zurückgegeben, thun wir dem Herrn Grafen
 hierbey coppylich communiciren und neben dem zu seinem Fürsinnen
 stellen, wessen sich der Herr Graf darauf resolviren wolle. Wir 2c. 2c.
 Datum in Unser Bestung Wolfenbüttel den 3ten Martii 1662.

Augustus.

An den Herrn Graf
 von Königsmark.

Anlage N.

Rudolph August und Anthon Ulrich etc.

Als des Durchleuchtigen Fürsten, Herrn Friedrichs,
 Land Graffens zu Hessen 2c. Unsers freundlichen lieben Vettern,
 Gevattern und Brudern Edd. bey Uns angeführt, daß Wir den bey
 Unsers in Gott ruhenden Herrn und Vaters Gnab. im Jahr 1647.
 den 1sten May von dem damahligen Schwedischen General Königs-
 marck, als Anhaltischen Cessionario, über das Michaelsteinische Clo-
 ster-Guth Winingen ausgewirkten Consens confirmiren und Bestäti-
 gen möchten, Und Wir dann Er. Liebden in dieser Sache dasjenige,
 wozu Dieselbe von Rechtswegen befuegt seyn mögen, billig gönnen;
 So haben Wir mehrgedacht Er. Liebden hierinnen nicht aus Händen
 gehen wollen; Allermäßen Wir obangezogenen bey Unsers Hochseel.
 Herrn und Vaters Gnaden von dem General Königsmark erhal-
 tenen Consens für Uns und Unsere Erben hiemit und krafft dieses
 Confirmiren und Bestätigen, Denselben auch allen effect, so Er nach
 gestalt der Sachen und Umstände zu Recht haben kan, allerdings las-
 sen, jedoch dem Closter Michaelstein an seinen Rechten und dessen aus-
 führung (zumahlen auch solches in Unsern Mächten nicht stehet) nichts
 benommen haben wollen. Uhrkundlich Unserer eigenhändigen Unter-
 schrift und beygedruckten Fürstl. Geheimbten Cantzley-Secrets. Ge-
 geben in Unserer Stadt Braunschweig, den 18ten Augusti 1696.

Anlage O.

SENTENTIA

die 28va Novembris 1783 publicata:

In Sachen Beyland Herrn Friederich modo Herrn Friede-
 ludwig, Landgrafen zu Hessen-Homburg, Appellanten
 wider Abten und Priorn des Closters Michaelstein, Appellaten
 Theils: Ist die Sache von Amts wegen für beschloffen angen-
 darauf allem An- und Vorbringen nach zu Recht erkannt: daß d-
 pellaten ad causam hinlänglich legitimiret, sofort Herr Appello-
 nenselben das Clostergut Winnungen nebst denen vom 14. 17-
 1674 erhobenen Nutzungen, salvo regressu adversus quemcun-
 abzutreten und respective zu ersetzen schuldig, auch dazu
 condemniren und verdammen seye; Als wir hiermit abzutreten und
 respective zu ersetzen schuldig erkennen, auch condemniren und verdam-
 men, die Gerichtskosten, derentwegen aufgelaufen, aus bewegenden Ur-
 sachen gegen einander compensirend und vergleichend. Dann ist er-
 meldtem Herrn Appellanten zu würllicher Execution und Vollziehung
 dieses Urtheil Zeit dreyer Monathe pro termino et prorogatione von
 Amts wegen angesetzt, mit dem Anhang, wo er deme also nicht nach-
 kommen wird, daß er jezt als dann, und dann als jezt, in die Strafe
 Zehen Mark löthigen Goldes, halb dem Kaiserlichen Fisco und zum
 andern halben Theil parti appellatae unnachlässig zu bezahlen fällig
 erklärt seyn, und der Real-Execution halber auf weiteres Anrufen er-
 gehen solle, was Recht ist. Endlich bleibet Herrn Appellanten die in
 das Gut quaestionis erweislich verwendete Meliorationen an denen zu
 restituirenden Nutzungen, unaufhaltlich jedoch der Abtretung des Guts
 selbst, in Abzug zu bringen, unbenommen, sondern vorbehalten.

